



Plenarprotokoll

129. Sitzung

Freitag, 24. September 2021

Gemeinsame Beratung

a) Freie Gewerbeflächen landesweit und länderübergreifend auffindbar machen.....

9806

Antrag der Fraktionen von CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP
Drucksache 19/3268

b) Ansiedlungsstrategie Schleswig-Holstein.....

9806

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/3234

Dr. Bernd Buchholz, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,
Technologie und Tourismus.....

9806

Hans-Jörn Arp [CDU].....

9809

Thomas Hölck [SPD].....

9810,

9822

Joschka Knuth [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN].....

9812

Kay Richert [FDP].....

9816

Christian Dirschauer [SSW].....

9817

Volker Schnurrbusch [AfD].....

9819

Dr. Kai Dolgner [SPD].....

9820

Tobias Koch [CDU].....

9821

Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 19/3268			
2. Überweisung des Be- richts Drucksache 19/3234 an den Wirtschaftsausschuss zur abschlie- ßenden Beratung.....	9823		
Der Rechtsanspruch auf Ganztag kommt - Umsetzung jetzt vorberei- ten.....	9823		
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3281			
Der Rechtsanspruch auf Ganztag kommt - Umsetzung muss im Dia- log erfolgen.....	9823		
Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3317			
Tobias Koch [CDU].....	9823		
Martin Habersaat [SPD].....	9825		
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9826		
Anita Klahn [FDP].....	9827		
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	9828		
Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur.	9830		
Beschluss: 1. Ablehnung des Alternati- vantrags Drucksache 19/3317			
2. Annahme des Antrags Drucksache 19/3281.....	9831		
Dokumentation der Aufarbeitung des Themas Leid und Unrecht.....	9831		
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3277			
Werner Kalinka [CDU].....	9832		
Wolfgang Baasch [SPD].....	9833		
Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	9834		
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/3277.....	9836		
		Reform der internationalen Unter- nehmensbesteuerung weiter voran- bringen.....	9836
		Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3294 (neu)	
		Beate Raudies [SPD].....	9836, 9842 9838
		Ole-Christopher Plambeck [CDU]. Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9839
		Annabell Krämer [FDP].....	9840
		Lars Harms [SSW].....	9841
		Monika Heinold, Finanzministerin	9843
		Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/3294 (neu).....	9844
		Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung des Sports im Land Schleswig-Holstein (SportFG SH).....	9844
		Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3270	
		Barbara Ostmeier [CDU].....	9844
		Özlem Ünsal [SPD].....	9845
		Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9846
		Jörg Hansen [FDP].....	9847
		Lars Harms [SSW].....	9849
		Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländli- che Räume, Integration und Gleichstellung.....	9850
		Beschluss: Überweisung des Gesetz- entwurfs Drucksache 19/3270 an den Innen- und Rechtsausschuss....	9850
		Schlepperei im Mittelmeer been- den!.....	9850
		Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/3295	
		Jörg Nobis [AfD].....	9850, 9852
		Lars Harms [SSW].....	9851, 9855

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung.....	9853	Beschluss: 1. Annahme des Änderungsantrags Drucksache 19/3312	
Claus Schaffer [AfD].....	9854	2. Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 19/2833 in geänderter Fassung.....	9862
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	9855		
Jörg Nobis [AfD], Persönliche Erklärung.....	9856	Schuljahr des Ehrenamtes 2021/2022 für Schülerinnen und Schüler	9862
Beschluss: Ablehnung des Antrags Drucksache 19/3295.....	9856	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3216	
CO₂-Besteuerung jetzt beenden - Bürger entlasten!	9856	Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/3216.....	9862
Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/3292		Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags	9862
Jörg Nobis [AfD].....	9857	Drucksache 19/3307	
Heiner Rickers [CDU].....	9857	Beschluss: Annahme.....	9863
Thomas Hölck [SPD].....	9858		
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9859	Reden zu Protokoll	
Oliver Kumbartzky [FDP].....	9860	Schuljahr des Ehrenamtes 2021/2022 für Schülerinnen und Schüler	9864
Lars Harms [SSW].....	9860	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3216	
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	9861	Anette Röttger [CDU].....	9864
Beschluss: Ablehnung des Antrags Drucksache 19/3293.....	9862	Kai Vogel [SPD].....	9865
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“	9862	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9865
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2833		Anita Klahn [FDP].....	9866
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 19/3286		Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	9867
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3312		Dokumentation der Aufarbeitung des Themas Leid und Unrecht	9868
Martin Habersaat [SPD], Berichterstatter.....	9862	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3277	
		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9868
		Dennys Bornhöft [FDP].....	9868

Christian Dirschauer [SSW]..... 9869

Schlepperei im Mittelmeer beenden!..... 9870

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/3295

Barbara Ostmeier [CDU]..... 9870

Özlem Ünsal [SPD]..... 9871

Aminata Touré [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 9872

Stephan Holowaty [FDP]..... 9873

* * * *

Regierungsbank:

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Nach Mitteilung der Fraktionen und der Regierung sind erkrankt Landtagspräsident Klaus Schlie und der Abgeordnete Lukas Kilian, die Abgeordnete Kathrin Bockey und der Abgeordnete Jan Marcus Rossa. Von der Landesregierung erkrankt sind Ministerpräsident Günther und Minister Clausen. Wir wünschen gute Besserung!

(Beifall)

Die Abgeordneten Lehnert, von der Heide, Fehrs, Dr. Stegner, Dr. Tietze und Voß haben nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert sind. Der Abgeordnete Vogt hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Sitzung ab 11 Uhr verhindert ist.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 19 und 48 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Freie Gebewerbeflächen landesweit und länderübergreifend auffindbar machen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN, FDP
Drucksache 19/3268

b) Ansiedlungsstrategie Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/3234

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Land Schleswig-Holstein ist vergleichsweise gut in wirtschaftlicher Hinsicht durch das erste Jahr der Pandemie gekommen. Ein nur geringfügiger Einbruch im Bruttoinlandprodukt, sehr viel geringfügiger als das, was in vielen anderen Bundesländern zu besichtigen war, zeigt, dass unsere Wirtschaftsstruktur - kleinteilig und klein- und

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

mittelständisch geführt - auf diese Konjunkturdelle nur geringfügig reagiert.

Heute allerdings, gerade jetzt mit der Veröffentlichung der Zahlen für das erste Halbjahr 2021, zeigt sich auch ein gutes Stück weit die strukturelle Schwäche unserer Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein, denn heute wird bekannt, dass im ersten Halbjahr 2021 das Bruttoinlandprodukt für Schleswig-Holstein um 0,6 % wächst, während es in Baden-Württemberg - da war allerdings auch ein fulminanter Einbruch zu spüren - um 5,5 % wächst. Das heißt, wir nehmen in Bezug auf die Struktur geringer an den Abschwüngen teil, aber wenn es nach oben geht, hat der Aufschwung bei uns leider eine viel geringere Wachstumsdynamik, als das in anderen Bundesländern, insbesondere etwa in Baden-Württemberg, der Fall ist.

Das liegt im Wesentlichen daran, dass im Süden der Republik das verarbeitende und produzierende Gewerbe in Teilen viel ausgeprägter ist als bei uns. Wir haben vorgestern bei der Haushaltsdebatte ganz viel über die Notwendigkeit von größerer Wachstumsdynamik auch für unsere Finanzsituation im Land gesprochen. Wir haben darüber gesprochen, dass wir uns nur bei einer größeren Wachstumsdynamik die wichtigen Dinge wie Kindergärten, Schulen, Straßen oder Schienen, von mir aus den Schub in der Digitalisierung oder die Biodiversitätsstrategie leisten können, also wenn wir einen stärkeren Wachstumsschub in der Wirtschaft Schleswig-Holsteins etabliert bekommen.

Deshalb ist es zwingend, dass wir dafür sorgen, dass sich mehr Unternehmen auch aus anderen Bundesländern hierher orientieren. Deshalb braucht es eine vernünftige Ansiedlungsstrategie oder, sagen wir einmal, jedenfalls einen Plan, mit welchen Attributen man für dieses Bundesland werben kann und werben will.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Hans-Jörn Arp [CDU])

Eine solche Ansiedlungsstrategie hat natürlich auch Voraussetzungen. Eine der ersten Voraussetzungen ist, dass jemand hier nur Güter produziert, wenn er weiß, dass er die Vorprodukte herbekommt und Produkte auch wieder wegbekommt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Dafür braucht er die A 20!)

- Dafür braucht er unter anderem die A 20, Hans-Jörn Arp. Dafür braucht es aber auch eine Elbquerung. Dafür braucht es vor allem klare politische Signale, dass diese Infrastruktur im Blick ist, dass

man um diese Bedürfnisse von Unternehmen weiß, die hierherkommen sollen. Und es braucht natürlich auch einen Fokus darauf, was dieses Land eigentlich speziell macht und wo es bestimmte Bereiche gibt, in denen wir besondere Chancen haben. Diese besonderen Chancen wollte sich das Wirtschaftsministerium nicht allein ausdenken, sondern dafür hat es einen Gutachter beauftragt, um zu gucken: Wo sind die Bereiche, in denen wir spezielle Felder haben, in denen das ganz besonders gut gehen kann?

Es ist anders als in früheren Zeiten, als die maritime Wirtschaft der Treiber der Industrie und des verarbeitenden Gewerbes war. Diese Märkte sind sehr schön, aber sie haben keinen Rückenwind mehr. Bereiche, in denen wir derzeit erleben, dass dieses Land ganz neue und gute Chancen hat, sind zum Beispiel all jene, die an erneuerbaren Energien anzukoppeln sind. Wir haben heute ganz viele Anfragen für Ansiedlungen in diesem Land von Unternehmen, die sagen: Wir brauchen ein Umfeld, in dem wir quasi auch für unsere Produktionsstätte und für unsere Produkte sagen und nachweisen können, dass wir uns rein aus erneuerbaren Energien versorgen.

Das ist eine Chance, insbesondere für die Energieküste im Westen, für Dithmarschen und Nordfriesland, für Pinneberg und Steinburg. Es ist genauso im Osten des Landes eine Chance, wenn wir sehen, dass in den Bereichen Medizintechnik und Gesundheitswirtschaft und in den Bereichen mit Verbindung zur Ernährungswirtschaft Dinge entstehen, die Schleswig-Holstein nicht nur in den Blickpunkt anderer Bundesländer rücken, sondern weit über den Tellerrand hinaus auf amerikanischen und chinesischen Märkten interessant machen, weil wir hier mit großen Spielern, aber auch mit der Verbindung von Themen punkten: dem UKSH, dem Technologiezentrum, dem Schaffen eines Accelerators in diesem Bereich in Lübeck mit GATEWAY49, den angesiedelten Unternehmen wie Dräger in Lübeck oder Eppendorf in Oldenburg und damit, dass wir Stryker in Kiel haben und Johnson & Johnson in Norderstedt. Wir sind inzwischen für diesen Teil der Industrie und der Wirtschaft ein wichtiger Footprint in Deutschland, und das müssen wir ausspielen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt CDU)

Herr Vogel oder wer auch immer nachher von der SPD spricht, Sie werden nachher bestimmt nach dem Motto sprechen: Warum kommt er jetzt zum Ende der Legislaturperiode damit? Ihnen sage ich:

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Zunächst muss man das Produkt dafür schaffen. Man muss also unter anderem dafür sorgen, dass die Infrastruktur ausgebaut wird. Zuerst muss man am Produkt arbeiten, danach macht man das Marketing und eine Ansiedlungsstrategie, und das ist in Wahrheit Marketing.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das machen Sie doch immer andersherum!)

- Frau Kollegin, das ist genau falsch herum. Da gibt es übrigens viele Start-ups, die das probieren. Die haben kein Produkt, aber machen großes Marketing. Das geht in die Hose!

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es so wichtig, dass man das so herum macht und jetzt darauf setzt, dass man für eine aktive Wirtschaftspolitik, für eine aktive Infrastrukturpolitik und mit dem Definieren bestimmter Fokusbranchen die richtigen Signale gesetzt hat. Das heißt übrigens nicht, dass wir nicht auch alle anderen gern hier besichtigen. Aber in der Ansprache fokussieren wir auf bestimmte Branchen, die Rückenwind haben. Es geht darum, für die die richtigen Voraussetzungen zu schaffen.

Lassen Sie mich an der Stelle auch eine weitere Voraussetzung nennen: So etwas braucht Fläche, Gewerbefläche. Wenn wir hier zusätzliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen wollen, dann braucht das auch Wohnfläche. Natürlich gibt es hier einen normalen Zielkonflikt zwischen einerseits einem ökologisch gewollten möglichst geringen Flächenverbrauch und andererseits den wirtschaftlichen Erfordernissen, der in einem Land, das eine höhere Wachstumsdynamik braucht, besteht.

Darüber diskutieren wir in der Koalition ganz offen und sachlich. Wir sagen: Natürlich wollen wir ein Flächenmanagement etablieren mit viel Flächenrecycling, mit einem großen Zurückführen von Wirtschaftsflächen, die brachliegen, in den Kreislauf, die es in diesem Land in der Tat auch gibt.

Ich sage an dieser Stelle aber auch: Schleswig-Holstein gehört zu den Bundesländern mit dem geringsten Verbrauch an Siedlungs- und Verkehrsflächen. Wir müssen aufpassen, dass wir dieses Thema nicht zu sehr beschränken; denn dadurch könnten wir die Dynamiken der Zukunft verspielen.

(Beifall FDP und CDU)

Insoweit ist also eine wichtige Abwägung vorzunehmen. Die ökologischen Interessen dürfen dabei

natürlich nicht ausgeblendet werden, das heißt, wir müssen auf die Flächenstruktur achten. Deshalb ist es vielleicht keine schlechte Idee, eine Gewerbeflächendatenbank vorzuhalten, obwohl an deren Fehlen bisher keine Ansiedlung gescheitert ist; unsere Wirtschaftsförderer wissen schon, wo die entsprechenden Flächen zu finden sind.

Wenn wir eine solche Datenbank schaffen, dann ist das auch ein Marketinginstrument. Ich finde es richtig, dass man diese Datenbank schafft. Meine Bitte ist nur, gleich anschließend darüber nachzudenken, wie wir es verhindern können, dass hier Doppelstrukturen geschaffen werden. Eine solche Datenbank sollte man dort, wo die Geodaten erhoben werden beziehungsweise vorliegen, aufbauen.

Für die Vermarktung und alles, was daraus folgt, ergeben sich gewisse Zuständigkeiten des Wirtschaftsministeriums und insbesondere der WTSH. Es bedarf jedenfalls nicht einer zusätzlichen, ganz neu aufzusetzenden Datenbank. Dafür haben wir schon gar nicht die Ressourcen, und es wäre verschüttete Milch. Wir sollten die Daten nutzen, die wir bereits haben. Bestimmte Daten liegen im Innenministerium in hervorragender Weise vor.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Genau, Herr Koch. Wir haben extra fünf Stellen geschaffen, die sich mit Flächenmanagement in unserem Land beschäftigen. Es ist aktives Flächenmanagement, das wir hier betreiben.

Lassen Sie mich zum Abschluss Folgendes sagen: Wir befinden uns in einer Phase, in der der Aufschwung durch die Republik zieht. Diese Feststellung gilt, auch wenn wir heute sehen, dass er etwas abgebremst wird. So hat das Institut für Weltwirtschaft seine Konjunkturprognose nach unten korrigiert. Das steile „V“, von dem man noch vor Monaten gesprochen hat, wird es wohl doch nicht ganz werden. Es wird etwas länger dauern, bis wir uns insgesamt recovert haben.

In dieser Phase müssen wir auch mit Signalen zur Lösung von Infrastrukturfragen reagieren. Die Themen reichen vom Baurecht für die Feste Fehmarnbeltquerung bis hin zur Schaffung von geeigneten Strukturen für Start-ups und generell für junge Unternehmen. Der Technologietransfer zwischen den Hochschulen funktioniert bei uns besser als in anderen Bereichen und besser als in der Vergangenheit.

Wir schaffen auch gute Möglichkeiten für diejenigen, die sich mit Wasserstoff, erneuerbaren Energien, Batteriezellen und anderen Herausforderungen

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

beschäftigen; insbesondere an der Westküste verzeichnen wir große Ansiedlungserfolge. Wir haben in diesem Land großartige Chancen und sind auf einem sehr guten Weg. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um vier- einhalb Minuten erweitert. Diese Zeit steht jetzt auch allen Fraktionen zu.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte diese Rede für meinen Kollegen Lukas Kilian. Er ist erkrankt. Liebe Grüße von dieser Stelle! Wir wünschen ihm gute Besserung.

(Beifall)

Ich danke dem Minister für seine Rede. Wir haben wahrscheinlich denselben Redenschreiber und dieselben Gedanken. Insofern brauche ich die neun Minuten, die der Minister mir verschafft hat, nicht voll auszunutzen. Ich könnte sagen: Ich schließe mich den Worten des Ministers vollumfänglich an.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Dennoch will ich noch einige zusätzliche Akzente setzen.

Die Wirtschaft, insbesondere die Industrie, folgt der Energie. Das hat man im Ruhrgebiet gesehen. Auch Brunsbüttel hatte im Zusammenhang mit der Energiegewinnung durch das Kernkraftwerk einen großen Aufschwung erlebt. Die Energie muss verfügbar sein. Das ist der richtige Weg.

Schleswig-Holstein ist heute in der einmaligen Lage, einen nie dagewesenen Energieüberschuss zu verzeichnen. Diese Situation ist durch grüne Energie entstanden. So wird sie im Allgemeinen genannt. Ich weiß nicht, warum man sie grüne Energie nennt; aber belassen wir es dabei.

Durch die grüne Energie haben wir jetzt eine Chance, die wir nie hatten. Diese Chance müssen wir nutzen; sonst werden andere Länder sie nutzen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir wissen, dass diese Situation für uns eine besondere Herausforderung darstellt. Lange Zeit war es ein Problem, dass zwar bereits viele Stromleitungen durch Schleswig-Holstein verliefen, es aber dennoch kaum möglich war, den Überschussstrom über die Elbe zu schaffen. Wir haben bisher geglaubt, das sei für uns ein Nachteil. Das kann für uns auch ein Vorteil im Sinne einer Chance sein. Wir können nämlich die durch den Strom ermöglichte Wertschöpfung auch hier im Land nutzen. Grüner Strom kann in verschiedener Form für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein genutzt werden. Das ist eine Chance, die wir nie hatten und die wir auch nicht mehr bekommen werden.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn der Strom erst bei der Industrie in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ist, dann bekommen wir ihn hier nicht mehr. Hier vor Ort haben wir die Chance, und wir müssen sie nutzen.

Der Minister hat darauf hingewiesen, dass es viele positive Entwicklungen gibt. Batterieunternehmen bemühen sich um die Ansiedlung. Gleiches gilt für Unternehmen der Wasserstofftechnologie. Für E-Autos ist Itzehoe ein wichtiger Standort. Viele Unternehmen fragen jetzt zum ersten Mal bei uns nach, weil sie nach Schleswig-Holstein wollen. Unser Standort ist attraktiv. Die Chance, die wir haben, sollten wir gemeinsam nutzen.

Wir sollten uns die Frage stellen, wie wir möglichst gute Voraussetzungen für Ansiedlungen schaffen können. Zum einen brauchen wir Flächen. Bei Gewerbegebieten reden wir nicht mehr von 1.500 m² bis 2.000 m², sondern für diese Unternehmen brauchen wir manchmal auch 30 ha oder 40 ha, und zwar zusammenhängend und möglichst an einer Autobahn; denn dort gehören sie hin.

An dieser Stelle kommt es zur Diskussion über den Flächenverbrauch beziehungsweise die Flächenkonkurrenz. Auf der einen Seite sollen PV-Anlagen gebaut werden, weil wir auch diese Energie nutzen wollen. Auf der anderen Seite haben wir Bedarf an mehr Wohnungen in Schleswig-Holstein, und zwar nicht nur deshalb, weil die Arbeitnehmer, die zu uns ziehen, Wohnungen brauchen. Auch viele Menschen, die schon längere Zeit hier leben, wollen bauen. Das ist auch deshalb notwendig, damit das Mietniveau sinkt. Wir brauchen Wettbewerb im Wohnungsmarkt; aber wir brauchen auch Flächen für Gewerbeansiedlungen. Das sind Konflikte, die wir mit dem Umweltministerium und mit unseren

(Hans-Jörn Arp)

Landwirten haben. Wir müssen diese Zielkonflikte aushalten.

Ich wiederhole: Wir dürfen nicht vergessen, dass wir durch unseren Energieüberschuss jetzt eine einmalige Chance haben. Wir sollten sie nutzen. Das ist die große Herausforderung dieser Generation. Ganz sicher wird das auch ein wichtiges Thema in der nächsten Legislaturperiode sein. Wir müssen uns darauf verständigen, wie wir aus dem Energieüberschuss Wertschöpfung generieren können. Wenn wir diese Wertschöpfung erst einmal haben, finden wir auch größere Akzeptanz für neue Technologien der Energiegewinnung. Herr Minister, das ist unser gemeinsames Ziel.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu kommt natürlich die Notwendigkeit einer guten Verkehrsanbindung. Das sage ich jetzt nicht, weil ich in jeder Rede zur A 20 spreche.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: Nein, nein! - Heiterkeit)

Natürlich müssen wir eine entsprechende Infrastruktur haben. Die Feste Fehmarnbeltquerung ist bereits erwähnt worden. Wir bekommen die A 20; dessen bin ich mir ganz sicher. Das ist unabhängig davon, was in Berlin passiert; das interessiert insoweit nicht. Die A 20 wird kommen. Alles andere wäre unvernünftig und unverantwortlich. Wir tragen Verantwortung für die Menschen in Schleswig-Holstein. Auch deshalb brauchen wir die A 20.

(Beifall CDU und FDP)

Wir brauchen also nicht nur Stromleitungen, sondern auch die Autobahn, um das, was hier produziert wird, zu den Menschen auf anderen Märkten zu bringen. Selbst wenn wir Elektroautos bauen, brauchen wir die Autobahn. Wir brauchen Infrastruktur. Das ist eine wichtige Voraussetzung, die wir schaffen müssen. Daran werden wir gemeinsam arbeiten, dafür werden wir gemeinsam kämpfen.

Wir haben das Ziel, Schleswig-Holstein zum mittelstandsfreundlichsten Bundesland zu machen; auf dem Weg sind wir bereits. Die Mittelständler kommen jetzt zu uns. Es sind alles Mittelständler, die hier investieren wollen. Sie bitten uns, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Wir müssen ihnen sagen: Jawohl, wir wollen euch hier haben. Wir wollen die Arbeitsplätze haben.

Jeder weiß, dass Industriearbeitsplätze besser bezahlt sind und höhere Standards haben als andere Arbeitsplätze. Es ist richtig, dass wir Dienstleistun-

gen und einen starken Tourismus haben. Daneben brauchen wir aber auch Industriearbeitsplätze. Mit den neuen Formen der Energiegewinnung schaffen wir diese Arbeitsplätze.

Wir sollten den anfragenden Unternehmen sagen: Ihr seid willkommen! Wir unterstützen euch! - Das wäre ein starkes Signal aus diesem Parlament an alle Unternehmen, die sich hier ansiedeln wollen, und an die dort beschäftigten Arbeitnehmer. Wir bieten ihnen eine Perspektive. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für den Bericht, Herr Minister, wobei der mündliche Bericht sich vom schriftlichen Bericht doch sehr unterscheidet. Denn im schriftlichen Bericht sind einige Daten, bezogen auf den Wirtschaftsstandort, sehr erschreckend.

Die Wirtschaftskraft Schleswig-Holsteins liegt im bundesdeutschen Vergleich deutlich unter dem Durchschnittsniveau. Die Akademikerquote in Schleswig-Holstein liegt weit unter dem Bundesdurchschnitt. Bei internationalen Ansiedlungen liegt Schleswig-Holstein im bundesweiten Vergleich der Jahre 2012 bis 2020 an drittletzter Stelle. Bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze ist Schleswig-Holstein Schlusslicht. Das ist wahrlich keine gute Bilanz dieser Landesregierung.

(Beifall SPD)

Aber der schriftliche Bericht lässt auch einen Aspekt aus. Schleswig-Holstein ist nach wie vor der Lohnkeller der westdeutschen Bundesländer. Das hat direkte Auswirkungen auf die Bereitschaft insbesondere von Industrieunternehmen, sich in Schleswig-Holstein anzusiedeln. Firmen siedeln sich nämlich heute da an, wo Fachkräfte vorhanden sind, natürlich auch dort, wo Energie vorhanden ist. Aber ohne Hände Arbeit, ohne Kopfarbeit werden die Investitionen an einem Standort zum Scheitern verurteilt sein.

Trotz niedriger Gewerbesteuern, guter Infrastruktur und Erreichbarkeit - alles ist wichtig - brauchen wir Fachkräfte in diesem Land. Wir müssen daher das Lohnniveau anheben. Deshalb bedarf es mehr Tarif-

(Thomas Hölck)

bindung im Land und deshalb müssen die Aufträge, die im Land vergeben werden, nur an Firmen vergeben werden, die tarifgebunden sind.

(Beifall SPD und SSW)

Ich will das einmal verdeutlichen: Eine Statistik von 2017 besagt, dass Berufseinsteiger mit Hochschulabschluss in Schleswig-Holstein im Schnitt 40.100 € bekommen; in Hessen waren es ungefähr 51.500 €. In Schleswig-Holstein bekamen die Ausgelernten rund 26.100 €, während in Hessen 33.500 € auf der Lohnabrechnung standen. Das macht das bestehende Lohngefälle deutlich. Das bedeutet, dass sich diejenigen, die in Schleswig-Holstein ihren Hochschulabschluss machen, durchaus auch anders orientieren - in Richtung Hamburg, Niedersachsen oder Mecklenburg-Vorpommern. Insofern ist es unsere Aufgabe, für mehr Fachkräfte zu sorgen.

Wir haben nicht nur eine Klimakrise, sondern auch eine Krise des Humankapitals. Wir haben zu wenig Fachkräfte für die Aufgaben, die wir bewältigen müssen. Um dem gerecht zu werden, brauchen wir auch einen großen Trave-Campus. Wir fordern die Landesregierung auf, die Finanzierung sicherzustellen. Gerade jetzt muss die duale Berufsausbildung gestärkt werden.

In Ihrer Strategie wurden fünf Fokusbranchen ermittelt, die für eine proaktive Ansiedlungsförderung des Landes besonders attraktiv erscheinen: Gesundheitswirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologien, Maschinenbau und Elektronik, Ernährungsindustrie, erneuerbare Energien. Das finde auch ich nicht falsch; denn es macht durchaus Sinn, die Branchen in den Fokus zu nehmen, die zu uns passen.

Mich würde an dieser Stelle auch interessieren, welche Fortschritte die Landesregierung mit dem 2020 neu eingerichteten Bündnis für Industrie schon gemacht hat und wie der Bezug zur Ansiedlungsstrategie gewährleistet ist.

Mit der Auswahl der eben genannten Fokusbranchen werden Entwicklungsachsen entstehen, weil an diesen Achsen bereits entsprechende Potenziale vorhanden sind. Ich nenne einige Beispiele: die A 1 mit der Ansiedlung Gesundheits- und Ernährungs-wirtschaft, die A 7 mit Industrie und Logistikunternehmen sowie entlang der A 23 die Etablierung des Energiesektors.

Damit wird aber auch deutlich, dass diese Ansiedlungsstrategie nicht das ganze Land umfassen und nicht zu einheitlichen Lebensverhältnissen beitra-

gen wird. Gleichzeitig wird dem Flächenverbrauch in dem Bericht der Landesregierung viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Wenn ich nicht wüsste, dass der Flächenverbrauch von heute 3 ha am Tag bis 2030 auf 1,3 ha reduziert werden soll, wäre das ja auch egal. Das ist aber nicht so.

Die IHK weist zu Recht darauf hin, dass der angestrebte Erfolg gefährdet werden kann, wenn nicht schnell genug nicht ausreichend und auch nicht ausreichend zusammenhängende Flächen bereitgestellt werden können. In dem Bericht wird konstatiert, dass in stark nachgefragten Lagen um Hamburg, Kiel und Lübeck das Angebot an Industrie und Gewerbeflächen bereits jetzt zum Teil die Nachfrage nicht deckt.

Aber wie soll das zukünftig funktionieren? Auf der einen Seite gibt es große Infrastrukturvorhaben wie die A 20, die auch wir wollen; es gibt den Wohnungsbau, landwirtschaftliche Flächen und die Ausweisung von Gewerbeflächen. Es gibt einen enormen Bedarf an konkurrierenden Flächen, und es ist überhaupt nicht absehbar, wie dieser Konkurrenzkrampf gelöst werden soll. Damit man das in der Landesentwicklungsplanung besser abbilden kann, brauchen wir verlässliche Zahlen für den Flächenbedarf in allen Bereichen.

(Beifall SPD und SSW)

Eine Fokusbranche ist schon genannt worden; das sind die erneuerbaren Energien mit dem Megatrend Wasserstoff. Man fragt sich in der Tat, warum dieser wichtige Industriezweig an die Wand gefahren wurde. Mit der Regionalplanung von Jamaika wurden mindestens fünf Jahre verschenkt. Arbeitsplätze wurden vernichtet, und Planer wurden aus dem Land getrieben.

(Unruhe bei CDU und FDP)

- Vielleicht hätten Sie einmal zuhören sollen bei der Podiumsdiskussion, bei der Sie ja auch anwesend gewesen sind. Da wurde nämlich deutlich gesagt: Noch ein Crash, ein nochmaliges An-die-Wand-Fahren der Branche können wir nicht vertragen. Dann wird man nämlich nicht mehr in der Lage sein, sich noch einmal zu berappeln. - Sie haben diesem Industriezweig sehr geschadet. Das müssen Sie auch einsehen und erkennen.

(Beifall SPD - Anhaltende Unruhe bei CDU und FDP)

Man muss konstatieren, was auch gesagt worden ist und was man in der Branche weiß,

(Thomas Hölck)

(Zurufe CDU - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD]
- Unruhe)

dass die Regionalpläne, die Sie aufgestellt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren von Jamaika, -

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat gerade der Abgeordnete Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

- beklagt werden und dass man davon ausgeht, dass diese Pläne wieder aufgehoben werden, dass es wieder zu einem Stillstand kommen wird. Dann aber ist diese Branche wirklich tot. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Zuruf SPD: Genau!)

Die Strategie ist wiederum nun auch nicht so schlecht, dass man darüber nicht im Ausschuss vertiefend diskutieren sollte.

(Zurufe FDP: Ah!)

Das sollten wir tun.

(Beifall FDP)

Das sollten wir im Zusammenhang mit der Strategie Bündnis für Industrie tun, damit wir das, was wir damals gemeinsam beschlossen haben, auf den Weg bringen können. Denn auch wir haben ein Interesse daran, das sich die Industrie in Schleswig-Holstein ansiedelt, weil es darum geht, gut bezahlte Arbeitsplätze mit guter Arbeit nach Schleswig-Holstein zu holen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne den Geschäftsführer der IHK, Martin Kruse.

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich ist diese Strategie nicht schlecht; sie ist sehr gut, sie ist ein gutes Jamaika-Produkt, und sie ist ein gutes Gemeinschaftsprodukt für eine gute Zukunft der Wirtschaft in Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Unser gemeinsames Ziel - das ist heute deutlich geworden - ist es, die wirtschaftliche Situation des Landes und damit auch die Struktur der Wirtschaft im Land nachhaltig zu stärken und zu verbessern.

Grundsätzlich - das hat der Minister erwähnt - erwachsen aus unserer aktuell sehr kleinteiligen Struktur nicht nur Nachteile. Wir haben während der Coronapandemie bemerkt - das merken wir auch insgesamt, wenn es darum geht, sich an die Zukunftsherausforderungen anzupassen -, dass kleinere Betriebe agiler sind, dass sie anpassungsfähiger sind. Das ist durchaus etwas, mit dem wir wuchern können.

Aber wir haben - das ist ebenfalls erwähnt worden - eben auch große Probleme in der Struktur. Da geht es insbesondere um das Schaffen neuer Arbeitsplätze; denn Arbeitsplätze entstehen nicht von alleine, sondern dafür brauchen wir Unternehmen, die diese Arbeitsplätze mitbringen oder schaffen. Außerdem haben wir ein Problem bei der Innovationskraft des Landes.

Richtig gut sind wir bei den Gründungen. Dafür haben wir uns in den letzten Wochen und Monaten auch gelobt und gefeiert. Aber wenn es darum geht, die Innovationskraft aus der Wirtschaft selber hier im Land zu stärken, dann brauchen wir zusätzlich große Unternehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das macht deutlich, dass wir die Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht allein aus der Substanz der schleswig-holsteinischen Wirtschaft werden kompensieren können.

Dafür müssen wir unsere Standortvorteile nutzen. Dafür müssen wir unsere Potenziale nutzen. Und dafür müssen wir neue Ansiedlungen nicht nur ermöglichen, sondern sie auch aktiv vorantreiben und dafür insbesondere in unseren Schwerpunktbranchen die entsprechenden Anreize schaffen. Genau das schafft unsere Ansiedlungsstrategie. Gerade in unseren Fokusbranchen haben wir richtige Potenziale. Auch das ist noch einmal deutlich geworden.

Selbstverständlich gehören dazu die starken Branchen, die wir bereits kennen - in der Ernährungswirtschaft, in der Gesundheitswirtschaft. Aber gerade durch die neuen Standortvorteile dieses Landes im Zuge der Energiewende ergeben sich ganz neue, bisher nicht genutzte Potenziale. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass die Wirtschaftskraft der

(Joschka Knuth)

Energieproduktion folgt. Dafür braucht es eine Wirtschaftspolitik, die dafür sorgt, dass die Unternehmen gute Standortbedingungen finden und auch den guten Standortbedingungen der Energiewende folgen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Kollege Arp, Sie können sehr gerne den grünen Strom auch „grünen Strom“ nennen. Schließlich haben wir als Grüne lange genug dafür gekämpft, dass wir überhaupt in eine Situation kommen, in der wir in Schleswig-Holstein ein solch gutes Angebot an erneuerbaren Energien haben.

(Werner Kalinka [CDU]: Das war ein wenig einfach! - Zuruf SPD: Wir haben damit angefangen! - Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ha! Ha! Ha!)

Es ist gerade gestern noch einmal deutlich geworden. Die TenneT TSO GmbH hat eine große Studie zum Thema Wasserstoff herausgegeben und deutlich gemacht, dass Schleswig-Holstein eines von zwei Ländern in Deutschland ist, die die besonderen Potenziale für die Ansiedlung im Bereich Wasserstoff bieten. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, dass wir nicht zum Lausitz der Energiewende werden, sondern dass wir davon profitieren, dass wir erneuerbaren Strom, dass wir grünen Wasserstoff in Schleswig-Holstein produzieren.

(Werner Kalinka [CDU]: Genau! - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Werner Kalinka [CDU])

Wir müssen es schaffen, dass sich die produzierenden Gewerbe der Energiewende hier ansiedeln. Nur so entstehen Innovationskraft und neue Arbeitsplätze. Brennstoffzellen, Batteriezellen, Speichertechnologien müssen bei uns im Land ihren Platz finden.

(Beifall CDU und FDP)

Kollege Hölck, das ist wirklich eine massiv gewagte Behauptung, sich hier hinzustellen und zu sagen, es sei die Jamaika-Koalition gewesen, die die erneuerbare Energiebranche an die Wand gefahren hat. Es ist mitnichten so, dass das Moratorium zum Ausbau der erneuerbaren Energien ursächlich dafür ist, dass der wirtschaftliche Standort hier zurückgegangen ist.

(Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

Die Probleme für die Wirtschaft im Bereich der erneuerbaren Energien, im Bereich der Solarbranche und der Windenergie sind insbesondere durch eine

falsche, eine schlechte Wirtschaftspolitik auf Bundesebene verursacht.

(Zurufe SPD: Oh! - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich führe Ihnen das gerne noch aus, Kollege Hölck. Ich vermute nur, dass der Kollege Dolgner genau dazu eine Frage stellen wird.

(Zurufe SPD und Werner Kalinka [CDU])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ich lade Sie gern ein nach Osterröfeld. Zur Transparenz: Ich bin noch bis Sonntag der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Rendsburg Port Authority GmbH. Das ist der Grundstückseigentümer von Senvion, an den verpachtet worden ist. Wir haben auch an Max Bögl verkauft.

Sind Ihnen die Pressemitteilungen im Umfeld und die Ankündigungen im Vorfeld der Pleite und der Kurzarbeit von Max Bögl und die dortige Ursachenbeschreibung bekannt, ja oder nein?

- Selbstverständlich sind die mir bekannt, Kollege Dolgner. Aber Sie vernachlässigen dabei einen ganz wichtigen Aspekt. Den Stopp des Ausbaus der erneuerbaren Energien hatten wir schon lange vor Inkrafttreten der Jamaika-Koalition.

(Werner Kalinka [CDU]: Ganz genau!)

Wir hatten auch in der letzten Legislatur, in der wir gemeinsam regiert haben, das Problem, dass neue erneuerbare Energieprojekte in Schleswig-Holstein nicht realisiert werden konnten, weil Ihr Wirtschaftsminister auf Bundesebene das Ausschreibungsverfahren für die erneuerbaren Energien geändert hat. Das ist das Kernproblem für die erneuerbare Energiebranche in Deutschland gewesen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie noch eine zweite Zwischenfrage?

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, selbstverständlich gern.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ist Ihnen klar - das ist übrigens unter anderem bei Max Bögl,

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

als es zum Beispiel um die Frage des Re-powerings ging, um die Frage der Rechtssicherheit der bestehenden Gebiete. Übrigens waren die Zwischenrufe Ihrer Fraktion ein bisschen ehrlicher als das, was Sie eben gesagt haben; das können wir gern im Zwischenrufprotokoll nachlesen.

Bisher hatte ich den Eindruck, dass die Grünen mit uns übereinstimmen, dass die erneute Erneuerung der Regionalpläne unnötig war und zu einer Zeitverzögerung geführt hat und natürlich auch zu entsprechend stornierten Aufträgen. Deshalb habe ich Sie gefragt, wie das ist. Da können Sie gern mit dem Finger nach Berlin zeigen, wir sind hier aber nicht in Berlin. Deshalb habe ich nach den konkreten Anlässen gefragt.

Wenn wir hier über Gewerbegebiete und ihre Vermarktung sprechen, frage ich Sie: Wissen Sie eigentlich, warum wir die Gewerbegebiete jetzt nicht mehr hafenaffin, nicht mehr erneuerbare-Energie-affin vermarkten müssen? Das sollten Sie zumindest zur Kenntnis nehmen.

Ich finde es immer spannend, wie sich die Grünen auf dem Podium vor schwarz-gelbe Politik und die Wahlkampfversprechen, die ihre Partei nicht gemacht hat, stellen. Die Regionalpläne haben wir mit Ihnen gemeinsam aufgestellt. Oder hielten Sie die damals auch für so schlecht, dass man sie hätte überarbeiten müssen?

- Das waren jetzt drei Fragen, aber ich beantworte gern ganz konkret und knackig. Selbstverständlich, Kollege Dolgner, hätten wir uns gewünscht, dass wir bei der Ausweisung der Regionalpläne nicht eine Extraschleife gedreht hätten. Aber das grundsätzliche Problem bleibt trotzdem bestehen. Es ist genau dieses Problem der Netzengpassgebiete. Vor dem Netzengpass durfte nicht prioritär ausgebaut werden. Wir hatten in Schleswig-Holstein eine Vielzahl an Anträgen zur Errichtung von Windenergieanlagen, die in den Ausschreibungsverfahren des Bundes nicht zum Zuge gekommen sind, weil wir vor dem Netzengpass standen. Wir sind dafür bestraft worden, dass wir in Schleswig-Holstein - üb-

rigens gemeinsam - eine gute Netzausbaupolitik gemacht haben. Das ist ein Problem Ihrer bundespolitischen Wirtschaftspolitik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Hölck?

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Thomas Hölck [SPD]: Herr Kollege, können Sie mir erklären, was das Moratorium im Zuge der Regionalplanung bedeutet hat?

- Ja. Das hat bedeutet, dass wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien vielen Projekten keine Zusage auf Realisierung machen konnten und dass sie genau in der Ungewissheit waren, die der Kollege Dolgner angesprochen hat. Genau deshalb hätten wir uns gewünscht, dass wir die Extraschleife beim Moratorium nicht drehen. Aber selbst wenn wir diese Extraschleife nicht gedreht hätten: Die Probleme für die Windenergiebranche in Deutschland sind schon in den drei Jahren zuvor entstanden, Kollege Hölck. Und das wollen Sie nicht sehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Hölck?

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Selbstverständlich.

Thomas Hölck [SPD]: Natürlich gab es Ausschreibungen, aber in Schleswig-Holstein konnte man nicht daran teilnehmen, weil die Planung nicht fertig war. Man konnte sich überhaupt nicht beteiligen, weil niemand in der Lage war, etwas zu errichten, weil dafür keine Planung vorhanden gewesen ist. Insofern ist es falsch, was Sie hier sagen.

- Nein, das wiederum, Herr Kollege Hölck, ist nicht richtig, weil man durchaus an den Ausschreibungen teilnehmen konnte, weil wir mit Ausnahmegenehmigungen gearbeitet haben. Wir haben die entsprechenden Ausnahmegenehmigungen erteilt, um sich auch aus Schleswig-Holstein heraus an den Aus-

(Joschka Knuth)

schreibungen zu beteiligen. Selbst die, die eine Ausnahmegenehmigung bekommen haben - was nicht eine endlose Zahl war -, haben nicht einmal mehr genug Zuschläge von der Bundesebene bekommen, um ihre Projekte zu realisieren. Das ist ein Problem. Das können wir nicht als Land solitär lösen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zurufe SPD)

Der Punkt ist mehr als deutlich geworden, werte Kolleginnen und Kollegen. Es braucht also für eine gute Industrie- und Wirtschaftspolitik auf Landesebene immer auch gute Rahmenbedingungen auf Bundesebene.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Wir wollen unser Möglichstes tun, dass wir auf Landesebene mit dem Ausbau erneuerbarer Energien vorankommen und damit gute Standortvorteile für die Ansiedlung von Unternehmen aus den Fokusbranchen des Landes schaffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Weil wir genau das ganz gut hinbekommen, ist es ein gutes Jamaikaprojekt.

Ich möchte übrigens zum Thema Infrastruktur, Kollege Arp, noch zwei zusätzliche Sätze sagen. Ja, wir werden sehen, was auf Bundesebene mit den Autobahnen passiert. Dazu wage ich keine Prognose. Aus meiner Partei gab es dazu klare und deutliche Stellungnahmen.

(Zurufe Oliver Kumbartzky und Dennys Bornhöft [FDP])

Aber unsere prioritäre Aufgabe als Land ist es, dass wir die Infrastruktur des Landes in einen guten Zustand versetzen. Darauf können wir gemeinsam stolz sein, denn das ist das, was wir in Jamaika auf den Weg gebracht, wofür wir das notwendige Geld und die Planungsressourcen zur Verfügung gestellt haben. Damit haben wir unseren Teil für eine gute Infrastruktur für die Wirtschaft im Land beigetragen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Aber wir brauchen nicht nur gute Straßen und Bahntrassen, wir brauchen vor allen Dingen auch Stromautobahnen. Dazu, werte Kolleginnen und Kollegen, würde ich mir an der einen oder anderen Stelle vielleicht ein wenig mehr proaktive Zusammenarbeit wünschen, damit wir die noch zu reali-

sierenden Stromautobahnen zeitnah realisiert bekommen, um neue Anreize für Ansiedlungen entlang des ganzen Landes zu schaffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Lassen Sie mich noch zwei Sätze zum Thema Flächenverbrauch sagen. Der Flächenverbrauch ist immer ein kritisches Thema. Selbstverständlich haben wir dafür sehr hohe Ziele. Das ist auch gut so!

Ich bin der Meinung, dass wir uns nicht ausruhen und nachlassen dürfen, weil andere schlechter sind, ganz im Gegenteil: Wir müssen genau wie bei der Energiewende zeigen, dass wir es können, dass wir neue Ideen entwickeln, wie unsere Ziele, die zunächst widersprüchlich scheinen, miteinander vereinbar sind. Ich glaube, dass wir das können. Wir haben dafür gute Projekte auf den Weg gebracht. Auch das sind gute Jamaika-Projekte, unter anderem im Innenministerium im Flächenmanagement. Darauf können wir stolz sein. Davon braucht es mehr, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall CDU und FDP)

Last, but not least: Gewerbeflächendatenbank. Selbstverständlich ist es eine gute Idee, eine transparente Gewerbedatenbank auf Landesebene voranzubringen. Ich bin den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion sehr dankbar für diese Initiative, weil ich mir davon zwei Dinge verspreche.

Erstens, dass Gewerbeflächen leichter auffindbar sind. Selbstverständlich, Minister Buchholz, wissen unsere Wirtschaftsförderer im Land, was sie an Fläche haben. Aber nicht alle Unternehmen wissen, an welchen Wirtschaftsförderer sie sich wenden müssen, und nicht alle Unternehmen können transparent und sofort finden, was sie an Fläche brauchen. Ich erwarte mir davon niedrigschwellige Angebote und Übersichten für Unternehmerinnen und Unternehmer hier im Land.

Ich erwarte zweitens auch eine zusätzliche Transparenz über Angebot und Nachfrage. Da haben wir tatsächlich bisher ein Wissensproblem. Wir wissen nicht genau, was nachgefragt und was angeboten wird. Da werden wir in Zukunft landesweit bessere Übersichtlichkeit haben. Das kann im Ergebnis auch dazu beitragen, dass wir deutlich zielgerichteter Flächen ausweisen und besiedeln können.

Alles in allem legen wir hier ein gutes gemeinsames Jamaika-Projekt vor und sind auf einem guten Weg für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein. Wir schlagen genau die richtigen Pflöcke ein, um neue Arbeitsplätze im Land zu schaffen

(Joschka Knuth)

und die Innovationskraft des Landes zu erhöhen. Ich freue mich auf die weitere Diskussion zur Ansiedlungsstrategie im Ausschuss und die weitere Arbeit dazu. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Die Wirtschaftsleistung - wir haben es schon mehrfach gehört - ist in Schleswig-Holstein kleiner als in den südlichen Bundesländern. Das ist nicht schön, aber es ist so. Das liegt auch und zu einem großen Teil daran, dass unsere Unternehmenslandschaft kleinteilig ist. Das hat nicht nur Nachteile, aber es hat eben auch Nachteile. Es ließen sich in der Vergangenheit immer Gründe finden, warum das so ist und man es nicht ändern kann, zum Beispiel mangelnde Rohstoffvorkommen oder die Zonenrandlage. An der wirtschaftlich-strategischen Lage kann es nicht gelegen haben, die ist nämlich nach wie vor ziemlich gut und hat sich mit der Entwicklung der Ostseeregion zum neuen Mare Nostrum noch verbessert.

Dennoch sind gerade Industrieunternehmen, also Unternehmen mit großer Wertschöpfung und großen wirtschaftlichen und kulturellen Effekten auf die Region, mit einem hohen Lohnniveau, mit tariflicher Bindung und einem hohen Organisationsgrad bei uns rarer als anderswo.

So viel zur Zustandsbeschreibung. Wir wären aber nicht Jamaika, wenn wir uns mit Defiziten zufriedengäben. Wer sich mit der Situation auseinandersetzt - das haben wir, das ist hier sehr deutlich geworden -, musste sehr schnell erkennen: Natürlich müssen wir den Bestand entwickeln. - Die Unternehmen hier im Land sind ein wertvolles Asset. Wir werden aber damit nicht auskommen, sondern müssen auch für neue Unternehmen sorgen.

(Beifall FDP und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es war uns von der FDP ein wichtiges Anliegen, dass wir im Koalitionsvertrag einen ganzen Abschnitt mit dem Titel „Ansiedlungsstrategie“ haben, in dem wir zum Beispiel die bessere Vernetzung der Wirtschaftsförderer untereinander, die Erleichterung

von Gewerbeflächenausweisung für Kommunen, die Erleichterung der „Entwicklung ... regional abgestimmter Gewerbeflächen ... und die Schaffung interkommunaler Gewerbegebiete“, den Aufbau spezieller deutsch-skandinavischer Wirtschaftsbeziehungen und den Abbau regulatorischer Hemmnisse miteinander vereinbart haben.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Werner Kalinka [CDU] und Peer Knöfler [CDU])

So werden wir unser Land im Wettbewerb mit anderen Standorten, vor allem in Deutschlands Süden, gemeinsam stärken.

Machen wir uns nichts vor: Andere Bundesländer waren in den vergangenen 40 Jahren nicht deswegen erfolgreicher, weil sie geschlafen haben. Das ist auch noch heute so. Nicht nur Hamburg, auch Baden-Württemberg, Hessen und Bayern werben aktiv und direkt in den Herkunftsländern um Ansiedlungswillige.

Auch wir haben da schon ein paar Dinge vorzuweisen. Bereits seit 2016 gibt es den Verein „The Bay Areas“, der die Regionen Schleswig-Holstein und San Francisco miteinander vernetzt. Direkt in San Francisco haben wir zum Beispiel den German Accelerator - das ist ein Bundesprojekt -, oder es gibt das Northern Germany Innovation Office, das wir gemeinsam mit Hamburg und Bremen dort betreiben. Das ist schon etwas. Das sind Initiativen, mit denen gezielt mögliche Chancen auf einem ganz bestimmten Quellmarkt eröffnet werden sollen.

(Martin Habersaat [SPD]: Danke, Küstenkoalition! - Beifall SPD und SSW)

Mit der Ansiedlungsstrategie wird der Ansatz jetzt aber ganzheitlicher. Es geht nicht mehr nur um ganz bestimmte Quellmärkte, sondern wir nehmen hier unsere Cluster in den Fokus und stärken unsere Stärken. Kollege Hölck, Sie haben hier zu Recht gesagt: Es wird nicht überall zu gleichem Wachstum führen. Es wird Regionen geben, die schneller als andere prosperieren. - Es ist aber besser, wenn wir Kerne haben, die ausstrahlen und von denen wir weitere Entwicklungen erwarten können, als wenn wir überall gleich unterentwickelt bleiben.

(Beifall FDP)

In der Ansiedlungsstrategie haben wir klare Ziele definiert. Es sollen qualitativ hochwertige Unternehmen gewonnen werden. Das bedeutet: möglichst hohe Wertschöpfung hier im Land, möglichst viele Arbeitsplätze. Wir wollen die Unterstützung der hier bereits ansässigen Unternehmen in Bezug auf

(Kay Richert)

Entwicklung und Wachstum unterstützen. Auch deswegen wollen wir Schwerpunktbranchen im Land weiterentwickeln. Das sind die Cluster, von denen ich eben gesprochen habe.

Wir wollen Forschung und Entwicklung, die Innovationskraft stärken und Technologietransfers voranbringen. Schleswig-Holstein soll mit einem klaren Profil wahrnehmbarer im internationalen Wettbewerb um Unternehmen positioniert werden. Gerade der letzte Punkt ist ein ausgesprochen wichtiger Punkt.

(Beifall FDP)

Ich bin sehr häufig nördlich der Grenze unterwegs und komme dort in Kontakt mit Unternehmerinnen und Unternehmern, mit Politikerinnen und Politikern, mit Ansiedlern. Es war immer das größte Manko Schleswig-Holsteins, dass wir in der Wahrnehmung vieler Skandinavier nur das Stück Autobahn zwischen Hamburg und Dänemark sind. Ein klares Profil und die Wahrnehmbarkeit als relevanter Standort werden uns erst in die Lage versetzen, ernsthaft mit München, Hamburg, Frankfurt oder Stuttgart zu konkurrieren.

(Beifall FDP)

Neben einer deutlich definierten Zielsetzung wäre es auch gut für uns, wenn wir im Bereich der Finanzverwaltung mehr für die aktive Ansiedlungspolitik machen. Mit dem Internationalen Steuerzentrum in Bayern oder dem Zentrum für internationale Betriebsprüfungen in Stuttgart gibt es Best-Practice-Fälle in Deutschland. Ich habe mir das angesehen, die Resultate sind beeindruckend. Allein das ISZ soll dem Freistaat Bayern 190 Millionen € an Steuereinnahmen jährlich bringen. Selbst wenn dies übertrieben sein mag, kann man sagen, dass schon ein Bruchteil dieser Summe uns enorme Spielräume eröffnen würde.

Die Frage von Flächen ist natürlich ebenfalls relevant, wenn man produzieren oder handeltreibende Gewerbe ansiedeln will. Nur Briefkastenfirmen brauchen keine Fläche. Natürlich ist es hochsinnvoll, wenn die entstehende Flächendatenbank um entsprechende Abfrageparameter ergänzt wird, damit die verfügbare Fläche wirklich auch von allen Wirtschaftsförderern gefunden wird.

Es wurde hier schon mehrfach das Spannungsfeld aufgemacht zwischen dem 1,3-ha-Ziel und dem Bemühen, dass wir aufschließen zu den anderen Bundesländern und die Entwicklung voranbringen. Ich denke, wir können nicht auf der einen Seite zu den reichen Bundesländern aufschließen wollen, Ar-

beitsplätze schaffen und den Wohlstand für die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner mehren und uns auf der anderen Seite dazu verpflichten, nichts zu tun und Entwicklung zu behindern.

(Beifall FDP)

Dabei sage ich nicht, dass wir das 1,3-ha-Ziel aus den Augen verlieren sollten. Wir sollten es aber flexibel und der Situation angemessen handhaben.

(Beifall FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir befinden uns nach der Coronakrise in Zeiten des wirtschaftlichen Aufbruchs. Das macht es für uns möglich, uns neu zu positionieren und innerhalb dieser sowieso dynamischen Situation unser Ranking zu verbessern. Dazu müssen Ansiedlungswillige und Investitionswillige in aller Welt aber wissen, welche Vorteile wir haben: strategisch günstige Lage zwischen Nord- und Ostsee, zwischen Skandinavien und Zentraleuropa, hohe Lebensqualität, gute infrastrukturelle Voraussetzungen vor allem im Bereich des Glasfaserausbaus - jedenfalls im deutschen Vergleich -, ein innovatives und agiles Umfeld im Bereich der erneuerbaren Energien, der maritimen Wirtschaft und der Medizintechnik.

Wir sind das mittelstandfreundlichste Bundesland. Ich habe es alles schon genannt. Wer sich bei uns ansiedelt, hat schon einen großen Schritt in Richtung Erfolg gemacht.

(Beifall FDP)

Dank der Ansiedlungsstrategie wissen wir nun auch, welchen Adressaten wir das wie am besten vermitteln können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Johannes Callsen [CDU])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schleswig-Holstein ist nicht das klassische Industrieland mit rauchenden Schloten oder kilometerlangen Fließbändern. In die Luft ragen bei uns die Windkraftanlagen, und kilometerlang sind die Ackerfurchen. Das soll nicht despektierlich klingen,

(Christian Dirschauer)

ganz im Gegenteil, es spiegelt einen wichtigen Teil unserer Wirtschaftskraft wider.

Als Politik müssen wir aber auch die wirtschaftlichen Strukturen unseres Landes hinterfragen, um sie zu verbessern und gegebenenfalls zu verbreitern. Die Landesregierung sieht hier Handlungsbedarf. Im Übrigen wurden bereits unter Wirtschaftsminister Meyer zu Zeiten der Küstenkoalition industriepolitische Kongresse durchgeführt und ein Leitbild der künftigen Industriepolitik für Schleswig-Holstein gemeinsam entwickelt. Es wurden seinerzeit Arbeitsgruppen eingerichtet, bestehend aus Akteuren von Unternehmen, Kammern, Hochschulen, Verbänden und Gewerkschaften.

Jamaika hat hierauf aufgesattelt und ein neues Bündnis für Industrie initiiert. Breite Einigkeit herrschte darüber, Schleswig-Holstein von der wirtschaftlichen Standspur zu holen. Es bräuchte mehr Industrie, mehr Flächen für Industrie, und die Chancen der Energiewende müssten stärker genutzt werden. So weit, so gut, und das war dann wohl auch der Startschuss für die Ansiedlungsstrategie, die uns heute vorliegt.

Die Strategie weist auf Handlungsbedarfe hin. Demnach liegt Schleswig-Holstein deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt bezogen auf die Wirtschaftskraft oder die Industriedichte. Unsere Wirtschaft basiert zu 99 % auf kleinen und mittleren Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie konnten unsere Betriebe im bundesweiten Vergleich relativ gut überwinden. Die bestehende Struktur kann also auch Vorteile haben.

Nichtsdestotrotz ist es richtig, die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins voranzubringen und die strukturellen Defizite zu überwinden. Die Wirtschaftskraft Schleswig-Holsteins stellt sich wie folgt dar: Der Motor befindet sich im Süden. Hamburg ist die wirtschaftliche Strahlkraft, die sich auch auf die Metropolregion auswirkt. Der Landesteil Schleswig und die Westküste leiden unter einer strukturellen Schwäche. So steht es im Bericht, und das ist für uns alle nicht neu. Wie sollen die wirtschaftlichen Defizite überwunden werden?

Die Strategie schlüsselt verschiedene Handlungsfelder auf. Unter anderem im Abschnitt „Verkehrsinfrastruktur, Bereitstellung von Gewerbeflächen, digitale Infrastruktur“ wird auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur als „grundsätzliche und entscheidende Voraussetzung“ verwiesen. Das ist absolut richtig. Die Schlussfolgerung im Bericht ist: „der Weiterbau der A 20 mit westlicher Elbque-

rung, der Bau der Festen Fehmarnbeltquerung mit dem Ausbau der Straßen- und Schienenhinterlandanbindung“ oder der sukzessive Ausbau der B 404 zur A 21. - Alles gut und richtig, das findet auch die Unterstützung des SSW; auch das ist in diesem Haus nichts Neues.

(Beifall SSW, FDP und Joschka Knuth
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber Verkehrsinfrastrukturprojekte im nördlichen Landesteil oder an der Westküste kommen im Bericht gar nicht vor. So lassen sich die Wirtschaftsdefizite im nördlichen Landesteil und an der Westküste nicht beheben.

(Beifall SSW)

Das sind keine kleinen Schuhe - um ein dänisches Sprichwort zu übersetzen -, das ist Fakt.

Als SSW haben wir immer die Stärkung der Nord-Süd-Achsen gefordert, beispielsweise den Ausbau der B 5 oder den sechsstreifigen Ausbau der A 7 bis zur dänischen Grenze. Im Gegensatz zum Bericht sehen wir durchaus größeres wirtschaftliches Potenzial für Schleswig-Holstein bei unseren nördlichen Nachbarn. Ich möchte dabei auf eine Studie des IfW Kiel vom Oktober des letzten Jahres hinweisen, in der genau darauf hingewiesen und dem Land empfohlen wird, seine Anstrengungen zu verstärken, um gemeinsam mit Süddänemark grenzüberschreitende Wirtschaftsstrukturen zu entwickeln.

Der Bericht verweist allerdings nur auf Dänemark als potenziellen Quellenmarkt, der mit vergleichsweise moderatem Ressourceneinsatz bearbeitet werden kann oder soll. Für den SSW ist das an dieser Stelle selbstredend zu wenig. Auf die Strategie satteln Maßnahmen auf, und da werden wir im Dialog sein und als SSW genau hinschauen.

Ein letzter Satz zum Antrag der Koalition, der eine Datenbank für freie Gewerbeflächen landesweit und länderübergreifend aufbauen möchte. Die Idee, die dahintersteckt, ist durchaus nachvollziehbar, und wir unterstützen sie. Schnell und per Knopfdruck freie Flächen ausfindig zu machen, erspart viel Zeit bei der Suche nach geeigneten Gewerbeflächen. Ich frage mich aber: Nachdem die Kommunen zum Zeitpunkt X ihre potenziellen Flächen gemeldet haben, bedeutet das, dass nicht gemeldete Flächen dann ausgeschlossen sind, oder kann die ganze Zeit nachgemeldet werden?

Wir als SSW sagen: Wer den Flächenverbrauch senken will, muss klare Vorgaben machen. Alles andere birgt die Gefahr, dass sich die Kleinstaaterei bei

(Christian Dirschauer)

den Gewerbeflächen und damit der Flächenfraß fortsetzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Lieber Martin Kruse, es freut mich, dass Sie hier sind! Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank für Ihren Bericht! Die Wirtschaftskraft Schleswig-Holsteins liegt im bundesweiten Vergleich unter dem Durchschnitt, und die Industriedichte ist nach wie vor gering. Bei internationalen Ansiedlungen liegt Schleswig-Holstein an drittletzter Stelle, und bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sind wir sogar Schlusslicht.

Es war deshalb richtig, dass die Landesregierung die Ansiedlung größerer Unternehmen und die Erhöhung des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung zu wichtigen Zielen erklärt hat.

Nun liegt eine Ansiedlungsstrategie vor, die bereits bei der Analyse die bittere Realität nicht ignorieren kann. Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein wird massiv durch die geringe Elektrifizierung der Bahnstrecken und den nur langsam vorankommenden Ausbau der Infrastruktur beeinträchtigt. Das Planungsrecht ist hier der große Bremsklotz.

Auch die sehr hohen Energiekosten sind im europäischen Vergleich ein gravierender Nachteil. Das selbst ernannte Energiewendeland verschreckt Investoren mit extrem hohen Preisen und Entgelten. Weitere Hürden für ausländische Unternehmen sind das unflexible deutsche Arbeitsrecht, die hohen Arbeitskosten und die hohen Steuern. Also bestehen keine guten Aussichten für Neuansiedlungen.

Dazu kommt, dass die WTSH personell unterbesetzt ist. Meint man es ernst mit der Neuansiedlung von Unternehmen, muss diese wichtige Agentur verstärkt werden. Der Freistaat Sachsen macht mit seiner Wirtschaftsförderung vor, wie man mit proaktiver Akquise ausländische Unternehmen ins Land holen kann; „Silicon Saxony“ ist hier das Stichwort.

Die Chance, in bestimmten Branchen, die im Land bereits vertreten sind, neue Unternehmen in den Norden zu locken, besteht durchaus. Die Nähe zu

Hamburg, die Brückenfunktion zu Skandinavien, die hohe Lebensqualität, das sind durchaus Trümpfe, mit denen das Land punkten kann.

Das Strategiepapier nennt die Gesundheits-, die Ernährungs-, die Energie- und die IT-Branche sowie den Maschinenbau als die Branchen mit dem höchsten Potenzial für Ansiedlungen. Diese profitieren auch von den sogenannten Megatrends Digitalisierung und Nachhaltigkeit, die im Bericht genannt werden.

Potenziale über Potenziale, aber das bleibt alles potenziell, wenn die Umsetzung nicht funktioniert, und daran hapert es. Es wird auch dauerhaft an gut ausgebildeten Fachkräften fehlen, es drohen weitere Blockadehaltungen seitens der Naturschutzverbände oder solch dubioser Vereine wie der sogenannten Deutschen Umwelthilfe gegen den Ausbau von Infrastrukturprojekten. Auch Bundestagskandidaten der Grünen aus Schleswig-Holstein wollen den Bau von Autobahnen komplett verbieten.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer denn?)

- Herr Blasel aus Kronshagen, Listenplatz 8. - Dabei sind A 1, A 7 und A 23 nicht nur wichtige Verkehrsadern, sondern auch ideale Standorte für Gewerbegebiete, wie es im Bericht heißt. Der stockende Weiterbau der A 20 wird die Staus rund um Hamburg auf Jahre hinaus nicht auflösen und den Westen Holsteins wohl nie anschließen, wenn es eine autofeindliche Bundesregierung geben sollte. Sonntag wird das ja entschieden.

Die Gegner sitzen aber auch hier im Land. Wie sollen neue Unternehmen ins Land geholt werden, wenn keine ausreichenden Flächen dafür bereitstehen? Diese Landesregierung ist gerade dabei, eine Obergrenze für Flächennutzung festzuzurren, die einer dynamischen Industrie- und Ansiedlungspolitik diametral entgegensteht.

Eine landesweite Gewerbeflächendatenbank einzurichten, wie es der Antrag von Jamaika vorsieht, ist ein guter Schritt. Viel wichtiger sind aber die Signale, die von dieser Landesregierung im Wettbewerb um neue, innovative Unternehmen ausgehen. Solange industrie- und verkehrsfeindliche Botschaften aus diesem Parlament potenzielle Investoren abschrecken, wird die Ansiedlungsstrategie leider nur Wunschdenken bleiben und Schleswig-Holstein ein Land zum Urlaubmachen. Das ist nett, wird aber nicht reichen, um die Wirtschaftskraft und nicht zuletzt das Steueraufkommen, das wir dringend brauchen, wachsen zu lassen.

(Volker Schnurrbusch)

Schleswig-Holstein hat mehr verdient, als nur ein nettes Urlaubsland zu sein. Wir brauchen mehr Gewerbe, wir brauchen mehr Innovation, wir brauchen mehr Unternehmer. Die sollte kein verantwortungsvoller Politiker aus diesem Parlament mit seinen Botschaften verschrecken. Das gilt auch für alle Bundestagskandidaten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Zunächst hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Abgeordneter Knuth! Erstens. Von uns hat niemand in Abrede gestellt, dass die EEG-Novelle, die federführend von Sigmar Gabriel kam, Mist war - das können wir im Gegensatz zu Ihnen. Das hat am 20. Januar 2014 sogar unser eigener Ministerpräsident gemacht. Das können Sie bei „SPIEGEL ONLINE“ nachlesen - Überschrift -: „SPD-Ministerpräsident Albig nennt Gabriels Pläne unsinnig“.

Unterstellen Sie uns nicht, dass wir das verdecken würden! Wir haben das in der Regierungszeit hier gemeinsam kritisiert. Ich weiß noch, welche Fraktionen das gar nicht so schlecht fanden, dass der Windenergieausbau gebremst wird.

Zweitens: Es gibt eine Stellungnahme der „Fachagentur Windenergie an Land“ zu Ihren Moratoriumsverlängerungen, die nur notwendig geworden sind, weil FDP und CDU das Fass neu aufgemacht haben, was Sie mehrfach selbst konzidiert haben. Die Fachagentur Windenergie hat Ihnen in einer Stellungnahme vom 23. April 2019 - damit Sie das auch wiederfinden - zum Thema Auswirkungen des Moratoriums vorgerechnet:

„Zwar zeigt sich seit Jahresbeginn 2017 auch bundesweit ein deutlicher Einbruch bei den Genehmigungszahlen; dennoch ist der Rückgang in Schleswig-Holstein auch für diesen Zeitraum weitaus ausgeprägter als im restlichen Bundesgebiet, wie Tabelle 1 erkennen lässt.“

Ich dachte eigentlich, dass Sie die Stellungnahmen, die man Ihnen damals geschickt hat, gelesen haben. Falls Sie sich fragen, wer bei der „Fachagentur Windenergie an Land“ ist - wer da so beteiligt ist -: Das ist keine wilde Lobbyvereinigung, sondern dar-

an sind unter anderem der Bund, alle Bundesländer und die kommunalen Spitzenverbände beteiligt.

Das heißt: Eine übergeordnete Organisation hat Sie vor der Verlängerung des Moratoriums wegen der wirtschaftlichen Auswirkungen gewarnt. Lesen Sie später noch einmal nach, was da zum Thema Senvion steht! Ich kann das jetzt nicht vorlesen, weil Herr Hölck leider alle Zeit verbraucht hat.

(Heiterkeit)

Als jemand, der sich über ein Jahrzehnt um Ansiedlung von Arbeitsplätzen in einer gebeutelten Region bemüht hat, finde ich das sehr frustrierend. Das finden wir in Rendsburg-Eckernförde übrigens parteiübergreifend frustrierend.

Was Fakt ist, muss auch Fakt bleiben - bei aller Koalitionsdisziplin.

Herr Buchholz, ich finde es ja schön, dass Sie jetzt für die erneuerbaren Energien werben. Ich bin gespannt auf das nächste Landtagswahlprogramm der FDP. Im letzten stand noch die siebenfache Höhe als Mindestabstand darin; bei den Anlagen, die bei Senvion gebaut wurden, waren das 1,4 km. Damals waren wir uns mit den Grünen vollkommen darüber einig, dass damit keine Anlagen mehr gebaut würden. Ich verstehe die Belastungen, die Sie mit Ihrem Koalitionspartner haben.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber tun Sie nicht so - damit Sie sich das besser selbst erzählen können -, als ob Ihr Moratorium keinen Effekt hatte. Es ist nicht der einzige Effekt - das haben wir auch nie behauptet -, aber gerade für Senvion, das die Hälfte des Umsatzes in Schleswig-Holstein gemacht hat, mit Repowering und mit höheren Anlagen, die man dann an der Stelle nämlich auch im Wege der Sondergenehmigung nicht bekommen konnte, muss ich ganz ehrlich sagen, glaube ich der „Fachagentur Windenergie an Land“ mehr als einzelnen Redebeiträgen hier.

Wenn die Kollegen von FDP und CDU ihren Applaus in ihren Wahlprogrammen umsetzen, bin ich guter Hoffnung für die Zukunft der erneuerbaren Energien am 8. Mai 2022. Hoffentlich versprechen Sie den Bürgerinnen und Bürgern nicht noch einmal, dass es keinen Windenergieausbau gibt.

(Beifall SPD - Denny Bornhöft [FDP]:
Dann sollen wir regieren?)

- Ich bin Demokrat genug, dass ich damit rechne, dass jede demokratische Partei regieren könnte.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Danke. - Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dem heutigen Tagesordnungspunkt geht es um Ansiedlungsstrategien, um Zukunftsperspektiven, um Dynamiken im Land. Da helfen die rückwärtsgewandten Debatten der SPD nicht wirklich weiter.

(Zuruf SPD: Oh! - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Vielleicht, Herr Dr. Dolgner, lassen Sie mich erst einmal ein paar Gedanken ausführen, bevor ich Ihre erste Zwischenfrage gerne zulasse.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Sie wissen, dass es um Gewerbegebiete geht!)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Herr Abgeordneter!

Tobias Koch [CDU]:

Ja, ich komme zu dem Punkt, weil ich es auch nicht länger durchgehen lassen will, dass Sie eine Legendenbildung betreiben und versuchen, durch diese ständige Wiederholung eine Legende in die Köpfe zu bekommen.

Schauen wir uns einmal an: Was hat das denn mit dem Moratorium auf sich? - Das Moratorium 2015 geht auf die Klage gegen die Teilfortschreibung der Regionalpläne Wind aus dem Jahr 2012 zurück, in Kraft gesetzt am 6. November 2012.

(Zuruf SPD)

Wer hat im November 2012 regiert? - Das waren Sie selbst. Es sind Ihre Regionalpläne, gegen die 2015 geklagt worden ist und die vor Gericht gescheitert sind.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Das sind Ihre Regionalpläne gewesen.

(Sandra Redmann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Da hat die Vorgängerregierung die Vorarbeit geleistet - ohne Frage -, aber es ist Ihre Verantwortung, dass Sie die in dieser Form in Kraft gesetzt haben.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das ist doch Quatsch! - Beifall Martin Habersaat [SPD])

Sie wurden beklagt und nicht wir.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Raudies?

Tobias Koch [CDU]:

Gerne. - Frau Raudies, gerne.

Beate Raudies [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Koch, ich will dann doch die Gelegenheit nutzen - Sie sprachen von Legendenbildung und bilden selber Legenden - und frage Sie: Ist Ihnen bewusst beziehungsweise haben Sie in den vergangenen Jahren bemerkt, erstens, wie lange es dauert, Regionalpläne vorzubereiten und dann zu verabschieden?

- Ja.

Zweitens. Halten Sie unter diesem Eindruck die Behauptung aufrecht, dass die Regionalplanung von 2012 eine Arbeit der Küstenkoalition gewesen sei?

(Serpil Midyatli [SPD]: Dam da da da!)

- Das lange Erarbeiten der Regionalpläne sollten wir uns in der Tat nicht gegenseitig vorhalten, denn, das merken wir alle, wie die Tücken des - -

(Beate Raudies [SPD]: Ach nein! - Weitere Zurufe SPD: Ah!)

- Sie werfen uns das doch vor, dass wir fünf Jahre Moratorium gebraucht haben, dabei wissen Sie selber, wie lange das dauert, unter ganz normalen Umständen.

(Unruhe SPD)

Es war Ihre Verantwortung. Sie haben etwas vorgefunden, was die Vorgängerregierung erarbeitet hat, und es war Ihre Verantwortung zu sagen: Nehmen wir das? Setzen wir das in Kraft, oder erkennen wir selbst, dass das vielleicht fehlerhaft ist und korrigieren das?

(Zurufe Dr. Kai Dolgner [SPD] und Serpil Midyatli [SPD])

- Sie haben es in Kraft gesetzt, damit tragen Sie auch die Verantwortung dafür. Aus Ihrer Verantwortung können Sie nicht heraus.

(Anhaltende Unruhe SPD - Zuruf: So kann man echt Politik machen! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Guter Hinweis! - Dennys Bornhöft [FDP]: Hört doch einmal auf zu streiten!)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Raudies, Abgeordneter Koch?

Tobias Koch [CDU]:

Gerne, noch einmal.

Beate Raudies [SPD]: Herr Kollege Koch, heißt das, wir hätten als Küstenkoalition bei Regierungsübernahme sämtliche Arbeit der Vorgängerkoalition und -regierung auf den Prüfstand stellen müssen, weil Sie davon ausgehen, dass das Murks war, was man uns hinterlassen hatte?

(Dennys Bornhöft [FDP]: Haben wir bei der A 20 machen müssen!)

- Das haben Sie bei ganz vielen Projekten getan, die Sie um 180 Grad zurückgedreht haben. Da hatten Sie keine Skrupel. Wenn Sie das Gefühl gehabt hätten: „Da läuft etwas in die falsche Richtung“, und das Gefühl, uns Vorwürfe machen zu können, hätten Sie das tun sollen. Sie haben es nicht getan, deswegen ist es auch Ihre Verantwortung. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Dann schauen wir weiter: 2015 - das Moratorium. Das Moratorium wurde nach dem Gerichtsurteil erlassen - auch von Ihrer Regierung. Verantwortlich war der damalige Chef der Staatskanzlei, ein gewisser Thomas Losse-Müller.

(Serpil Midyatli [SPD]: Oh, darauf wollten Sie hinaus! - Unruhe)

Herr Hölck, vielleicht sollten Sie überlegen, ob Sie Ihre Reden aus den letzten vier Jahren immer noch so halten wollen. Da nähme ich auf den Spezialfall ein bisschen mehr Rücksicht. Das Moratorium war Ihre Entscheidung. Das war auch richtig und notwendig. Deswegen sollten Sie uns das Moratorium auch nicht vorhalten.

(Anhaltende Unruhe - Glocke Präsidentin)

Es war auch notwendig, das Moratorium zu verlängern. Wir haben Sie damals unterstützt, als wir in der Opposition waren. Genau das Gleiche hätten Sie auch tun sollen, weil es nämlich notwendig war, das Moratorium zu verlängern, weil wir keinen Wildwuchs im Land haben wollten. Das hat uns bisher geeint, deswegen haben wir gemeinsam das Moratorium verlängert.

Ja, dann mag es sechs Monate oder ein Jahr länger gedauert haben, weil wir noch einmal an den Kriterien gearbeitet haben. Das eine Jahr geht auf unser Konto. Die anderen vier Jahre sind auf Ihrem Konto oder meinetwegen auf einem gemeinsamen Konto. Das sollten wir uns nicht vorhalten.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Versuch, hier ein Schwarzer-Peter-Spiel zu betreiben und die Verantwortung hin- und herzuschieben, ist doch vollkommen fehl am Platz.

Schauen wir doch einmal, woher die Klagen kommen. Die Klagen kommen doch nicht von Windkraftgegnern. Die Klagen kommen aus der Windkraftbranche selbst, damals wie heute. Es klagen immer einzelne Unternehmen gegen die Regionalpläne. Warum tun sie das? - Nicht, weil zu wenig Flächen zur Verfügung stehen. Wir haben doch jetzt 2 % der Landesflächen ausgewiesen. Es können genügend Windkraftanlagen gebaut werden. Warum klagen die Einzelunternehmen? - Sie klagen aus egoistischen Gewinnmaximierungsaspekten. Weil sie die Flächen unbedingt realisieren wollen, die sie sich selbst vielleicht vertraglich schon gesichert haben.

Für diese Unternehmen machen Sie sich hier zum Fürsprecher. Denen stärken Sie den Rücken, weil Sie den Schwarzen Peter bei der Landesregierung und nicht bei den einzelnen Branchenvertretern suchen, die damit ihre ganze Branche und den Klimaschutz gefährden. Da ist die SPD wirklich auf dem Holzweg. So sollten wir nicht miteinander diskutieren.

Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, dass wir das, was wir erreicht haben - nämlich Planungssicherheit für die Windkraftbranche, einen richtigen Schub beim Windkraftausbau -, gemeinsam vorantreiben und nicht solche Diskussionen führen, wie Sie sie heute hier geführt haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat jetzt der Abgeordnete Thomas Hölck.

(Unruhe)

Thomas Hölck [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Koch, Sie haben eben eine etwas wirre Rede gehalten.

(Thomas Hölck)

(Zurufe)

- Nein, keine irre, sondern eine wirre. Sie hätten die Regionalplanung 2017 übernehmen können, die die Albig-Regierung vorgelegt hat. Die war nämlich gut. Die hatte nämlich für das ganze Land einheitlich Kriterien vorgesehen. Das haben Sie in Ihren Regionalplänen nicht.

(Beifall SPD und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das konnten Sie auch nicht, weil Sie im Wahlkampf versprochen hatten, Sie würden die Abstände zur Wohnbebauung erhöhen, gleichzeitig 2 % Landesfläche für Windenergie ausweisen und 10 GW onshore zubauen. Das passt nun einmal nicht zusammen. Das passt nicht zusammen!

(Tobias Koch [CDU]: Natürlich passt das!)

Deshalb haben Sie jetzt Pläne mit unterschiedlichen Abständen vorgelegt, und die werden zu Recht beklagt, und die werden aufgehoben. Deshalb werden Sie erleben, dass Sie diese Planung an die Wand gefahren haben - und die Branche gleich mit.

(Beifall SPD)

Deshalb sollten Sie hier nicht so große Töne spucken. Sie sind in diesem Land die Totengräber der Windenergie. - Danke schön.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3268, in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Wie möchte die SPD abstimmen?

(Zurufe: Zustimmung!)

Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD sowie den beiden fraktionslosen Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein und Dr. Brodehl bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW angenommen.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Eigentlich wollten wir zustimmen!)

- Darf ich dann konstatieren: Alle haben zugestimmt!

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Ihr wolltet nur mal sehen, ob ich euch wieder vergesse!

(Zuruf Thomas Rother [SPD])

- Ich danke dem Kollegen Rother für den Einwand. Wir müssen noch über den Bericht Drucksache 19/3234 abstimmen. Es ist beantragt worden, diesen Bericht dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Vielen Dank, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Der Rechtsanspruch auf Ganzttag kommt - Umsetzung jetzt vorbereiten

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3281

Der Rechtsanspruch auf Ganzttag kommt - Umsetzung muss im Dialog erfolgen

Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3317

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Vorsitzende Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen stammt aus dem Regierungsprogramm von CDU und CSU - wohlge-merkt nicht zur diesjährigen Bundestagswahl, sondern zur Bundestagswahl 2017. Wir erinnern uns: Damals lautete die Überschrift „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“. Ich muss zugeben, ich konnte mich nicht mehr erinnern, wie das damalige SPD-Wahlprogramm hieß. Vielleicht können die Sozialdemokraten da helfen? - Nein? Auch nicht mehr bewusst? Der Titel bei der Sozialdemokratie war damals „Zeit für mehr Gerechtigkeit“. Es hat keiner mehr gewusst. Aber darin war exakt die gleiche Forderung enthalten und sogar noch um einen Halbsatz ergänzt, nämlich dass dieses mit finanzieller Beteiligung des Bundes geschehen soll.

(Tobias Koch)

Als Kommunalpolitiker, der ich bis 2017 war, und ebenso als Vater zweier Kindern, von denen sich damals eines mitten in der Grundschulzeit befand, war mir das Problem bestens bekannt. In der Krippe und in der Kita können beide Eltern berufstätig sein, weil dort eine Ganztagsbetreuung möglich ist. Erhält das Kind während der Grundschulzeit aber keinen Platz im Hort oder an der OGS, dann muss im schlimmsten Fall der Job wieder gekündigt werden, um die Kinderbetreuung ab Mittag selbst zu übernehmen. Das ist nicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie wir sie uns vorstellen und wie wir sie allen Familien als Möglichkeit eröffnen wollen.

(Beate Raudies [SPD]: Hört, hört!)

In meinem allerersten Interview als Fraktionsvorsitzender mit den „Kieler Nachrichten“ im August 2017 habe ich deshalb die Einführung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen in den Mittelpunkt gestellt, allerdings auch damals schon verbunden mit der Forderung, dass sich der Bund an der Finanzierung beteiligen müsse.

Heute können wir erfreut feststellen: Der Bund hält Wort. Der Rechtsanspruch kommt und wird schrittweise ab dem Jahr 2026 beginnend mit der 1. Klasse eingeführt.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Nach dem Rechtsanspruch auf einen Platz in der Krippe und den Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kita wird damit die letzte verbliebene Lücke geschlossen. Zukünftig ist die Betreuung dieser wichtigen Lebensphase sichergestellt, sodass sich Arbeit und Familie besser verbinden lassen, wenn dieses gewollt ist. Das ist die gute Nachricht für alle Familien.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir schreiben den Familien nicht vor, wie sie ihr Leben gestalten sollen, aber wir sorgen dafür, dass es eine echte Wahlfreiheit zwischen diesen verschiedenen Lebensentwürfen geben kann.

In der Sache war die Entscheidung deshalb vollkommen unstrittig. Diskussionen gab es ausschließlich über die Höhe der Finanzierung durch den Bund. Hierzu konnten wir vor einigen Wochen in einer großen schleswig-holsteinischen Zeitung befremdlicherweise lesen - ich zitiere -:

„Ganztagsschulen: SH droht dreistelligen Millionenbetrag zu verpokern“

Nun haben wir manche Glücksspieldebatte hier im Landtag erlebt, aber in Sachen Kinderbetreuung hat unsere Landesregierung weiß Gott nicht gepokert, sondern im Interesse des Landes und der Kommunen und der Schulträger hart verhandelt - und das am Ende sehr erfolgreich.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

3,5 Milliarden € des Bundes für Investitionen: Die waren zwar von Beginn an zugesagt, und nach den neuesten Investitionsschätzungen reicht das sogar für über 70 % der erforderlichen bundesweiten Investitionen. Indem als Ergebnis der Verhandlungen aber nicht nur die absolute Höhe von 3,5 Milliarden € sondern auch der Prozentsatz von bis zu 70 % im Gesetzestext genannt wird, sind wir bestens gewappnet, falls der tatsächliche Investitionsbedarf höher ausfallen sollte als zum gegenwärtigen Zeitpunkt geschätzt. Hierfür ist extra noch einmal eine zweimalige Überprüfung Ende 2027 und Ende 2030 vorgesehen.

Bei den laufenden Betriebskosten erhöht der Bund seine Finanzierungszusage um 300 Millionen € auf 1,3 Milliarden € was nach den neuesten Prognosen einem Anteil von 50 % entspricht und damit genau unsere Forderung erfüllt. Da kann ich nur sagen: Glückwunsch und herzlichen Dank unseren beiden Verhandlungsführern, Finanzministerin Monika Heinold und dem Chef der Staatskanzlei, Dirk Schrödter. Besser hätte man das nicht hinkommen können.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für das Land und für die Schulträger in Schleswig-Holstein zahlt sich dieser Verhandlungserfolg in barer Münze aus: 11 Millionen € mehr vom Bund bedeutet 11 Millionen € weniger aus den eigenen Kassen. Jamaika ist nicht nur gut für das Land, Jamaika kümmert sich auch um die Interessen unserer Kommunen.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Nachdem Rechtsanspruch und Finanzierung des Bundes nunmehr geklärt sind, geht es an die Umsetzung. Genau da setzt unser Antrag an. Auf dieser Grundlage gilt es, jetzt Gespräche zwischen Land und Kommunen zu führen, um den konkreten Ausbaubedarf zu planen und die Finanzierung zwischen Land und Kommunen abzustimmen. Da sich die Bundesmittel gleichmäßig auf die Bundesländer

(Tobias Koch)

verteilen, der Ausbaubedarf in Schleswig-Holstein aber besonders hoch ist, gibt es noch viel zu tun, damit der Rechtsanspruch ab dem Jahr 2026 auch tatsächlich verwirklicht werden kann. Zusammen mit den Kommunen packen wir das jetzt entschlossen an, denn Bildung und damit auch das Thema Ganzttag bleiben weiterhin ein politischer Schwerpunkt dieser Jamaika-Landesregierung. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Es ist exakt ein Jahr her, dass wir hier über die Ganztagschule gesprochen haben. Ich habe damals die Erziehungswissenschaftlerin Anne Sliwka zitiert, die drei Ziele von Schule nennt: erstens „Chancengerechtigkeit“ für alle, zweitens „Excellence“, also das Heranführen möglichst vieler Schülerinnen und Schülern an die Leistungsspitze, und drittens Wohlbefinden, also eine Schule, in die die Kinder und Jugendlichen gern gehen. Heute sind sie teilweise schon damit zufrieden, wenn sie überhaupt in die Schule gehen können. Coronabedingt sind wir diesem Leitbild in den vergangenen zwölf Monaten leider nicht wirklich nähergekommen.

Bereits vor einem Jahr stand die Entscheidung der Großen Koalition in Berlin im Raum, in absehbarer Zeit einen Rechtsanspruch für Ganztagsbetreuung zumindest für die Grundschul Kinder einzuführen. Herr Koch, in diesem Begriff liegt ein Teil der Unterschiede zwischen CDU und SPD. Deswegen möchte ich kurz darauf eingehen. Ganztagsbetreuung ist ganz ausdrücklich nicht, was uns ausreicht. Wir wollen Ganztagsbildung. Im CDU-Programm ist ausschließlich von Betreuung die Rede, und im SPD-Programm von 2017 war vom Ausbau der Ganztagschulen und von Bildung und Betreuung die Rede. Wenn wir uns gemeinsam darauf einigen, dass das CDU-Wahlprogramm von 2017 nicht weit genug ging und wir den ganzen Tag lang eigentlich Bildung wollen, dann haben wir gemeinsam schon einen Fortschritt gemacht.

(Beifall SPD)

Der Bund unterstützt jetzt die Länder und Schulträger beim Ausbau der Grundschulen mit bis zu 3,5 Milliarden € bei einer Förderquote von 70 %.

Die Investitionshilfen können für Neubau, Umbau, Erweiterung, Ausstattung und Sanierung der Infrastruktur verwendet werden. Sie sind nicht zwingend an die Schaffung zusätzlicher Plätze gebunden. Ab 2026 beteiligt sich der Bund darüber hinaus stufenweise an den Betriebskosten, ab 2030 mit bis zu 1,3 Milliarden € pro Jahr.

Mit dieser Vereinbarung gibt es nun finanzielle Spielräume, die Schule der Zukunft auch inhaltlich zu gestalten und zu erreichen, dass aus dem Satz: „Wir haben eine Ganztagschule“, an möglichst vielen Schulen in Schleswig-Holstein der Satz: „Wir sind eine Ganztagschule“ wird, indem sich dort das Lernen und Leben anders abspielt als bisher.

Die Landesregierung steht jetzt in der Pflicht, ein Konzept zur Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarung zu entwickeln. Genau das ist der Teil, der uns in Ihrem Antrag fehlt, meine Damen und Herren. Von einem Konzept ist da leider nicht die Rede.

Die 19. Legislaturperiode unseres Landtags geht dem Ende entgegen. Deswegen ist es umso wichtiger, unabhängig vom Ausgang der Landtagswahl im nächsten Mai ein landesweites Übereinkommen auf die Beine zu stellen, das für alle Beteiligten langfristig Bestand hat. Ein solches Konzept darf nicht am grünen Tisch im Ministerium entwickelt werden, sondern es muss in einem Dialogverfahren entwickelt werden. Ja, meine Damen und Herren, wir brauchen wieder einen Bildungsdialo-

(Vereinzelter Beifall SPD, SSW und Beifall Anita Klahn [FDP])

und zwar einen, an dem die Eltern, die Vertretungen der Kreise und Kommunen, die Träger der Jugendhilfe und alle anderen an der Gestaltung der Ganztagschule Beteiligten eingebunden sind - nicht nur formal, sondern wirklich. Wie es momentan beispielsweise um die Einbindung der Eltern steht, kann jeder erfahren, der einmal mit den Landeselternvertretern spricht. Sie sind momentan - vorsichtig formuliert - unzufrieden damit, wie sie behandelt werden.

(Anita Klahn [FDP]: Aber nicht von der Politik!)

- Nicht von der Politik, Frau Klahn, sondern von der Ministerin. Aber sie ist auch ein relevanter Teil der Landespolitik.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW - Zuruf Anita Klahn [FDP])

(Martin Habersaat)

Bei einem solchen Konzept darf es nicht nur darum gehen, wer was bezahlt, sondern es muss darum gehen, was jetzt nötig ist. Die Coronapandemie hat uns große Mängel in unserem Schulsystem aufgezeigt, die nicht nur mit Digitalisierung zu tun haben. Daraus müssen jetzt Konsequenzen gezogen werden. Deshalb haben wir einen Änderungsantrag vorgelegt, der diesen Weg zu einem flächendeckenden Ganztags prägt. Klar sein muss auch: Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztags an den Grundschulen ist nur der erste Schritt. Am Ende des Weges muss die flächendeckende neu rhythmisierte Ganztagschule in allen Schularten stehen.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Nur, wenn es eine neu rhythmisierte Ganztagschule mit ganztägigen Bildungsangeboten ist, werden wir das Ziel überhaupt erreichen, Chancengleichheit näherzukommen. Nur dann wird die Schule alles das leisten können, was wir uns von ihr erhoffen.

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gute Nachricht ist, dass der Streit zwischen Bund und Ländern über die Finanzierung des Ganztagsausbaus vor gut zwei Wochen im Vermittlungsausschuss beigelegt wurde. Jetzt ist klar: Der Rechtsanspruch auf Ganztags kommt. Das bedeutet, dass jedes Kind, das nach dem 1. August 2026 eingeschult wird, in den ersten vier Schuljahren einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung haben wird. Die Betreuungslücke, die für viele Eltern nach dem Wechsel von der Kita in die Grundschule entstand, wird damit endlich geschlossen. Der Rechtsanspruch ist familienpolitisch eine wichtige Entscheidung.

Die nicht ganz so gute Nachricht: Trotz des Verhandlungserfolgs unserer Landesregierung im Vermittlungsausschuss ist das, was da an finanziellen Aufgaben auf uns als Land zukommt, kein Pappentier. Die Landesregierung schätzt den einmaligen Gesamtbedarf für investive Maßnahmen auf rund 310 Millionen € Hinzu kommen die strukturellen

Kosten für die Ganztagsangebote, die Personalkosten. Hier kalkuliert die Landesregierung mit laufenden Kosten in Höhe von rund 300 Millionen € jährlich. Da wird eine große Finanzierungslücke bleiben, obwohl der Bund bei den Betriebskosten noch eine Schippe draufgelegt hat und jetzt gut 40 Millionen € in Schleswig-Holstein ankommen werden.

Um den Finanzbedarf für das Land möglichst valide kalkulieren zu können, bitten wir die Landesregierung um eine Bestandsaufnahme der bestehenden Ganztags- und Betreuungsangebote. Die bisher prognostizierten Bedarfe sind allerdings in ihrer Tendenz schon eindeutig. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung wird für das Land ein echter finanzieller Kraftakt. Trotzdem bin ich - sind wir - der Meinung, dass das Geld richtig investiert ist, schließlich geht es hier um Ausgaben für Bildung.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ein flächendeckendes Ganztagsangebot ist ein großer Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit, denn wir wissen aus der Bildungsforschung, dass gute Schul- und Ganztagsangebote ungleiche Startchancen von Kindern ausgleichen können. Damit das gelingt, reicht es allerdings nicht aus, lediglich die Betreuungszeiten auszuweiten. Ich finde den Titel des Gesetzes, der vom Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung spricht, zu eingengt. Wir brauchen eine qualitativ hochwertige Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur am Nachmittag,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

die den Kindern echte Lern- und Entwicklungschancen bietet. Die Fragen der Qualität müssen deshalb von Anfang an mitgedacht werden. Aus diesem Grund bitten wir die Landesregierung in unserem Antrag, mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren einen landesweiten Dialog für die Ausgestaltung der zusätzlichen Angebote durchzuführen. Dieser Dialog ist auch vor dem Hintergrund erforderlich, dass wir als Bundesland bei der Einrichtung von zusätzlichen Angeboten einiges zu tun haben werden, um den Rechtsanspruch erfüllen zu können.

Bei der Ganztagsquote haben wir als Bundesland bereits jetzt erheblichen Aufholbedarf. 2019 lag die Ganztagsquote bei den Kindern im Grundschulalter bei uns in Schleswig-Holstein bei lediglich 22 %, während im Bundesdurchschnitt doppelt so viele Kinder Ganztagsangebote wahrnehmen, nämlich 47 %.

(Ines Strehlau)

Wir müssen den Rechtsanspruch auf Ganztage nutzen, um Schule weiterzuentwickeln. Die Schulen müssen zu Ganztagschulen werden, und das mit der Einbindung vieler Akteurinnen und Akteure von außerhalb von Schule. Sportvereine, Musikschulen, Theatergruppen und viele mehr bereichern das Schulleben. Die Verzahnung von Vor- und Nachmittag muss besser werden. Vormittags lernen und nachmittags spielen wird den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler und dem Bildungsanspruch nicht gerecht.

(Beifall SPD, FDP und SSW)

Die Konzeptentwicklung braucht Zeit - über diese Wahlperiode hinaus, liebe SPD und lieber SSW. Wir machen einen Schritt nach dem anderen. Zuerst setzen wir den Rechtsanspruch wie vorgesehen in der Grundschule um. Erst in einem weiteren Schritt werden die weiterführenden Schulen kommen können. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

Für uns ist klar: Wenn Kinder den ganzen Tag in der Schule oder im Hort verbringen und dort eben nicht nur betreut werden sollen, dann geht dies nicht ohne ausreichendes und gut qualifiziertes Personal.

Vor dem Hintergrund des jetzt schon bestehenden Fachkräftemangels ist es ein Armutszeugnis, dass sich der Bund bei der Fachkräftefrage wegduckt. Nach einem Jahr Unterstützung der PiA-Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher hat sich der Bund sang- und klanglos daraus zurückgezogen. Da erwarten wir mehr von einer zukünftigen Bundesregierung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Die ungelöste Fachkräftefrage und dass die Finanzierungsfrage quasi erst in letzter Minute im Vermittlungsausschuss gelöst werden konnte, zeigen für mich wieder einmal, wie problematisch das Kooperationsverbot ist und dass die Erweiterung des Artikels 104 c des Grundgesetzes eben nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist.

Bildung muss in unseren Augen viel stärker als gesamtstaatliche Aufgabe zwischen Bund und Ländern gedacht werden; eine weitere Aufgabe für die neue Bundesregierung. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat jetzt die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir wollen doch, dass sich junge Menschen für eine Familiengründung entscheiden. Wir wollen gleichzeitig, dass diese jungen Menschen mit ihrer beruflichen Expertise der Wirtschaft und der Gesellschaft zur Verfügung stehen, und wir erwarten natürlich, dass sie durch eine Berufstätigkeit ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangen. Wenn wir also von Eltern fordern, dass sie gleichberechtigt ihrer Berufstätigkeit nachgehen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen stimmen,

(Beifall FDP und Tobias Koch [CDU])

denn die heutige Arbeits- und Berufswelt setzt voraus, dass es ausreichend Betreuungsmöglichkeiten für Kinder gibt. Ich weiß, dass es an der Stelle auch seitens der Wirtschaft noch Entwicklungspotenziale gibt, was die Unterstützung betrifft, aber darum geht es heute nicht.

Die Lebenswirklichkeit der Familien ist, dass zunehmend beide Elternteile arbeiten, und im Fall von Alleinerziehenden steht es ohnehin außer Frage, dass sie zur Arbeit gehen müssen und in diesem Zusammenhang auch eine außerfamiliäre Kinderbetreuung benötigen. Mir geht es explizit nicht darum, dass ich damit sagen will, jeder muss - wie auch immer - in den Arbeitsmarkt, sondern es geht darum, jedem eine Wahlmöglichkeit zu geben.

(Beifall FDP und CDU)

Es ist auch nicht unser Ziel, alle Schülerinnen und Schüler im schulischen Ganztage in der Schule zu wissen und sie dort hineinzwingen zu wollen, denn Kinder haben auch außerhalb von Schule im familiären Umfeld eigene Interessen. Ich glaube nicht, dass wir sagen können, dass der Ort Schule all das ersetzen kann. Wir würden auch das System überfordern. Aber es gibt eine Wahlmöglichkeit für berufstätige Eltern mit den ganztägigen Angeboten. Wenn wir schon Vergangenheitsbewältigung machen, dann weise ich darauf hin, dass wir schon Anfang 2000 gesagt haben: Offene Ganztagschulen sind keine Lösung.

Wenn wir jetzt also endlich in den Rechtsanspruch für die Grundschulen kommen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, dann ist es ehrlicherweise auch nur richtig, dass sich der Bund an der Finanzierung beteiligt. Von daher begrüßen wir die Entscheidung. Aber so positiv diese Entscheidung auch ist, die praktische Umsetzung

(Anita Klahn)

wird deutlich schwieriger. Das gilt für die finanziellen, aber auch für die personellen Ressourcen.

An dieser Stelle halte ich es für sehr gut und sehr richtig, dass wir aus Schleswig-Holstein den Vermittlungsausschuss angerufen haben, denn bei zu erwartenden dauerhaften Betriebskosten von 300 Millionen €- Tendenz sicherlich steigend - sind die zusätzlichen 11 Millionen € hilfreich. Aber sie werden uns in Schleswig-Holstein vor große Herausforderungen stellen, denn wir haben in vielen anderen Bereichen auch Zusagen gemacht, das darf man schlicht und einfach nicht vergessen.

(Beifall FDP und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

An dieser Stelle erinnere ich an einen Besuch in Hamburg bei Ties Rabe zu Anfang dieser Legislaturperiode, der ganz stolz darauf war, dass er das beim Bund mitverhandelt hatte. Es hat mich damals wirklich sehr betroffen gemacht, dass seine Aussage war: Ach, wenn das dann alles erst einmal als Rechtsanspruch verankert ist, dann ist der Druck der Eltern so groß, dass die Länder und die Kommunen das schon irgendwie finanzieren. - Meine Damen und Herren, so darf Verantwortung in Berlin nicht ausgeübt werden.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf SPD)

- Aber er hat damals den Koalitionsvertrag in Berlin mitverhandelt und sich dafür gerühmt. Das wollen wir hier doch einmal ganz deutlich sagen.

Meine Damen und Herren, Frau Strehlau hat schon ausgeführt, wie wir die Differenzierung zwischen Ganztagsbetreuung und Ganztagschule sehen. Dem schließe ich mich ausdrücklich an. Ich finde, dass der Ganztags eine Erweiterung des schulischen Angebotes ist. Wir müssen an dieser Stelle tatsächlich mit allen Beteiligten über die Ausgestaltung der Curricula sprechen und diese bedenken. Genauso muss die Rhythmisierung des Schulalltags neu gedacht werden. Wir müssen sehen, ob Schule so, wie sie heute ausgeübt wird, der Zukunft entspricht, denn im Prinzip ist es ein relativ altes System. Wenn wir an der Stelle einmal einen Blick in das europäische Ausland werfen, dann sähen wir, dass das auch besser geht.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Ein Wort noch an Herrn Habersaat.

(Martin Habersaat [SPD]: Dabei habe ich gerade geklatscht!)

- Ja, das war zu früh. Ich weiß, dass die Kritik aus der Elternvertretung kommt, dass es immer zu we-

nige Gespräche gibt. Aber berücksichtigen wir bitte: Wir haben anderthalb Jahre Coronapandemie hinter uns. Viele Präsenztermine, die wir regelmäßig gemacht haben, waren schlicht und einfach nicht möglich. Ich weiß auch, dass der eine oder andere Elternvertreter - manch einer wird jetzt vielleicht schmunzeln, weil Sie wissen, an wen ich denke - am liebsten im Vorzimmer der Ministerin einzieht. Ehrlich gesagt: Das geht nicht. Wir führen die Gespräche mit den Elternvertretern, und wir werden - sobald die Hygienevorschriften das alles zulassen - auch wieder enger und häufiger mit ihnen ins Gespräch kommen können.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Es gibt ja Kanäle, die man nutzen kann, auch in Pandemiezeiten!)

- Danke für den wertvollen Hinweis, aber denken Sie daran: Wir sind die Digitalisierungspartei. Wir beherrschen diese Systeme.

(Beifall Kay Richert [FDP] - Martin Habersaat [SPD]: Dann einmal los!)

Ein Satz an den SSW: Wir haben den SSW mit seinen dänischen Schulen und auch die freien Schulen verinnerlicht. Für uns sind sie ständig dabei, sodass wir sie nicht explizit im Antrag erwähnt haben. Ich hoffe, ihr verzeiht es uns, aber selbstverständlich werden sie mitgedacht.

Daher bitte ich um Abstimmung in der Sache und um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! So eine schöne Debatte am letzten Freitag vor der großen Bundestagswahl am Sonntag! Anita Klahn, ich finde es ganz großartig, dass du gerade gesagt hast: Natürlich denken wir mittlerweile den dänischen Schulverein und auch die Träger anderer privater Schulen in Schleswig-Holstein mit. Insofern finde ich das gut. Ihr habt das nicht explizit genannt, es ist im Jamaika-Antrag nicht definiert worden. Deshalb haben wir das zusammen mit der SPD noch einmal gemacht. Aber: Haken dran; ich finde das gut, und ich werde euch daran messen, ob ihr das auch tatsächlich gemacht habt.

(Jette Waldinger-Thiering)

Tobias Koch hat vorhin einleitend gesagt: Ich als Vater war beruhigt, dass ich einen Platz für meine Kinder in der Krippe und in der Kita hatte. So wusste ich, es wurde immer gut auf sie aufgepasst. Ich muss sagen: Ich war als alleinerziehende Mutter stolz darauf, dass unser dänisches System in Schleswig-Holstein - in Südschleswig - die Ganztagsbetreuung und auch die Hortplätze schon eingeführt hatte. Somit war mir geholfen.

(Beifall SSW und Birte Pauls [SPD])

Ich konnte zur Arbeit gehen, ich wusste, meinen Kindern geht es gut. Der Tag war rhythmisiert. Ob es um Hausaufgaben oder um Freizeit-AGs ging, ich wusste, sie sind an einem Ort, an dem es ihnen gut geht.

Genau das passiert jetzt auch mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkin-der. Wenn SPD und SSW davon sprechen, dass wir das aufwachsen haben müssen, dann ist das doch nur richtig. Wo wollen wir aufhören? Wollen wir sagen: Du kommst in die fünfte Klasse und hast dann keine Möglichkeit mehr? Wo nehmen wir denn dann Rücksicht auf Kinder und Jugendliche, die vielleicht in einem Förderzentrum sind? Die müssen vielleicht eine deutlich längere Betreuung haben als Kinder, die in die Grundschule gehen. Deshalb sagt unser Antrag: aufwachsen. Okay, Haken dran.

(Beifall SSW)

Etwas ist superwichtig: Wir haben heute den Freitagmorgen damit begonnen zu sagen: Wir wollen eine Industriestrategie, wir wollen ein Flächenmanagement haben, wir wollen neue Gewerbeflächen anbieten, damit wir auch neue Arbeitsplätze bekommen.

Mein Gott noch einmal: Dazu gehört es, dass wir ein vernünftiges Bildungssystem haben. Die Eltern sollen wissen, dass sie ihr Kind ohne Bedenken in die Ganztagsbetreuung geben können; denn es ist nicht nur ein Ort der Aufbewahrung, sondern Ganztagsbetreuung hat auch etwas mit Qualität zu tun.

(Beifall SSW und Beate Raudies [SPD])

Das sollte ein großartiger Tag für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle unsere Kinder in Schleswig-Holstein sein.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben viele Zahlen zu dem gehört, was wir alles benötigen, auch im Hinblick auf neue Räumlichkeiten. Das ist aber nicht das einzige Thema.

Wir haben im Bildungsausschuss eine tolle Anhörung zu dem Thema „Anspruch auf einen Ganztagsplatz“ durchgeführt.

Um auf die zusätzlichen Räumlichkeiten zurückzukommen: Wie finden und wie füllen wir diese überhaupt? Das fängt bei der Schulleitung an, die einen anderen Ablauf bekommt und ganz anders planen muss. Wir müssen uns endlich zu einem entsprechenden Berufsbild bekennen, wenn wir wirklich eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung haben wollen. Dieses Berufsbild gilt es zu entwickeln. Wir stehen nämlich vor der Frage, welche Menschen dort arbeiten und den Ganzttag mitgestalten sollen.

Die Antworten auf diese und andere Fragen müssen wir jetzt auf die Schiene bringen, damit wir nicht nur Räumlichkeiten, sondern auch das Personal haben, das im Ganzttag arbeiten und zum Wohlergehen unserer Kinder beitragen will. Ein paar Antworten sind noch offen.

(Zuruf CDU)

- Nein. Ich habe die Frage gestellt, aber noch keine Antwort erhalten. Aber das macht nichts; das regeln wir hoffentlich transparent im Bildungsausschuss.

Ich muss schon sagen, liebe Anita Klahn: Wenn die FDP von sich behauptet, die Digitalisierungsfraktion zu sein,

(Beifall FDP - Anita Klahn [FDP]: Stimmt ja auch!)

dann muss ich leider sagen, dass es schon viele coole Apps gibt, über die man sich digital mit den Landeselternbeiräten, den Landesschülervertretungen et cetera austauschen kann. Egal, mit wem ich mich austauschen will - das kann ich alles machen. Insofern ist es schade, dass die Landeselternvertreter nicht stärker in den täglichen Ablauf involviert werden. Das wäre unendlich wichtig, weil Schule ohne Eltern irgendwie nichts ist; dann kämen nämlich auch keine Kinder.

Insofern sage ich: Glück auf, dass wir irgendwann von tatsächlicher Chancengleichheit für alle unsere Kinder in Schleswig-Holstein sprechen können!

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Und - das ist für Der 6. September 2021 ist ein großer Meilenstein für Eltern und Kinder in unserem Land. Ich glaube, das ist tatsächlich ein Grund zum Feiern. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter kommt ab 2026. Endlich kommt er!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur weiteren Modernisierung unseres Landes. Ich teile die Auffassung: Es ist ein überfälliger Schritt. Die Große Koalition hatte sich das vorgenommen, und die Große Koalition hat an dieser Stelle Wort gehalten.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, Bund und Länder haben sich geeinigt. Das ist eine gute Nachricht für Familien in unserem Land. Der Rechtsanspruch erleichtert jungen Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Und ja: Es ist auch ein Standortfaktor. Diese Einschätzung teile ich, Frau Waldinger-Thiering.

Selbstverständlich gilt dieser Anspruch auch für Schülerinnen und Schüler an Schulen der dänischen Minderheit und an Schulen in privater Trägerschaft.

Vor allem aber ist es eine gute Nachricht für alle Kinder in unserem Land; denn mit einem flächendeckenden Ganztagsangebot erhalten unsere Kinder von Anfang an die Chance auf mehr Förderung und zusätzliche Angebote.

Gute Ganztagsangebote verbessern die Lern- und Entwicklungschancen gerade von Kindern aus bildungsfernen Familien deutlich. Die Betonung liegt aber auf guten Ganztagsangeboten.

Nicht viel halte ich davon, Bildung und Betreuung gegeneinander auszuspielen. Ich glaube, dass wir den offenen Ganztagschulen, die wir heute im Land haben, nicht gerecht werden, wenn wir ihre Arbeit an dieser Stelle nicht wertschätzen.

(Beifall CDU, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Ich bin dankbar dafür, dass der Bund sich jetzt an den Kosten für ein qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot beteiligt. Ich sage aber auch: Es ist notwendig, dass der Bund sich daran beteiligt; denn es

ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die weder die Länder noch die Kommunen allein schultern können.

Ja, wir haben auf den letzten Metern hart und gut verhandelt. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich Monika Heinold und Dirk Schrödter für ihre Verhandlungen danken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Anita Klahn [FDP])

Ja, wir haben zu den Investitionskosten einen Verhandlungserfolg errungen. Der Anteil, den die Länder zu tragen haben, reduziert sich von den vom Bund gewünschten 50 % auf 30 %. Zu den einmaligen Investitionskosten kommen natürlich die dauerhaften Betriebskosten hinzu. Auch in dieser Hinsicht hat sich die Situation deutlich verbessert. Der Bund hat seinen Anteil, den er ab 2026 übernehmen wird, noch einmal um 35 % erhöht. Das bedeutet - auch das ist schon vorgetragen worden -, dass in der Endausbaustufe der Bund rund 44,3 Millionen € zur Verfügung stellen wird.

Aber - auch das ist ausgeführt worden - der Ganztagsausbau bleibt ein riesiger Kraftakt für unser Land. Wir werden uns für die Kinder in unserem Land gemeinsam dieser Herausforderung stellen müssen.

Gut ist, dass tatsächlich eine doppelte und zweimalige Evaluation - Tobias Koch hat darauf hingewiesen - vereinbart wurde. Wir müssen die Möglichkeit nutzen, dann noch einmal sehr genau auf die Bedarfe und die Kosten zu schauen, um für unser Land weitere Bundesmittel zu generieren.

Zu Recht fragen Sie - und fragen die Menschen im Land -: Was sind die nächsten Schritte, die wir gehen?

Erstens. Wir werden kurzfristig in Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden einsteigen, um die weitere Ausgestaltung und die Verteilung der finanziellen Lasten zu klären.

Zweitens. Um eine Verständigung über die nächsten Schritte auch in den kommenden Jahren zu erreichen und die Entwicklung zu begleiten, werden wir eine feste Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Bildungs- und des Sozialministeriums sowie der kommunalen Landesverbände einrichten. Sie wird die bestehende AG „Ganztag“ um den Auftrag der qualitativen Weiterentwicklung des Ganztagsbetreuungsangebots ergänzen. So kann der Prozess aufgesetzt werden, um die Bildungsperspektive junger Menschen zu verbessern.

(Ministerin Karin Prien)

Wichtig ist auch - das ist der dritte Punkt -, die von uns bereits vorbereitete Sachstandserhebung in Auftrag zu geben, damit wir eine Arbeitsgrundlage für die Weiterentwicklung haben. Wir brauchen den Istzustand, damit wir den Bedarf flächendeckend neu bewerten können.

Schließlich ist im IV. Quartal 2021 und im I. Quartal 2022 ein Dialogprozess - ein wirklich offener Dialogprozess - geplant, in dessen Rahmen wir über eine adressatengerechte Umsetzung des Rechtsanspruchs konzeptionelle Gespräche mit allen Beteiligten führen, das heißt, wir werden mit allen relevanten Akteuren sprechen.

Außerdem werden wir unsere Bemühungen, schon jetzt weitere Schulen in den Ganztags zu bringen, bis zum letzten Moment der Legislaturperiode fortsetzen. Hier sind wir mit der Serviceagentur „Ganztägig lernen“ und ihrem Beratungsangebot auf einem guten Weg.

Angesprochen wurde ein weiterer zentraler Aspekt, die Frage der Fachkräfte. Wir werden, um den Rechtsanspruch tatsächlich gut umsetzen zu können, mehr Fachkräfte brauchen. Insoweit haben wir bereits vieles auf den Weg gebracht. In jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt gibt es eine Fachschule für die Ausbildung zur Erzieherin beziehungsweise zum Erzieher. Wir haben die Zahl der Lehrkräfte an diesen Fachschulen in den letzten Jahren deutlich aufgestockt und die Lerngruppen ausgebaut. Wir haben eine bundesweite Rahmenvereinbarung geschlossen, um mehr jungen Menschen den Einstieg in den Beruf der Erzieherin beziehungsweise des Erziehers zu ermöglichen. Mittlerweile gibt es die Möglichkeit der praxisintegrierten Ausbildung im ganzen Land.

Und - das ist für die meisten von Ihnen sicherlich eine Neuigkeit -: Wir haben an der CAU einen Masterstudiengang für die berufliche Fachrichtung Sozialpädagogik auf den Weg gebracht - auch in finanzieller Hinsicht -, damit wir überhaupt genug Ausbilder haben, die wiederum Erzieherinnen und Erzieher ausbilden können.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und ja, ich teile die von allen Vorrednern geäußerte Auffassung, dass es natürlich nicht nur auf Betreuung, sondern auch und vor allem auf Qualität ankommt. Wir reden hier von einem qualitativ hochwertigen Bildungsangebot. Das muss allerdings nicht an allen Stellen genau die gleiche Ausgestaltung bedeuten, sondern wir müssen uns auch über eine differenzierte Ausgestaltung verständigen.

Meine Damen und Herren, der Rechtsanspruch ist ein Meilenstein, der Rechtsanspruch ist ein großer Grund zur Freude, aber er ist eben auch eine große finanzielle Kraftanstrengung. Deshalb wird für diese Landesregierung und auch für die nächste Landesregierung das Thema Bildung an dieser Stelle ein politischer Schwerpunkt bleiben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Die Ministerin hat die vorgegebene Redezeit um 2 Minuten erweitert. - Ich sehe aber nicht, dass die Fraktionen davon Gebrauch machen möchten; denn weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe somit die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3317, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD und den beiden fraktionslosen Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein und Dr. Brodehl gegen die Stimmen der Abgeordneten der SPD und des SSW abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3281, abstimmen. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion, der Abgeordneten des SSW und des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, der CDU-Fraktion und der beiden fraktionslosen Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein und Dr. Brodehl bei Enthaltung der SPD-Fraktion angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Dokumentation der Aufarbeitung des Themas Leid und Unrecht

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3277

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Die parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf geeinigt, dass lediglich für die Jamaika-Koalition der CDU-Abgeordnete Werner Kalinka sprechen wird, für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Wolfgang Baasch und für die Landesregierung Herr Minister Dr. Heiner Garg. Sämtliche anderen Reden werden zur Protokoll gegeben.

Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Schicksal der Heimkinder darf nicht in Vergessenheit geraten. Dass wir uns darüber im Landtag einig sind, dafür danke ich; das ist wichtig. Ich möchte stellvertretend Wolfgang Baasch, Marret Bohn, Dennys Bornhöft und Christian Dirschauer als Vertreter der einzelnen Fraktionen herzlichen Dank sagen für die konstruktive gemeinsame Arbeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es kommt nicht so oft vor, dass ein Parlament dem nächsten sehr anempfiehlt, sich weiterhin mit einem Thema zu beschäftigen; hier tun wir es. Wir sind verpflichtet, die Aufarbeitung und die Arbeit über diese Wahlperiode hinaus fortzusetzen und wollen dieses auch tun. Das stellt der heutige Beschluss klar und sicher.

Die Basis dafür soll eine Dokumentation sein, in der wir das, was wir in dieser Wahlperiode getan haben, umfassend, gründlich und transparent darstellen. Ich bin Minister Dr. Garg dankbar, dass er dieses federführend in die Hand nimmt und dass wir dieses gemeinsam machen.

Das Symposium im Jahre 2018, die Öffnung der Akten, die wissenschaftliche Aufarbeitung, die Arbeit der Verbände, die Anlauf- und Beratungsstelle, der regionalen Fachbeirat wie auch die Verantwortungsträger und die Preisverleihungen sind nur die wichtigsten Punkte, die ich hier nennen möchte.

Hinzu kommen die 6,2 Millionen € die wir als Parlament zur Verfügung gestellt haben.

Besonders danken möchte ich aber allen Opfern, die bereit waren, in Gesprächen darüber Auskunft zu geben, was im Dunkel der Heime geschah und was sie erlitten haben. Und das war für viele sehr, sehr schwer.

(Beifall CDU, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Das war eine bittere und oft schlimme Kindheit, über die sie berichtet haben: über Unrecht, bei vielen über gestörte Familien, über Demütigungen, über Schläge, über Maßnahmen, die mit Erziehung nichts zu tun hatten, über Medikamentenmissbrauch, ja, sogar über die Verletzung der Menschenrechte.

Wir haben eben eine Debatte über Bildungsgerechtigkeit gehört. Diese Heimkinder, über die wir sprechen, hatten nicht einmal Lebensgerechtigkeit.

Meine Damen und Herren, was uns gesagt wurde, das ist die Wahrheit, und diese gehört auch zur Geschichte unseres Landes. Deshalb haben wir uns dieser Verantwortung zu stellen.

Von größter Wichtigkeit war zunächst die Öffnung der Akten, ohne die alles gar nicht möglich gewesen wäre; darüber hinaus war es der Wille des Sozialausschusses und des Sozialministers, die Aufarbeitung ohne Einschränkungen und Schranken vorzunehmen - ich betone: ohne Einschränkungen und Schranken -; und es war besonders auch die Anlauf- und Beratungsstelle. Sie sind bis heute noch die Ansprechpartner, die Adressaten für viele Informationen und Termine. Anderenfalls wären diese Erkenntnisse nicht möglich gewesen.

(Beifall FDP)

Viele haben uns angesprochen und haben gesagt: „Man glaubt uns ja nicht!“, auch hier auf dem Symposium im Jahre 2018. Die Erkenntnisse, die eine zwar bittere, aber die tatsächliche Wahrheit an den Tag gebracht haben, bedeuten für viele der betroffenen Opfer zumindest insoweit eine Stärkung, als dass ihre bitteren und schlimmen Informationen nicht in Frage gestellt werden. Ich glaube, auch das ist ein wichtiger Punkt, den wir bei dem Symposium und in den Gesprächen miterleben konnten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeit muss und wird fortgesetzt werden. Wir werden uns voraussichtlich im Januar 2022 hier erneut zu einem Symposium treffen. Der heutige Beschluss manifestiert, dass sich der nächste Landtag - wie gesagt, was nicht häufig, aber hier der Fall ist - weiter mit dem Thema beschäftigen muss.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung geht in Schleswig-Holstein nicht nur bis 1975, sondern darüber hinaus - was bundesweit keinesfalls überall der Fall ist.

(Werner Kalinka)

Ich denke, wir werden möglicherweise auch noch erörtern, ob die Trägerverantwortung stärker herausgestellt werden muss. Auch das könnte noch ein wichtiger Punkt sein.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, AfD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Lassen Sie mich noch eines hinzusetzen: In dieser Woche ist ja manches über Berlin gesagt worden. Auch der Bund könnte uns hier hilfreich positiv begleiten, wenn er dieses zu einem Thema machen würde, um das er sich mit hoher Intensität kümmert. Ich glaube, das wäre hilfreich. Deshalb möchte ich an dieser Stelle - außerhalb des Wahlkampfs - an den Bund appellieren. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns in dieser Legislaturperiode sehr intensiv um die Aufarbeitung des Leids und Unrechts in den stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe beziehungsweise in stationären psychiatrischen Einrichtungen bemüht. Es gab ein sehr bewegendes Symposium, und ein weiteres wird noch folgen.

Die Medikamentenversuche und die Formen des Leids und des Unrechts bei der Unterbringung in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrien des Landes wurden wissenschaftlich aufgearbeitet. Wir haben einen gemeinsamen Fonds auf den Weg gebracht, um auch in Zukunft Unterstützungsleistungen zu gewähren.

Mit dem nunmehr vorliegenden Antrag greifen wir die geleistete Arbeit der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ in Schleswig-Holstein der letzten Jahre auf. Wir wollen mit einer Dokumentation die Aufarbeitung der letzten Jahre in den verschiedenen Gremien sicherstellen.

Wir wollen sicherstellen, dass die Arbeit auch in der Zukunft auf diesen Grundlagen und Erfahrungen fortgesetzt werden kann. Bei der Erstellung der Dokumentation sollten alle Beteiligten eng eingebunden werden. Dazu gehören natürlich auch die Betroffenen und ihre Interessenvertretungen. Dazu

gehören aber auch der Beauftragte Herr Jesumann und der regionale Fachbeirat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Leid und Unrecht haben die Betroffenen in vielfältiger Form erleben müssen. Kinder und Jugendliche wurden gequält, misshandelt, missbraucht und für medizinische und pharmazeutische Versuche benutzt. Durch erschütternde Berichte der Betroffenen und die wissenschaftliche Aufarbeitung wird das unendliche Leid und Unrecht deutlich. Leid und Unrecht, das zu körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen geführt hat, zu Traumatisierungen, Depressionen und Schlafstörungen, zu frühzeitiger Erwerbsunfähigkeit, zu einer fehlenden beziehungsweise geringen Schulbildung sowie zu fehlenden Schulabschlüssen, die ebenfalls eine Folge der Entrechtung in den Einrichtungen sind. Folgen, die sich bis heute auf die Lebensqualität und die finanzielle Absicherung der Betroffenen auswirken.

Die Betroffenen haben einen Anspruch darauf, öffentlich gehört zu werden.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ihr Leid und das begangene Unrecht müssen öffentlich anerkannt werden. Dies sind wir nicht nur den Betroffenen schuldig. Wir müssen auch der Verantwortung gerecht werden, dass Gewalt, Missbrauch und schwarze Pädagogik nicht verharmlost werden. Ein aktiver, umfassender Kinderschutz muss hier die Zukunftsantwort sein.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang möchte ich meinen Dank an die Anlauf- und Beratungsstelle beim Landesamt für soziale Dienste aussprechen. Namentlich Frau Christiansen und Frau Tölch leisten hier eine sehr gute, engagierte und hervorragende Arbeit. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Ein weiterer Dank gilt dem regionalen „Fachbeirat zur Begleitung der Umsetzung der Stiftung Leid und Unrecht in Schleswig-Holstein“ für die konstruktive, fachliche und kompetente Zusammenarbeit.

Arbeit und Expertisen dieser Gremien müssen auf jeden Fall in der Zukunft fortgesetzt werden. Mit der Verlängerung der Antragsfristen bis Juni 2022 und der Ausweitung von Haushaltsmitteln zur Unterstützung von Betroffenen im Landeshaushalt sind

(Wolfgang Baasch)

hier Grundlagen gelegt. Allerdings sind das Haushaltsmittel, auf deren Förderrichtlinie wir noch warten und die wir gern auf eine breite Beteiligung stellen würden. Das heißt, ich würde es begrüßen, wenn auch das Parlament darüber zumindest in Kenntnis gesetzt oder - besser - auch beteiligt werden würde.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Betroffenen, die in Erfahrungsberichten, in Veranstaltungen, in schriftlicher Form und in den Fachgremien, wie dem regionalen Fachbeirat, mitwirken, gilt mein ganz besonderer Dank. Sie engagieren sich im Namen aller, die Leid und Unrecht erfahren haben. Dabei werden sie doch auch immer mit ihren eigenen Erfahrungen und Erlebnissen konfrontiert. Dies erfordert von ihnen Stärke und von uns eine hohe Anerkennung und riestigen Respekt für ihren Einsatz und Engagement.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die Aufarbeitung des Leid und Unrechts in den stationären Einrichtungen ist mir ein persönliches Anliegen. Ich habe durch die Mitarbeit in dem regionalen Fachbeirat auch gelernt, welches hohe fachliche Engagement dort herrscht, und ich kann nur sagen: Die zukünftigen Abgeordneten wären gut beraten, wenn sie an dieser Arbeit festhalten und sie auch aktiv fortsetzen würden. Das ist eine persönliche Bitte, aber wir legen mit dem heutigen Beschluss auch fest, dass dieses geschehen soll. Wir können abschließend sagen: Der Landtag muss in der 20. Legislaturperiode diese Arbeit unbedingt fortsetzen. Mit diesem Beschluss schaffen wir die Voraussetzungen dafür.

Als Letztes ein großes Dankeschön an den Kollegen Kalinka für seine sehr konstruktive Arbeit in dieser Frage, aber auch den Kolleginnen und Kollegen von SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

- FDP habe ich ausgelassen, aber nicht wie immer, sondern an dieser Stelle wirklich nur verhaspelt. Also ein großes Dankeschön für die konstruktive Zusammenarbeit!

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat nun der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Menschen, die in der Zeit zwischen 1949 und bis 1975, aber auch darüber hinaus als Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Kinder- und Jugendpsychiatrie oder der damaligen Jugendfürsorge untergebracht waren, haben Leid und Unrecht erfahren, und zwar auch in Schleswig-Holstein. Auch in Schleswig-Holstein waren Kinder und Jugendliche, die Schutz und Hilfe erwarten durften, Opfer von Medikamentenversuchen, von Unterversorgung, von Gewalt und Erniedrigung. Menschenrechte wurden damals mit Füßen getreten.

Die Opfer leiden bis heute an den Folgen dieser schrecklichen Ereignisse. Das ist vor allem auf dem im Jahr 2018 durchgeführten Symposium „Die Vergangenheit im Kopf - die Zukunft in der Hand“ in einer noch nie so dagewesenen Eindringlichkeit herausgearbeitet worden, nämlich als die Betroffenen selbst in diesem Plenarsaal zu Wort gekommen sind und über ihre damaligen Erfahrungen berichtet haben.

Ich durfte in dieser Legislaturperiode beeindruckende Menschen, beeindruckende Persönlichkeiten kennenlernen, Menschen, denen ihre Zukunft geraubt wurde. Was ihnen damals passiert ist, darf niemals in den Hintergrund treten oder in Vergessenheit geraten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Land hat erhebliche Anstrengungen unternommen, um dieses dunkle Kapitel aufzuarbeiten. Seit dem besagten Symposium hat es insgesamt drei Gesprächsrunden mit den Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern gegeben. Der vierte Austausch war aufgrund der Pandemie verschoben worden und ist jetzt für November 2021 geplant.

Außerdem habe ich Günther Jesumann zum 1. Januar 2020 zum unabhängigen Beauftragten berufen. Damit steht den Betroffenen ein weiterer fester Ansprechpartner zur Verfügung. Die Rückmeldungen der Betroffenen zeigen, dass Günther Jesumann eine exzellente Arbeit leistet. Ich möchte mich auch bei ihm von Herzen dafür bedanken, was er in den letzten Monaten in dieser besonders schwierigen

(Minister Dr. Heiner Garg)

Zeit hier geleistet hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Zur wissenschaftlichen Aufarbeitung hat das Land insgesamt drei Untersuchungen an ein Konsortium der Universität zu Lübeck in Auftrag gegeben. Nachdem der Sozialausschuss die Aufarbeitung eng begleitet und unterstützt hat, ist im April dieses Jahres bereits ein Abschlussbericht vom Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung zur Praxis der Medikamentenversuche diskutiert worden. Der Bericht dokumentiert noch einmal eindrücklich, was den Betroffenen in diesem Zusammenhang widerfahren ist. Die Ergebnisse zu den Formen von Leid und Unrecht zwischen 1949 und 1975 sowie bis 1990 stellen das Sozialministerium und der Landtag voraussichtlich im Januar des nächsten Jahres auf einer gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung vor.

Mein Haus hat zudem zwei Wettbewerbe ausgeschrieben. Mit dem Kunstwettbewerb „Skulptur Leid und Unrecht“ waren Künstlerinnen und Künstler aus Schleswig-Holstein aufgerufen, Entwürfe für eine Skulptur einzureichen, die an das Schicksal der Betroffenen erinnert. Susan Walke belegte mit ihrer Skulptur den ersten Platz. Diese soll spätestens auf der Veranstaltung im Januar 2022 präsentiert werden.

Zudem wurde erstmals ein Praxispreis für Innovation und fortschrittliches Engagement vergeben. Dabei werden Projekte aus dem Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe ausgezeichnet, bei denen die Förderung von Selbstständigkeit, Partizipation und Teilhabe der dort lebenden jungen Menschen besonders im Vordergrund stehen. Dieser Preis soll fortan alle zwei Jahre ausgeschrieben werden.

Meine Damen und Herren, von 2017 bis zum 30. Juni 2021 konnten Betroffene Unterstützungsleistungen aus der Stiftung Anerkennung und Hilfe erhalten. Zur Abarbeitung der Anträge wird die Anlauf- und Beratungsstelle spätestens bis Ende 2022 tätig sein. Rund 10,5 Millionen € sind bis Ende Juni an Betroffene in Schleswig-Holstein ausgezahlt worden.

Sobald die letzten Auszahlungen erfolgt sind, wird die Stiftung aufgehoben. Aber die Anlauf- und Beratungsstelle wird ihre wichtige Arbeit weiterhin,

auch nach Auflösung der Stiftung, fortsetzen können. Ich bin dem Parlament ausgesprochen dankbar, dass es hierfür die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellt, weil - es wurde eben schon gesagt - die Kolleginnen und Kollegen in der Anlauf- und Beratungsstelle ganz exzellente, herausragend gute Arbeit geleistet haben.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Damit Betroffene aus Schleswig-Holstein auch zukünftig nach Ablauf der Antragsfrist der Stiftung Anerkennung und Hilfe die Möglichkeit haben, ihre Ansprüche zu realisieren, stellt das Land bis 2030 zudem rund 6,2 Millionen € zur Verfügung. Anspruchsberechtigt sind dabei auch ehemalige Heimkinder, die von 1949 bis 1975 in Einrichtungen der früheren Kinder- und Jugendfürsorge untergebracht waren und dort Leid und Unrecht erfahren haben. Voraussetzung ist hierbei unter anderem, dass die Betroffenen noch keine Leistungen aus dem Fonds Heimerziehung erhalten haben, der bereits Ende 2018 ausgelaufen war. Analog dazu richtet sich das Angebot an Personen, die bis dahin noch keine Mittel aus der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ bezogen haben.

Um die verschiedenen Aktivitäten zu bündeln und in den Gesamtkontext einzubauen, wird die Landesregierung eine Dokumentation zur Aufarbeitung des Themas Leid und Unrecht erstellen. Diese soll einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zugleich soll damit die Grundlage geschaffen werden, dass die Aufarbeitung über die Legislaturperiode hinaus fortgesetzt werden kann. Denn die Vergangenheit darf nicht nur in den Köpfen der Betroffenen präsent sein, sondern die Vergangenheit muss vor allem in unser aller Köpfe weiterhin präsent sein. Sie darf niemals in Vergessenheit geraten.

Lassen Sie mich deswegen mit einem Appell an alle Verantwortungsträgerinnen und -träger schließen, die damals in der Verantwortung standen. Das Land hat einen großen Schritt getan. Ich will aber ausdrücklich sagen: Ich bitte und erwarte auch von anderen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern, dass sie sich ihrer zumindest moralischen Verantwortung ebenfalls stellen.

(Zuruf - Beifall CDU)

Es geht nicht um ein Tribunal, es geht noch nicht einmal mehr um Schuldzuweisungen. Die Betroffenen haben uns allen die Hand ausgestreckt, um gemeinsam für eine bessere Zukunft zu arbeiten. Mei-

(Minister Dr. Heiner Garg)

ne Damen und Herren, ich möchte, dass alle, die moralisch in der Verantwortung stehen, diese ausgestreckte Hand im Sinne einer besseren Zukunft für alle Menschen annehmen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3277, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung weiter voranbringen

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3294 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer meiner letzten Betriebsprüfungen hatte ich es mit einem Unternehmen zu tun, dass im internationalen Anlagenbau tätig war. Dieses Unternehmen unterhielt eine Betriebsstätte in den Vereinigten Arabischen Emiraten, was in dieser Branche durchaus üblich war. Aber können Sie sich mein Erstaunen vorstellen, als trotz Doppelbesteuerungsabkommen am Ende fast 90 % des Gewinns unbesteuert blieben? Das waren damals sogenannte weiße Einkünfte. Inzwischen gibt es ein neues Doppelbesteuerungsabkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, aber das war so ein Moment, in dem ich merkte: Da kann irgendetwas nicht stimmen.

Bereits vorher hatte ich mit Firmen zu tun, deren Muttergesellschaft eine niederländische, steuerünstige BV war, zu der dann mittels Gewinnabfüh-

rungsvertrag die in Deutschland erwirtschafteten Gewinne wanderten. Ich hatte auch mit ausländischen Schwestergesellschaften zu tun, an die über hohe Lizenzgebühren der größte Teil des in Deutschland erwirtschafteten Umsatzes abfloss. Egal, welche regulierenden Hürden der Staat einzog - etwa über das Außensteuergesetz -, immer entstanden neue Konstrukte, die einzig und allein dazu dienten, die deutsche Steuerlast zu minimieren.

Dem konnte und durfte der Staat, dem durfte aber auch die internationale Gemeinschaft nicht weiter tatenlos zusehen. Da aber sowohl Nutznießer als auch Geschädigte in den internationalen Gremien vertreten sind, war und ist die Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung ein Bohren dicker Bretter. Da ist Geduld und nachhaltiges Engagement gefordert. Das Projekt kommt aber voran, zunächst mit den internationalen Abkommen zum Informationsaustausch. Es mündet jetzt - da geht jetzt mit mir meine Finanzbeamtinnenseele durch und ich bitte um Nachsicht - in das wirklich grandiose Konzept, das die OECD im Auftrag der G 20 erarbeitet hat: das Zweisäulenkonzept zur Reform der Unternehmensbesteuerung. Wenn das wirklich umgesetzt wird, ist es ein riesiger Schritt für die internationale Besteuerung und auch für unser Land und alle anderen Staaten in der Welt.

(Beifall SPD und Annabell Krämer [FDP])

Daran sind 139 Staaten beteiligt, die Initiative ist also ungewöhnlich breit getragen. Der Durchbruch gelang völlig überraschend im Juli dieses Jahres mit der Einigung in der OECD und dem Beschluss der G-20-Finanzminister über das Konzept.

Ich will kurz für alle erklären, die dem Steuerrecht nicht so wie ich zugewandt sind,

(Martin Habersaat [SPD]: Das gibt's?)

was das bedeutet. In der ersten Säule der Besteuerung wird das Recht der Besteuerung vom Ort der Produktion oder des Firmensitzes zum Ort der Vermarktung des Produktes oder der Dienstleistung verlagert werden, auch über Staatsgrenzen hinweg. Die zweite Säule sieht die Einführung einer globalen Mindestbesteuerung vor. Das bedeutet nicht, dass jeder Staat eine bestimmte Steuer erheben muss. Es ermöglicht aber anderen Staaten, die Differenz nachzuerheben, wenn der Gewinn ins Ausland verlagert wird und dort nicht der Mindeststeuersatz erhoben wird. Damit wird endlich dem ruinösen weltweiten Steuerwettbewerb ein Riegel vorgeschoben und auch der Verlagerung von immateriellen Werten - Patenten, Software oder Lizenzen - in Niedrigsteuerländer Rechnung getragen.

(Beate Raudies)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird Ihnen nicht gefallen, wenn ich es sage, aber das Konzept der globalen Mindestbesteuerung ist nicht vom Himmel gefallen. Ohne den beharrlichen Einsatz von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, der es gemeinsam mit seinem französischen Kollegen Bruno Le Maire gegen alle Widerstände voran und zur Entscheidung gebracht hat, wären wir längst nicht so weit. Das muss auch einmal gesagt werden.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage der Frau Abgeordneten Annabell Krämer?

Beate Raudies [SPD]:

Das soll sie gerne tun.

Annabell Krämer [FDP]: Das ist sehr nett, liebe Frau Kollegin. - Es ist ja ein gemeinsamer Antrag von uns. Ich freue mich auch, dass wir es geschafft haben, ein internationales Abkommen zustande zu bringen, dass von der G 20 und den OECD-Staaten getragen wird. Ein bisschen fett aufgetragen ist es aber schon. Ich finde, man musste unseren Finanzminister auch ein bisschen zum Jagen tragen. Ich erinnere mich noch genau: Vor knapp zwei Jahren war die SPD noch beseelt von einem nationalen Alleingang einer Digitalsteuer.

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Ich weiß, dass die Kollegen der CDU und der FDP dort massiv gegen angegangen sind, wir ein gemeinsames internationales Abkommen wollten und vor nationalen Alleingängen gewarnt haben. Wenn wir uns also nicht so extrem widersetzt hätten, wären wir doch nicht da, wo wir heute sind. Sie hätten als SPD doch eine digitale nationale alleinige Steuer durchgesetzt. Sehen Sie das nicht auch so?

(Beifall Stephan Holowaty [FDP])

- Frau Kollegin, ich danke für die Frage. Das macht an der Stelle jetzt so ein bisschen die Henne-Ei-Problematik deutlich. Ohne internationale Abkommen gab es den Versuch, eine nationale Regelung zu finden. Die finde ich genauso unglücklich wie Sie. Aber immerhin wurde deutlich, dass sich jemand darum kümmern muss.

Ich will daran erinnern, dass sich der vorvorletzte Bundesfinanzminister Gedanken darüber gemacht hat, wie er Menschen, die ihr Geld in anderen Ländern anlegen und das der deutschen Besteuerung entziehen, mit einer Amnestie dazu bringen könnte, das Geld wieder nach Deutschland zu holen. Da gibt es heute einen meilenweiten Unterschied.

Jetzt kommt gleich der Satz, auf den Sie abstellen. Es ist völlig okay, dass Sie nicht in den Jubel einstimmen wollen. Wenn wir uns einig sind, dass die Sache wichtig und der Weg richtig ist, ist das mehr wert als alles andere. Verzeihen Sie mir, dass ich Olaf Scholz heute in den Mittelpunkt meiner Rede gestellt habe. Das hätten Sie genauso gemacht.

(Beifall SPD - Annabell Krämer [FDP]: Nee, ich stelle Olaf Scholz nicht in den Mittelpunkt!)

Den nächsten Absatz spare ich mir, weil die Kollegin das vorweggenommen hat. Ich freue mich, dass wir den gemeinsamen Antrag zustande gebracht haben und die Landesregierung bitten, das gemeinsame Abkommen zu unterstützen, dafür zu sorgen, dass es in nationales, europäisches und internationales Recht umgesetzt wird, und das positiv zu begleiten. Wenn ich Monika Heinold in den letzten Jahren nicht ganz falsch verstanden habe, geht das genau in ihre Richtung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nicht verschweigen, dass dieses Modell für Deutschland vielleicht nicht nur Vorteile bringt. Natürlich werden in Zukunft auch Gewinne deutscher Firmen, die sie im Ausland erzielen, nicht mehr vollumfänglich in Deutschland versteuert werden. Mein Beispiel vorhin hat ja gezeigt, dass das mit dem Hin- und Herschieben immer so eine Sache ist. In einer globalisierten und digitalen Welt ist das Teil der Lösung und nicht Teil des Problems.

Uns als SPD-Fraktion ist es wichtig, dass wir jetzt alles dafür tun, auf allen Ebenen, die Beschlüsse umzusetzen. Denn für uns ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass nicht nur der Händler an der Ecke die Mehrwertsteuer an das Finanzamt abführt, sondern auch der einige 10.000 km weit entfernt agierende Wettbewerber mit der gleichen Kundennähe.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter das Wort.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Nachdem man sich seit den 1920er-Jahren immer wieder darum bemüht hat, das internationale Besteuerungswesen gerechter und stärker aufeinander abgestimmt zu gestalten, ist lange Zeit wenig passiert. In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wurde es eher schlechter als besser. In diesem Zusammenhang ist es ein wichtiger und bemerkenswerter Durchbruch, dass man es jetzt geschafft hat, eine internationale Mindestbesteuerung durchzusetzen. Bei all den Schwierigkeiten, auf die ich gleich eingehen möchte, ist das ein Paradigmenwechsel und ein großer Schritt zu mehr internationaler Gerechtigkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Dieser Prozess nach 100 Jahren - das muss man sich einmal vorstellen! - zeigt, was möglich ist, gerade mit Blick auf die letzten Jahre, wenn man eine multilateral aufgestellte USA als Verhandlungspartner hat. Es gehört zur Geschichte dazu, dass insbesondere die US-Finanzministerin Janet Yellen den Vorstoß gewagt und auf die internationale Bühne getragen hat und sich gleichzeitig - das ist das Ärgerliche - nicht ganz durchsetzen konnte. Die USA haben von Anfang an eine Mindestbesteuerung von 21 % gefordert, konnten sich aber gegen andere Länder nicht durchsetzen. Das ist ein Teil bei diesem großen Paradigmenwechsel. Es gehört dazu, dass es die Idee gab, 21 % zu erheben. Olaf Scholz verteidigt die 15 % als praktikabler und eher umsetzbar mit anderen Staaten. Das ist das eine.

Das andere ist, dass dieser Prozess - ich habe es beschrieben - sehr lange gedauert hat. Über die gesamte Zeit gerechnet, aber auch in der Zeit der noch amtierenden Bundesregierung wurde in der Frage der Digitalsteuer, wenn wir uns angucken, was Frankreich und andere Länder dort an Initiativen versucht haben, sehr langsam oder gar nicht vorangegangen.

Das große Problem bei dieser Steuerreform der OECD sind - wie bei jeder Steuerreform - die zahlreichen Ausnahmen. Wir haben Ausnahmen bei Digitalkonzernen und der Finanzbranche. Das sind ge-

rade die Bereiche, die wir international konsequent und lückenlos besteuern müssen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wie absurd ist es, dass gerade einer der Profiteure dieser Besteuerungsform, die jetzt bevorsteht, womöglich Amazon sein wird, weil es dem Unternehmen erneut gelingt, seine Gewinne so kleinzurechnen, dass es sich einer angemessenen Besteuerung entziehen kann. Das Unternehmen des reichsten Menschen dieses Planeten macht angeblich zu wenig Gewinn, um anständig besteuert zu werden. Dass man darauf - auf solche Systeme - keine Lust mehr hat, und dass das die Gesellschaft spaltet, ist ja wohl offensichtlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kay Richert [FDP] und Andrea Tschacher [CDU])

Es ist bei der internationalen Besteuerung immer so - auch hier wieder -, das alles auf zwei Säulen gebaut ist. Das eine ist die Möglichkeit, durch komplexe Firmenkonstrukte Besteuerung zu umgehen, weil am Ende keiner mehr wirklich weiß, wem eigentlich gerade was gehört, wer gerade tatsächlich was eingenommen und am Ende die Steuer zu entrichten hat. Das befördert zum einen die illegalen Einnahmen derer, die dadurch die Möglichkeit haben, ihre Einnahmen zu waschen und so wieder auf den legalen Markt zu bringen und davon zu profitieren. Aber es befördert zum anderen auch die legalen Einnahmen all derer, die es sich leisten können, mit teuren Beratungsfirmen die Lücken zu nutzen und sich einer angemessenen und solidarischen Besteuerung zu entziehen.

Das ist etwas, woran nachgebessert werden muss. Es ist ein großer Fortschritt, den wir hier erreichen; dagegen sagt keiner etwas. Deswegen wird die Debatte weitergehen. Auch das gehört zur Diskussion.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das heißt konkret: Wir brauchen eine Mindestbesteuerung von 25 %, damit sie wirksam ist. Wir dürfen keine Ausnahmen zulassen, sondern es muss für alle gelten. Denn Steuern zu zahlen ist notwendig, wenn man einen funktionierenden Staat haben möchte.

Wir können noch so sehr über Wirtschaftsansiedlungsprogramme sprechen, viele Reden halten zum Schulausbau, zum Straßenausbau, zu Klimaschutz, zu allen Gerechtigkeitsfragen. Am Ende des Tages - so hat die Plenarsitzung hier vorgestern doch ange-

(Lasse Petersdotter)

fangen - muss eben auch die Einnahmeseite stimmen.

Hiermit gehen wir einen guten Schritt in die richtige Richtung voran. Das ist unbedingt wichtig. Aber es muss dazu führen, dass international tätige und finanzstarke Unternehmen ihren fairen Anteil am Zusammenhalt und den Grundlagen dieser Gesellschaft und an den Grundlagen der regionalen Wirtschaft leisten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Heiner Rickers [CDU], Ole-Christopher Plambeck [CDU] und Andrea Tschacher [CDU])

Es ist unfair gerade für die regionale Wirtschaft, die nur national tätig ist, die sich all dieser Bediensteten und Beratungen eben nicht bedienen können, sondern sich an die Regeln halten, anständig besteuert werden, während die anderen sich dem entziehen.

Es ist ein großer Erfolg, der hier international und global erreicht wurde, aber noch lange nicht das Ende der Debatte. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Annabell Krämer.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die OECD und die G-20-Staaten haben sich endlich auf ein Zweisäulenmodell zur Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung geeinigt. Es wurde bereits gesagt: Bestandteil der ersten Säule ist es, dass die Besteuerung tendenziell vom Ort der Produktion zum Standort der Vermarktung gelenkt wird. Die zweite Säule beinhaltet eine globale Mindestbesteuerung in Höhe von 15 %.

Es ist wirklich wichtig, die Besteuerung global handelnder Unternehmen in einer zunehmend digitalisierten Welt auf eine neue Grundlage zu stellen. Eine Trennung zwischen konventioneller und digitaler Wirtschaft wird zunehmend komplexer, wenn nicht - wenn wir ehrlich sind - sogar unmöglich.

Wir Freie Demokraten wollen eine faire Besteuerung für alle Unternehmen weltweit. Deshalb haben wir uns immer gegen den nationalen Alleingang einer Digitalsteuer gewehrt.

(Beifall Jan Marcus Rossa [FDP])

Ich bin mir ziemlich sicher, dass es nur dem vehementen Widersprechen der Freien Demokraten - zu gegebenem Maße auch der CDU-Fraktion - im Deutschen Bundestag zu verdanken ist, dass wir nicht diesen irrsinnigen Alleingang gegangen sind, der immerhin nicht nur von der SPD, sondern auch von der LINKEN, der AfD und den Grünen gefordert wurde. Ich bin froh, dass wir endlich zu einer Einigung gekommen sind.

(Beifall FDP)

Ein Alleingang auf nationaler Ebene oder auf Ebene der EU hätte massive Wettbewerbsnachteile und vermutlich auch Arbeitsplatzverluste zur Folge gehabt. Uns war es immer wichtig, Steuerverluste durch Unternehmensverlagerung genauso zu verhindern wie Doppelbesteuerung. Ich weiß nicht, ob wir hier heute so stünden, hätten wir uns nicht so vehement dafür eingesetzt.

Nach optimistischen Schätzungen der OECD soll die jetzige Einigung der mittlerweile 139 Staaten insgesamt 127 Milliarden € zusätzliche Steuereinnahmen beschieren. Ich gebe zu: Ein großer Wurf sieht anders aus, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung, werte Kollegin Raudies, und bringt vielleicht auch die politischen Mitbewerber endlich von dem Irrweg eines nationalen Alleingangs einer Digitalsteuer ab.

Wir Freie Demokraten haben immer gesagt, dass nur eine gemeinsame Lösung der OECD und der G-20-Staaten ein gangbarer Weg sein kann. Wie richtig unsere Haltung war, zeigt sich zum Beispiel daran, dass einige europäische Staaten, die zwischenzeitlich den nationalen Alleingang einer Digitalsteuer eingeführt haben, wie zum Beispiel Frankreich, jetzt dabei sind, diese wieder abzuschaffen. Ich bin auch froh, dass die EU-Kommission nun endlich die geplante Digitalsteuer verworfen hat.

Auch die jetzige Einigung ändert natürlich nichts an der Tatsache, dass deutsche Unternehmen im internationalen Vergleich über Gebühr belastet werden. Dies gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen aufs Äußerste. Wir Freie Demokraten fordern deshalb aus gutem Grund die steuerliche Belastung von Unternehmen in Deutschland auf den OECD-Durchschnitt von 25 % zu senken. Dann, lieber Kollege Petersdotter, können wir uns gut darauf einigen: Machen wir eine gleichwertige Mindeststeuer. Aber dann müssen wir erst einmal die Abgabenlast bei unseren Unternehmen im Land endlich auf wettbewerbsfähige 25 % senken.

(Beifall FDP)

(Annabell Krämer)

Wir wissen, Deutschland ist Weltspitze. Dies gilt jedoch mittlerweile nicht mehr zwingend bei Innovation und Gründergeist, sondern bei Steuern und Abgaben. Die Balance zwischen den Privaten und dem Staat muss endlich wiederhergestellt werden. Nur hierdurch schaffen wir die notwendigen Impulse für den erforderlichen Aufschwung in unserem Land.

(Beifall FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Nur mit Wachstum werden wir die Folgen der Coronapandemie überwinden und hinreichend finanziellen Handlungsspielraum haben, um diese verdammt wichtigen Aufgaben der gesellschaftlichen Transformation wie zum Beispiel den Klimaschutz vehement angehen zu können.

Die grundsätzliche internationale Einigung auf eine globale Mindeststeuer begrüßen wir natürlich sehr. Sie trägt dazu bei, Steueroasen endlich trocken-zulegen.

(Beifall FDP und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Konzentrieren wir uns nun darauf, unsere deutsche und unsere schleswig-holsteinische Wirtschaft zukunftsfähig zu machen, indem wir die zu hohe und zu komplizierte Unternehmensbesteuerung in der nächsten Legislaturperiode endlich reformieren. Das wird eine ganz wichtige Aufgabe der nächsten Legislaturperiode im Bund sein. Es wird Zeit, dass wir das anpacken. Vergessen Sie eines nicht: Nie gab es mehr zu tun. - Besten Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Knapp zwei Jahre ist unsere letzte Plenardebatte zu diesem Thema her. Nun gibt es endlich ein politisches Signal, das in die richtige Richtung geht. Die OECD und die G 20 - insgesamt über 130 Staaten - haben sich auf eine gemeinsame Erklärung über die Reform des internationalen Unternehmenssteuersystems geeinigt. Dass es auf internationaler Ebene mit so vielen Staaten überhaupt zu einer Einigung gekommen ist, ist durchaus bemerkenswert und schon ein Erfolg für sich.

Wir hatten die entsprechende OECD-Initiative vor zwei Jahren als durchaus ambitioniert und unterstützenswert bezeichnet, aber gleichzeitig dafür plädiert, im Zweifel auch eine zumindest EU-weite oder sogar nationale Lösung ins Auge zu fassen. Wenn nun also tatsächlich eine globale Lösung kommt - das ist noch nicht sicher -, können wir dies als einen richtigen Schritt in Richtung mehr Steuergerechtigkeit anerkennen. Allerdings sollten wir diese Einigung nicht allzu euphorisch überbewerten, sondern pragmatisch schauen, was letztendlich final formuliert werden wird und wie sich das Ganze dann in der Realität auswirkt.

(Beifall SSW)

Was sieht das vereinbarte Zweisäulenmodell eigentlich vor? - Die erste Säule sorgt dafür, dass die Steuereinnahmen gerechter zwischen den Staaten verteilt werden sollen, sprich: Unternehmen sollen künftig nicht nur in ihrem eigenen Heimatland Steuern zahlen, sondern auch da, wo sie gute Geschäfte machen.

Betroffen sind hier Konzerne oder deren Geschäftsbereiche, die ein Mindestumsatz von 20 Milliarden € und ein Gewinn von 10 % in Bezug auf die Erlöse erzielen.

Die zweite Säule markiert die globale effektive Mindestbesteuerung, der zufolge jeder Großkonzern mit einem jährlichen Umsatz von mindestens 750 Millionen € zukünftig einen Mindeststeuersatz von 15 % auf seine Gewinne zahlen soll. Mit dieser Reform sollen vor allem die ganz großen und hochprofitablen Konzerne dazu verpflichtet werden, endlich ihren gerechten Steueranteil zu zahlen. Dabei geht es insbesondere um die bekannten Tech-Riesen, vor allem Google, Apple, Facebook, Microsoft oder auch Amazon. Diese setzen Milliarden um, zahlen aber fast keine Steuern. Schlupflöcher für digitale Geschäftsmodelle machen es möglich.

Stand jetzt können Digitalunternehmen das Steuerrecht unterlaufen, indem sie ihre Steuerzahlungen durch geschickte Gewinnverlagerung auf ein Minimum reduzieren - so weit, so bekannt und so schlecht. Dies soll künftig möglichst unterbunden werden, indem Regelungen gefunden und durchgesetzt werden, die für alle Geschäftsmodelle anwendbar sind, unabhängig davon, welchen Digitalisierungsgrad diese aufweisen.

Ob diese Reform tatsächlich der große Wurf ist, wird sich erst noch zeigen. Denn die eigentliche Arbeit, die Festschreibung der Details, fängt jetzt erst an. Es gibt noch so einige Fragen zu klären. Ein paar Beispiele: Es gibt auch keine gemeinsame De-

(Lars Harms)

definition des Begriffs Gewinn. Je nachdem, wie der definiert wird, wissen wir auch, wie die Steuern ausfallen. Auf welcher Bemessungsgrundlage soll die Mindeststeuer erhoben werden? Wie bekommt man eine finale Regelung in den verschiedenen Steuersystemen allein schon unter den EU-Staaten durchgesetzt beziehungsweise harmonisiert? - Denn die Systeme sind völlig unterschiedlich. Ausnahmen, namentlich Staaten, die sich dieser Reform nicht anschließen, wird es wohl auch weiterhin geben.

Im Hinblick auf das Säulenmodell haben sich auch schon einige kritische Stimmen zu Wort gemeldet. So ist unter Säule 1 unklar, ob beispielsweise ein Konzern wie Amazon die Rentabilitätsschwelle erreicht oder sich nicht doch irgendwie herausgerechnet bekommt. Dann wären die nicht steuerpflichtig.

Ein Problem bei Säule 2: Werden in einem Land weniger als die vereinbarten 15 % abgeführt, so kann das Land am Sitz des Unternehmens die Differenz nachversteuern. Großer Gewinner wären hierbei - wenig überraschend - die USA. Für Steuersätze in und für Deutschland ändert sich dagegen womöglich nicht allzu viel. Allzu große Zusatzsummen sollte man also vorsichtshalber nicht wittern.

Grundsätzlich stehen wir aber natürlich hinter den Plänen, weil alles, was in diese Richtung überhaupt etwas bewegt, gut und richtig ist. Aber wir sollten realistisch an die Sache herangehen und nun die weiteren Details und Fortschritte abwarten, an denen nun bis Mitte Oktober 2021 weiter gefeilt werden soll. Wir sollten erwarten - das ist das ganz Wichtige -, dass auch etwas in Deutschland hängen bleibt. Das ist definitiv noch nicht sicher.

Unser gemeinsamer Antrag sendet jedenfalls ein Signal für mehr Steuergerechtigkeit. Trotzdem haben wir hier nur einen Grundsatzbeschluss, wir haben noch kein komplettes System. Solange nicht klar ist, dass die Unternehmen auch wirklich bezahlen, solange bleibe ich skeptisch und halte mir zumindest eine EU-weite oder nationale Lösung noch offen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es erst einmal super und gut, dass wir uns

alle darin einig sind, dass Wirtschaftsunternehmen einen fairen Anteil zur Finanzierung des Staates beitragen müssen. Das habe ich heute von allen gehört, dem hat keiner widersprochen. Ich finde, das ist schon einmal eine wichtige Grundaussage, weil hin und wieder doch der Eindruck erweckt wird, ein Wirtschaftsbetrieb erfülle seine Existenz alleine dadurch, dass er wirtschaftet, und müsste sonst nichts dafür tun im Staat. Wie hoch dieser Anteil ausfällt, darüber können wir dann gern lang, breit und umfangreich streiten.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass unter dem Begriff Unternehmensteuer durchaus alles genannt wird, was ein Unternehmen an Steuern zahlt. Da sind natürlich die Ertragssteuern auf das Einkommen, da sind natürlich beispielsweise auch die - zugegebenermaßen sehr niedrigen - Erbschaftsteuern und die Grundsteuer. Wir haben natürlich auch die Bereiche wie die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer, die Unternehmen als Steuerschuldner zwar zahlen, die sie aber faktisch gar nicht selbst tragen, sondern von ihren Arbeitnehmern oder von ihren Kundinnen und Kunden weiterleiten. Das will ich nur einmal zur Abrundung sagen.

Mir ist noch einmal Folgendes wichtig: Ich hatte gehofft, meine Beispiele würden deutlich machen, dass es eben nicht nur um die Großen geht, um Amazon, um Facebook und andere, sondern es geht um die Mittelständler vor Ort. Die Firmen, von denen ich erzählt habe, waren mittelständische Betriebe. Auch die haben diese Gewinnverschiebung schon in breitem Umfang genutzt. Fragen wir doch einmal die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Schleswig-Holstein. Ich glaube, fast jeder kann uns ein Beispiel nennen, wo es einen mittelständischen Betrieb gibt, der im Vorjahr 5, 8 oder 10 Millionen € Gewerbesteuer gezahlt hat, dann wird dieser an irgendeine amerikanische Holding verkauft, und - schwuppdwupp - ist das Geld weg.

Allein das macht schon - unabhängig von den großen Firmen - deutlich, wie wichtig diese Regelung eben auch ist, weil wir uns natürlich für diese Großen unbedingt noch etwas Besseres ausdenken müssen. Aber für die Kleinen ist das schon einmal ein riesen Punkt, den wir hier vor Ort umsetzen können. Ich will sagen: Das macht im Zweifel für unsere Kommunen im Land sehr viel mehr aus, als wenn die großen Tech-Unternehmen hier irgendwo einen Euro abdrücken. Es war mir wichtig, das noch einmal zu sagen.

Ansonsten danke ich für die Debatte. Ich hatte in der letzten Rede das Zitat gebracht, dass die Debatten über das Einnehmen nicht so gern geführt wür-

(Beate Raudies)

den wie über das Ausgeben, aber ich glaube, wir haben heute gezeigt, dass das andere uns allen auch wichtig ist. - Danke schön.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat die Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist leider nicht die Abschiedsveranstaltung von Ralf Stegner, sondern das Parlament. Insofern kein Poetry-Slam heute von mir - anders als gestern Abend -, sondern eine Steuerrede. Was kann es schöneres geben?

(Vereinzelter Beifall und Heiterkeit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist gut, dass wir hier eine breite Einigkeit haben. Der vorliegende Antrag knüpft an die Debatte zur fairen Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle an, eine Debatte die wir hier im Landtag geführt haben. Denn insbesondere - es ist gesagt - die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft stellt die internationalen Besteuerungsprinzipien vor große Herausforderungen. Das geltende Steuerrecht - so muss man es sagen - ist angesichts dieser internationalen Entwicklung nicht mehr zeitgemäß. Der Handlungsdruck ist gestiegen. Wir brauchen tatsächlich Instrumente, die dazu führen, dass von den Betrieben, von den Unternehmern auch Steuern bezahlt werden. Wir brauchen Verabredungen, damit Steuergestaltungsmodelle, Gewinnverkürzungen und Gewinnverlagerung zulasten unserer Daseinsvorsorge nicht immer weitergehen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Eines der Hauptprobleme besteht darin, dass die Steuern häufig nicht dort entrichtet werden - es wurde gesagt -, wo die Wertschöpfung stattfindet, sondern dort, wo die Unternehmen ihren Sitz haben. Das sind dann eben doch häufig die Länder, wo die Steuern zum Teil extrem niedrig sind. Die Folgen sind zum einen enorme Steuerausfälle für die Staaten, zum anderen ist es natürlich der unfaire Wettbewerb zwischen denjenigen, die vor Ort ihre Steuern zahlen, die vor Ort in den Kommunen etwas für unsere Gemeinschaft leisten, und den ande-

ren, die sich vom Acker machen, ohne sich zu beteiligen, und nur den Gewinn einstreichen.

Als wirksames Instrument zur Eindämmung dieser Praxis stand lange Zeit das Konzept der digitalen Betriebsstätte im Raum, das im damaligen Antrag der Jamaika-Fraktionen aufgegriffen wurde. Gleichzeitig wurden im Antrag die laufenden Arbeiten auf OECD-Ebene genannt, das sogenannte BEPS-Projekt.

Wo stehen wir heute? - Diese Gespräche auf OECD- und G-20-Ebene haben jetzt tatsächlich zu Ergebnissen geführt, und das ist gut. Am 10. Juli 2021 haben die G-20-Finanzministerinnen und -Finanzminister das sogenannte Zweisäulenkonzept unterstützt. Dieses Zweisäulenkonzept wurde in erster Linie erarbeitet, um den steuerlichen Herausforderungen der sich immer weiter digitalisierenden Wirtschaft zu begegnen.

Ich will das jetzt nicht ausführen, denn das haben Sie mit großer Expertise bereits getan. Wiederholungen eignen sich für einen Poetry Slam, aber nicht für eine Rede im Landtag.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist gut - das wurde schon gesagt -, dass es diese Verständigung gegeben hat. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Aber - auch das ist bereits gesagt worden - jetzt kommt es natürlich auf die Klärung der noch offenen technischen Fragen an. Am 30. und 31. Oktober 2021 soll das finale Modell auf dem G-20-Gipfeltreffen beschlossen werden. Was wir anschließend brauchen, ist eine zügige Umsetzung in das nationale, europäische und internationale Recht.

Wir brauchen diese Form von Gerechtigkeit und Solidarität, um unseren Menschen Sicherheit zu geben, dass sie sich auf einen leistungsfähigen Staat verlassen können, weil sich alle an der Finanzierung beteiligen. Deshalb wird die Landesregierung diesen Prozess selbstverständlich positiv unterstützen, so wie wir bisher auch das BEPS-Projekt im Rahmen der länderübergreifenden Arbeitsgruppe konstruktiv begleitet und uns an vielen anderen Stellen für mehr Steuergerechtigkeit eingesetzt haben.

Sie sehen also, es gibt weiterhin viel zu tun, und ich werde mich auch weiter dafür starkmachen, dass wir eine gute Einnahmehasis haben. Die brauchen wir. Die gestrige Debatte zum Haushalt hat gezeigt, wie sehr wir auf eine stabile Einnahmesituation an-

(Ministerin Monika Heinold)

gewiesen sind. - Vielen Dank für den Antrag und für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3294 (neu), in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung des Sports im Land Schleswig-Holstein (SportFG SH)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3270

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile für die CDU-Fraktion der Abgeordneten Barbara Ostmeier das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Förderung des Sports setzen wir ein weiteres und klares Bekenntnis zum organisierten Sport in Schleswig-Holstein. Endlich wird das in Artikel 13 unserer Landesverfassung formulierte Staatsziel zur Sportförderung gesetzlich verankert. Die Basis dafür haben wir gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode gelegt, indem wir die Landesregierung baten, eine wissenschaftlich begleitete Sportentwicklungsplanung für unser Land durchzuführen.

Im September vergangenen Jahres hat die Landesregierung den Entwicklungsplan im Plenum vorgestellt. Es ist das gemeinsame Bekenntnis aller beteiligten Akteure, des Landessportverbandes mit seinen Fachverbänden, der kommunalen Spitzenverbände, der Industrie- und Handelskammer, der Tourismusorganisationen und verschiedener Ministerien sowie der Bürgerinnen und Bürger, es ist das Be-

kenntnis zum Sport, seinen Vereinen und seiner Ehrenamtlichkeit.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Durch das breite Bekenntnis dieses Landtags haben wir gemeinsam den Aufstieg zum Sportland des Nordens begonnen. Dafür möchte ich mich heute noch einmal bei allen Beteiligten ausdrücklich bedanken.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf lassen wir unseren Worten weitere Taten folgen. Die Sportentwicklungsplanung unseres Landes soll eben nicht als Papiertiger in den Regalen verschwinden. Mit diesem Gesetzentwurf wollen wir, will Jamaika, die Sportförderung auf eine neue gesetzliche und verlässliche Rechtsgrundlage stellen.

Wir wollen mit dem Gesetzentwurf Planungssicherheit schaffen, Planungssicherheit auch über die jährlichen Haushaltsdebatten hinaus. Denn machen wir uns nichts vor: Der Aufstieg zum Sportland Schleswig-Holstein erfordert neben allen Bekenntnissen und breitem Engagement auch verlässliche, planbare finanzielle Ressourcen.

(Beifall CDU, FDP und Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Erstmals sollen jährlich 10 Millionen € für die institutionelle Förderung des Landessportverbandes bereitgestellt werden. Eine weitere Million € jährlich soll als Sonderförderung den Verband in die Lage versetzen, Aufgaben aus der Sportentwicklungsplanung an den Start zu bringen. Diese insgesamt 11 Millionen € pro Jahr werden zukünftig gesetzlich garantiert. Das ist ein bedeutsamer Schritt in die richtige Richtung.

Flankierend wird die Landesregierung ab 2022 weitere 3,5 Millionen € jährlich strukturell verankert im Haushalt für die Umsetzung der Sportentwicklungsplanung bereitstellen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei meiner Fraktion und stellvertretend bei unserer Innenministerin, Sabine Sütterlin-Waack, dafür bedanken, dass sie sich in Zeiten knapper Haushaltsmittel für diese Schwerpunktsetzung eingesetzt haben.

(Beifall CDU, FDP und Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich - aus sportpolitischer Sicht - gibt es weitere Regelungen, die besonders wichtig sind. Dazu gehört zum einem

(Barbara Ostmeier)

das klare Bekenntnis - auch gesetzlich normierte Bekenntnis - zur Autonomie des Sports.

Mindestens genauso bedeutend ist der Grundsatz der partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Der organisierte Sport kann nicht ohne das Land, und das Land kann auch nicht ohne den organisierten Sport.

Gestatten Sie mir, dass ich an dieser Stelle einmal den Landesrechnungshof nenne, der in seiner aktuellen Bewertung zum Haushalt 2021 ausdrücklich die Bedeutung des Sports für die Gesellschaft und das soziale Miteinander herausstellt. Mit Erlaubnis der Präsidentin möchte ich zitieren:

„Der Sport gilt als ein wesentlicher Bestandteil einer modernen Gesellschafts- und Sozialpolitik. Er hat eine bedeutsame gemeinwohlbezogene, soziale, wertevermittelnde, gesundheitliche und integrative Funktion. Bei Kindern und Jugendlichen fördert der Sport beispielsweise die Entwicklung grundlegender Fähigkeiten wie Kreativität sowie Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft.“

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Deswegen beschreibt der Gesetzentwurf auch die Ziele von Integration, Inklusion und Gleichberechtigung und orientiert sich an den in der Sportentwicklungsplanung identifizierten Handlungsfeldern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Landesrechnungshof und die vom Landessportverband in Auftrag gegebene Studie zum Wert des Sports, die ich ausdrücklich und ganz bewusst in diesem Zusammenhang erwähnen möchte, belegen einmal mehr: Sport ist mehr als die schönste Freizeitbeschäftigung der Welt, und jeder in den Sport investierte Euro kommt der Gesellschaft um ein Vielfaches mehr zugute.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit diesem Gesetzentwurf gehen wir einen weiteren bedeutsamen Schritt auf dem Weg zum Sportland Schleswig-Holstein; weitere werden folgen und kommen müssen.

Ich freue mich auf die Beratungen und Anregungen im Innen- und Rechtsausschuss.

Sehr geehrte Frau Ministerin Heinold - sie ist leider jetzt nicht hier -: Ich wollte Ihnen danken, dass Sie immer ein offenes Ohr für den Sport haben. Vielleicht ergeben sich aus den Anregungen und Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss noch Möglichkeiten, auch Sie vielleicht für eine Art von Dynamisierung oder andere Ideen zu gewinnen und

bei Ihnen dafür zu werben. Ich hoffe, wir haben Sie an unserer Seite und freue mich auf die Beratungen.
- Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und Beifall Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Özlem Ünsal das Wort.

Özlem Ünsal [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schleswig-Holstein zum Sportland Nummer 1 machen - das ist die große Überschrift.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ein Ziel, das wir uns als Parlament bereits auf vielfältige Art und Weise alle gemeinsam auf die Fahnen geschrieben haben, geht nun in die nächste Runde. Als Fraktionen können wir uns - so glaube ich - auch schnell einig werden: Sport verbindet, schafft Identität und Gemeinschaft. Sport vermittelt Werte wie Fairness, Toleranz und Teamgeist und leistet einen bedeutenden Beitrag zur körperlichen wie seelischen Balance, zur Integration unterschiedlichster Gesellschaftsgruppen und - für mich besonders wichtig - zum sozialen Frieden.

Weit über 8 Millionen Menschen engagieren sich in unseren Sportvereinen und Sportverbänden. Damit ist der Vereinssport auch einer der größten Akteure der Zivilgesellschaft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können sicher sein: Die Basis für unsere Sportlandschaft wird auch in den kommenden Jahren das ehrenamtliche Engagement bleiben.

Dennoch spüren wir auch im Sport den gesellschaftlichen Wandel. Die demographische Entwicklung, vielfältige Lebensweisen, sich verändernde Wertvorstellungen und aktuelle Pandemien wie die Coronaphase wirken sich auch auf das sportliche Engagement und dessen zukünftige Ausgestaltung aus. Als Politik müssen und wollen wir deshalb die großen Herausforderungen der Zukunft gemeinsam mit unseren Institutionen meistern.

Hierzu liegt jetzt der Gesetzentwurf in der ersten Lesung vor. Damit konkretisiert die Landesregierung ihr Staatsziel zur Förderung des Sports, knüpft an den Zukunftsplan an - das haben wir gerade gehört - und stellt die Sportförderung auf eine gesetzliche Grundlage. Auch wir als SPD bekennen uns zur Sportförderung des Landes - über die Förderung des Landessportverbands, der hier schon genannt

(Özlem Ünsal)

worden ist, aber auch, über weitere herausragende Projekte und Initiativen, deutlich darüber hinaus. Der Spitzensport, der Leistungssport, Sport im öffentlichen Raum oder die Förderung der dualen Karrieren der Athletinnen und Athleten sind für uns genauso wichtig. Vereine und Schulen müssen aus meiner Sicht ebenfalls durch verbindliche Vereinbarungen mit dem Landessportverband weiter optimal verzahnt werden.

Schule und Sport werden zukünftig auch mit Blick auf den Ganztags - wir haben es vorhin schon an anderer Stelle und mit einem etwas anderen Schwerpunkt debattiert - eine größere Rolle spielen müssen.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

- Ja, das finde ich. Hierfür braucht es aber auch die konstruktive Zusammenarbeit mit unseren Kommunen. Auch die Belange des vereinsungebundenen Sports dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Der Gesetzentwurf verfolgt hier ein sehr ambitioniertes Ziel, wie ich finde, nämlich allen Einwohnerinnen und Einwohnern in Schleswig-Holstein die Möglichkeit zu verschaffen, sich unabhängig von Herkunft, Geschlecht und allen weiteren Merkmalen sportlich zu betätigen. Das ist ausdrücklich zu begrüßen; das tun wir auch. Aber das setzt natürlich voraus, dass man die Rahmenbedingungen entsprechend schafft. Es ist auch ein Mehraufwand, den man sich klarmachen muss.

Das Ganze will dann gut und angemessen organisiert werden. Wie das auch mit den Lehren aus der Pandemie optimal gelingen kann, wollen wir im Rahmen der Anhörung von allen adressierten Akteuren umfangreich hören. Ich glaube, da sind wir uns einig. Die Expertise des Landessportverbandes und der vielfältigen Akteure unserer Sportszene sprechen für sich. Hierbei ist der Landessportverband zweifelsohne einer der wichtigsten und zentralsten Akteure.

Wenn man sich die Struktur ansieht, dann sieht man: Es gibt über 700.000 Mitglieder und über 2.500 Sportvereine im Land. Das ist schon eine beachtliche Größenordnung, und wir werden sehr stark gebrieft und auf den letzten Stand gebracht, wenn es um politische Beratung, die den Sport betrifft, geht. Aber sie haben auch noch andere Funktionen, nämlich Aus- und Fortbildung, Trainerqualifikation und vieles mehr. Ich könnte alles aufzählen, das wissen wir aber auch alle hier. Das ist eine besondere Leistung, die ich im Namen meiner Fraktion sehr würdigen möchte.

Abschließend noch zwei Anmerkungen, wenn Sie erlauben: Wenn man die Breite des Sportes abbilden will, dann ist es wichtig, dass wir natürlich den zentralen Landesverband im Blick behalten, aber auch gemeinsam dafür sorgen, dass sowohl der Landessportverband als auch die weiteren Akteure, die adressiert sind, durch die unterschiedlichen Zielgruppen in die Planungen eingebunden werden und vor allen Dingen in die Lage versetzt werden, dieses hohe und ambitionierte Ziel umsetzen zu können. Dazu braucht es finanzielle Mittel, die stehen jetzt bereit - es braucht aber auch organisatorische Rahmenbedingungen, die dies optimal ermöglichen sollen. Hierzu zählt für meine Fraktion und für mich ein partizipativer Prozess. Ich gehe davon aus, dass der kommt und dass dieser mit einer breiten Beteiligung, vielleicht in Form einer Sportkonferenz - auch darüber kann man noch diskutieren -, einhergeht und eine aussagekräftige Evaluation benötigt. Auch diese ist eingeplant, aber sie sollte wirklich so aufgebaut werden, dass sie transparent abbildet, wohin die Reise gehen soll.

Machen wir uns dafür gemeinsam stark, damit Schleswig-Holstein Sportland Nummer 1 werden kann und sich keine Schleswig-Holsteinerin und kein Schleswig-Holsteiner ausgeschlossen fühlt von diesem Prozess, weil alle adressiert werden wollen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Abgeordnete Joschka Knuth das Wort.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Als ich vor zwei Jahren in den Landtag gekommen bin - das ist ja noch nicht so lange her - hätte ich ehrlicherweise nicht gedacht, dass wir im Bereich der Sportpolitik so weit kommen.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

- Ja, vor zwei Jahren erst, Jette. - Wir hatten damals wirklich schon sehr große Projekte auf den Weg gebracht. Wir hatten die Sportentwicklungsplanung mit der Grundlagenevaluation und der Erstellung des Sportentwicklungsplans für das Land Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht. Wir hatten es auch schon geschafft, zusätzliche Mittel für den Sport zu generieren, aber dass wir es tatsächlich schaffen, auch über die bis dahin geltende Vereinbarung hinaus ein eigenes Gesetz zur Sicherung und Gewährleistung der Sportförderung hier in

(Joschka Knuth)

Schleswig-Holstein auf den Weg zu bringen, ist wirklich ein starkes Signal. Es ist ein gutes Projekt, und es ist wichtig für den Sport im Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Damit machen wir noch einmal deutlich, welche besondere Bedeutung der Sport für uns in Schleswig-Holstein hat. 1 Million Menschen sind im Sport in Schleswig-Holstein organisiert. Das geht über alle Hintergründe und alle Altersgrenzen, von Jung bis Alt, hinweg. Sie alle finden im Sport statt, sie alle tragen dazu bei, dass wir als Gesellschaft miteinander gut und gesund leben.

Diese besondere Bedeutung wollen wir in der Organisationsstruktur stärken. Wir wollen das Hauptamt und das Ehrenamt noch einmal zusätzlich stärken und Verlässlichkeit für die Sportpolitik und mit der Sportpolitik im Land garantieren. Genau dafür braucht es dieses Sportförderungsgesetz. Der Inhalt zeigt sehr deutlich, dass wir eben nicht nur den Status quo manifestieren, sondern sicherstellen, dass die zukünftigen und gegenwärtigen Herausforderungen des Sportes ausreichend dargestellt werden.

Wir sagen deutlich: Aufgabe des Sportes - ebenso wie die der Sportförderung des Landes - ist es, die Inklusion voranzutreiben, das Ehrenamt zu stützen, die Gleichstellung verschiedener Geschlechter voranzutreiben und sich für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz einzusetzen, den Tierschutz zu wahren und - ganz besonders und aktuell wichtig - Projekte und Maßnahmen gegen Dopingmissbrauch und gegen sexuellen Missbrauch im Sport zu adressieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir das nicht nur als Projekte definieren, sondern gesetzlich ausformulieren, dass das im Fokus einer modernen Sportpolitik steht, ist wirklich vorbildlich, und darüber freue ich mich sehr.

Wir wollen, dass die Menschen im Land sich in den kommenden Jahren darauf verlassen können, dass die Sportpolitik und die Sportförderung immer für sie da sind. Wir wollen damit gerade auch ein Signal in dieser schwierigen Phase für den Sport senden. Das ist noch einmal deutlich geworden beim Tag des Sports.

Die letzten eineinhalb Jahre waren für die Vereine und das Ehrenamt wirklich hart. Viele junge Menschen, die sonst vielleicht ihren Trainerschein oder ihre Juleica gemacht hätten, die in das Ehrenamt und sozusagen in die organisierten Sportstrukturen übergegangen wären, haben diesen Schritt nicht gehen können, weil die Angebote ausgefallen sind,

weil das Vereinsleben - bedingt durch die Pandemie - teilweise brachliegen musste. Um diese wertvollen Strukturen für unser Land in Zukunft zu sichern, ist es gerade hier wichtig, dass wir jetzt nicht nur ein Signal senden, sondern dieses Signal mit den notwendigen Mitteln untermauern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Tobias Koch [CDU])

Wenn wir nach ausführlicher Beratung dann in Zukunft das Sportförderungsgesetz in zweiter Lesung - davon gehe ich aus - gemeinsam beschließen werden, haben wir gegenüber dem Beginn der Legislaturperiode wirklich viel erreicht. Es war schon gut, dass wir auch so über den Haushalt eine Erhöhung der Mittel erreicht haben. Auch das war schon etwas, wodurch wir viel für den Sport erreichen konnten. Dass wir das jetzt aber darüber hinaus - und ich denke im Konsens - gesetzlich festschreiben, ist ein wirklich wichtiges Signal. Es ist eines, auf das wir stolz und über das wir sehr froh sein können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Denny Bornhöft [FDP])

Ich freue mich sehr darauf, diese gute sportpolitische Arbeit, die tatsächlich über die Koalition hinaus hier im Land gut miteinander funktioniert, fortzusetzen. Ich glaube, dass wir alle miteinander gut daran tun, weiter für den Sport im Land gute Projekte auf den Weg zu bringen.

Ich freue mich auf die Beratungen und die Diskussion und wünsche schon einmal einen schönen Nachmittag.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, einzelner Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jörg Hansen das Wort.

Jörg Hansen [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute bringen wir das Sportförderungsgesetz auf den Weg. Damit geben wir den Ergebnissen und den Empfehlungen aus dem Sportentwicklungsplan für Schleswig-Holstein die notwendige finanzielle Basis.

Kollegin Raudies hat Jamaika in der Haushaltsdebatte „nicht vorhandenen Gestaltungswillen“ vorgeworfen. Wenn ich aber auf die zurückliegenden beiden Plenarwochen und meine Themen „Katastrophenschutz“ und „Sport“ zurückblicke, stelle ich

(Jörg Hansen)

fest: Mehr Gestaltungswillen geht eigentlich gar nicht.

(Beifall FDP, CDU und Joschka Knuth
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf
Dr. Kai Dolgner [SPD])

Unser Weg im Sport ist ein bundesweit beachtetes politisches Projekt, wie es im Buche steht. Ich sehe, auch die SPD unterstützt uns dabei. Dafür vielen, vielen Dank!

(Beifall FDP)

Der Titel des Gesetzentwurfs - „Sportfördergesetz“ - spricht für sich: Sport - fördern - Gesetz.

Erster Baustein: Sport. Die allgemeine Definition von Sport lautet: eine nach bestimmten Regeln aus Freude an Bewegung und Spiel zur körperlichen Er-tüchtigung ausgeübte körperliche Betätigung.

Anders hat es der antike griechische Arzt Hippokra-tes von Kos ausgedrückt: „Wenn wir jedem Indivi-duum das richtige Maß an Nahrung und Bewegung zukommen lassen könnten, hätten wir den sichersten Weg zur Gesundheit gefunden.“

Professor Rupp hat es in der vergangenen Woche vor dem Altenparlament auf die Neuzeit projiziert. Er sagte sinngemäß: Deutschland ist in der Krankenversorgung gut; die Prophylaxe aber wurde bis-lang sehr vernachlässigt. - Ich füge hinzu: Hier spielt der Sport eine herausragend große Rolle.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Ich kann es also nicht oft genug sagen: Sport ist viel mehr wert, als dass es ihn einfach nur gibt. Wir haben das erkannt.

Ich will nicht unterschlagen, Herr Dr. Dolgner, dass sich bereits die Küstenkoalition diesem Thema wid-mete; Jamaika wurde aber ein bisschen konkreter. Mit dem Zukunftsplan Sportland Schleswig-Hol-stein haben wir den Turbo gezündet.

Zweiter Baustein des Gesetzes ist das Wort „För-dern“. Förderung bedeutet finanzielle, moralische oder emotionale Unterstützung im Sinne von Ermu-tigung. Das bedeutet: Sport darf nicht nur als Kos-tenfaktor betrachtet werden; denn der Sport - ich sagte es bereits - gibt viel zurück, nicht nur im Hin-blick auf die Gesundheit, sondern auch finanziell, und das nicht nur unmittelbar, sondern auch mittel-bar - und vielleicht auch gar nicht messbar.

(Beifall FDP)

Dazu gebe ich ein Beispiel: Gute Sportprojekte ho-len die Kinder in die Sporthallen und ziehen sie aus

Langeweile oder Unterbeschäftigung von der Stra-ße, wo sie im Zweifel auf weniger sinnvolle Gedan-ken kämen, oder aber aus schwierigen Situationen im häuslichen Umfeld. Corona hat uns das, glaube ich, deutlich vor Augen geführt. Auf weitere Bei-spiele sind meine Vorrednerinnen und Vorredner eingegangen.

Ich muss aber auch auf Folgendes hinweisen: Jetzt gibt es auch monetäre Messgrößen, die wir berück-sichtigen müssen. Mit der bundesweit einzigartigen Studie, die der Landessportverband in Zusammen-arbeit mit der Christian-Albrechts-Universität zum Wert des Sports erstellt hat, wird nun auch ein ein-drucksvoller Beleg dafür geliefert, dass eine Investition in Sport sich auch finanziell lohnt. Sport lohnt sich also nicht nur gesellschaftlich und in Bezug auf alle anderen Aspekte, die schon benannt worden sind, sondern Sport ermöglicht auch einen finanzia-ellen Rückfluss.

So weit zu dem Baustein „Förderung“.

Der dritte Baustein ist das Wort „Gesetz“. Das ist etwas, das für mich sehr, sehr hohe Bedeutung hat; es steht für Verbindlichkeit. Aber warum ein Sport-fördergesetz? - An dieser Stelle denke ich an Herrn Dr. Dolgners Worte aus der Debatte zur Sportent-förderung zurück. Er warf mir damals vor - nach-dem er gesagt hatte, die Küstenkoalition habe doch schon so viel gemacht -: Und wo waren Sie? Sie waren bestimmt an der Pommesbude am Stadion! - So haben Sie mich sinngemäß „vors Brett genom-men“, wenn ich das so sagen darf.

(Heiterkeit FDP und SPD)

Erstens, Herr Dr. Dolgner: Im Stadion isst ein Han-sen immer Currywurst.

(Beifall FDP)

Zweitens. Ich war damals Basketball-Jugendtrainer im kleinen TSV Travemünde. Leider habe ich die Erfahrung gemacht, dass ich einem Spitztalent im Alter von 11, 12 Jahren sagen musste: Ich kann dir hier in Travemünde nicht mehr bieten, obwohl ich dich weiter fördern möchte. - Leider musste ich ihn ziehen lassen. Wir haben ihn über Halle in die Staa-ten transferiert - oder: empfohlen -, und dort ist er schließlich im College-Basketball gelandet.

Das war zu der Zeit mein Job. Ich freue mich, und es erfüllt mich immer mit Stolz, wenn ich ihm auf Youtube folgen kann.

(Beifall FDP)

Ich möchte das Abwandern von Talenten verhin-dern. Es ist mein politisches Ziel, dass wir Talente

(Jörg Hansen)

hier ausbilden und hier halten können. Dafür müssen wir ihnen hier auch etwas bieten. Wir brauchen unter anderem finanzielle Sicherheit, und dazu bringen wir heute einen Gesetzentwurf auf den Weg.

(Beifall FDP)

Ich fasse zusammen - ich sehe meine Redezeit und komme zum Schluss -: Sport hat einen Wert. Die Förderung ist nicht nur ein Ausgabenfaktor, sondern auch eine Investition, die sich auf vielen, vielen Ebenen rechnet. Und: Ein Gesetz schafft Verbindlichkeit.

Herr Dr. Dolgner, wenn wir das heute auf den Weg bringen, lade ich Sie zur Currywurst ins Stadion ein. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Tobias Koch [CDU])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Mal sehen, was für kulinarische Genüsse Kollege Harms, der jetzt als Vorsitzender der Abgeordneten des SSW das Wort hat, serviert.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Das Land hat in Bezug auf den Sport tatsächlich die Ärmel hochgekrempt. Das ist wirklich eine gute Sache, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zur Erinnerung: Noch vor wenigen Jahren wurde massiv auf Verschleiß gefahren. Bei uns im Land konnte man daher vor allem eines vorfinden, nämlich marode Sportstätten. Wenn es durch die Fenster pfeift und man Sanitäreanlagen im Stil der 70er-Jahre vorfinden kann, ist es einleuchtend, dass es mit dem Werben um Mitglieder in den Vereinen schwierig wird. Schließlich muss der Vereinssport auch einer wachsenden Konkurrenz ins Auge blicken, etwa in Bezug auf die Fitnessstudios.

Hinzu kam auch noch eine Pandemie, die den Vereinen einen deutlichen Mitgliederschwund beschert hat, vor allem in den größeren Städten. Kinder, die keine Möglichkeit haben, schwimmen zu lernen, Jugendliche, die sich zu wenig bewegen, und Profisportler, deren soziale Kontakte außerhalb des Berufs auf null gefahren sind - dies war Teil des sportbezogenen Alltags der letzten Monate; in Teilen ist es immer noch so.

Einige Kurse konnten im Lockdown digital weitermachen. Bei anderen Kursen liegt es in der Natur

der Sache, dass dies unmöglich ist. So ist die Ausgangslage in den Sparten doch sehr unterschiedlich. Herausforderungen gibt es also zuhauf.

Vor diesem Hintergrund sind die Überlegungen und die Unterstützung vonseiten der Politik auf fruchtbaren Boden gefallen. Vor allem ist es gut, dass man den Kurs trotz Regierungswechsels nicht geändert hat. Für einen so umfassenden Bereich des gesellschaftlichen Lebens braucht es schlichtweg Nachhaltigkeit in Form von Investitionen über mehrere Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte hinweg.

Der heutige Gesetzentwurf bietet dafür eine gute Grundlage und reiht sich ein in die Vorhaben aus vorherigen Plenartagungen, etwa den Sportentwicklungsplan oder auch die Vermarktung und zum Kommunikationskonzept. Hier wurde also breit gedacht, quasi ein ganzes Portfolio ausgearbeitet und zur Debatte gestellt. Das ist meines Erachtens der richtige Ansatz; schließlich erhöht das die Tragfähigkeit.

Eine Sache, die ich noch ansprechen möchte, ist, dass die Kommunen auch gern Anträge an das Land zur Förderung des Breiten- und Profisports stellen dürfen - besser gesagt: sollen. Denn was wir sehen, ist klar: Stück für Stück kommen die jungen und die älteren Sportbegeisterten zurück. Sie wollen wieder Bewegung, Wettkampf und auch Teamgeist. Sie melden sich wieder in den Vereinen an und fragen nach, wann es endlich wieder Veranstaltungen und Turniere gibt. Jetzt alles einzumotten wäre zu schade. Daher mein Appell an die Kommunen: Einmal Inventur machen und die Bedarfe dann auch gern anmelden! Nicht denken, der Haushalt breche gleich zusammen, nur weil man vielleicht eine Schwimmhalle renoviert, eine Turnhalle erneuert oder auch einen Kunstrasenplatz baut! - Die Fördermöglichkeiten sind nämlich da. Vor dem Hintergrund der Durststrecke der letzten Monate wäre es doppelt schade, wenn diese nicht genutzt würden.

(Beifall SSW)

Eine weitere Sache, die noch zu erwähnen ist, ist leider weniger erfreulich, und zwar die Tatsache, dass der E-Sport mal wieder außen vor gelassen und mit keiner Silbe im Gesetz erwähnt wird. Das ist wirklich schade. Dabei gilt es doch, die Vielfalt des Sports abzubilden. Der politische Diskurs wird zeigen, ob es doch noch zu einer Unterstützung kommen kann, die dann auch alle Sportbereiche umfasst. Ich hoffe es sehr; denn insgesamt ist Schleswig-Holstein in Sachen Sport doch ganz gut aufgestellt. Lassen Sie uns dieses Gesetz also mit

(Lars Harms)

Leben füllen. Dazu zählt eben auch, offen für etwas Neues zu sein.

Ich weiß, das fällt dem einen oder anderen schwer; aber im E-Sport haben wir als Land Schleswig-Holstein riesige Möglichkeiten, riesige Potenziale, um den jungen Leuten auch einmal etwas Neues zu bieten, sie da abzuholen, wo sie schon jetzt längst stehen.

Auch das wäre Aufgabe der Gesetzgebung. Deswegen sollten wir im Ausschuss auch darüber die entsprechenden Beratungen durchführen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung hat jetzt die Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack, das Wort.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie sehen schon: Ich habe meine Rede am Tisch gelassen. Es ist Freitagmittag, und wir haben bereits sehr viel über die Vorteile unseres neuen Sportförderungsgesetzes gehört. Sie wissen alle, was darin im Einzelnen steht. Deshalb fasse ich mich ganz kurz.

Wir und ich sowie das Sportministerium freuen uns darüber, dass Sie sich alle hinsichtlich des neuen Sportförderungsgesetzes einig sind. Wir freuen uns natürlich auch über das neue Gesetz, für den Sport, für die Sporttreibenden in Schleswig-Holstein, für uns alle als Gesellschaft.

Es stimmt, der alte Spruch ist richtig: Sport ist der Kick der Gesellschaft. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 19/3270 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Prima: einstimmig an den Ausschuss überweisen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 35:

Schlepperei im Mittelmeer beenden!

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

Drucksache 19/3295

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort hat für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor genau zwei Jahren haben Sie hier konstatiert, Schleswig-Holstein sei ein sicherer Hafen für aus Seenot gerettete Menschen.

(Zuruf: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die Definition „sicherer Hafen“ ist eine Definition im seerechtlichen Sinne, nicht die irgendeiner Nichtregierungsorganisation. Und die Errettung aus Seenot ist auch im internationalen Recht keine Eintrittskarte nach Europa. Die Errettung aus Seenot begründet rechtlich keine Einreise oder Aufenthaltsgenehmigung für irgendeinen Staat dieser Erde und beinhaltet auch nicht automatisch ein Anrecht auf Asyl. All das können Sie im internationalen Seerecht nachlesen.

Die langjährige Praxis der NGO-Schiffe, in unmittelbarer Nähe der immerhin 1.650 km langen libyschen Mittelmeerküste, ja, meist sogar innerhalb der libyschen Hoheitsgewässer, rein zufällig und punktgenau auf kleine seeuntaugliche Schlauchboote voller Menschen zu treffen, ist wirklich erstaunlich. Der Verdacht lag daher schon lange nahe: Es sind nicht selten vorab mit den kriminellen Schlepperbanden verabredete Treffpunkte auf See, wo die Migranten von ihren Schlauchbooten auf die NGO-Schiffe übersteigen und ihre eigentliche Seereise über hunderte Seemeilen nach Europa antreten.

Dieser Verdacht erhärtet sich immer mehr. Wie die „Welt“ vor einigen Tagen berichtete, hat im März dieses Jahres die italienische Staatsanwaltschaft 21 Besatzungsmitglieder und Verantwortliche von NGO-Schiffen wegen des Verdachts der Beihilfe zur illegalen Migration angeklagt, unter ihnen auch sieben Deutsche.

In Griechenland wird den NGOs Mare Liberium, Sea-Watch, der Forschungsgesellschaft Flucht & Migration sowie anderen vorgeworfen, eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben. Von den 35 Beschuldigten sind 26 Deutsche.

(Jörg Nobis)

Beide Verfahren basieren erstmals auf mehrjährigen Nachforschungen, verdeckten Ermittlungen, Auswertungen von Kommunikationen und auch geheimdienstlichen Erkenntnissen. Die italienischen Behörden hatten beispielsweise die Brücke eines NGO-Schiffes verwandt und die Kommunikation abgehört. In einem anderen Fall war sogar ein verdeckter Ermittler im Einsatz an Bord. Die griechischen Behörden haben zwei verdeckte Ermittler unter Flüchtlinge der Türkei gemischt, bevor diese nach Lesbos übersetzten.

Es gab zwischen Helfern und Schleppern vereinbarte Übergaben von Flüchtlingen, sagt beispielsweise der verantwortliche italienische Staatsanwalt.

In mindestens einem anderen Fall riefen die kriminellen Schlepper sogar über die Rufnummer des mobilen Seefunkdienstes den Kapitän der Ocean Wiking an. Laut polizeilichen Erkenntnissen sollen NGO-Mitglieder sogar die Schlepper über Bewegungen der griechischen Küstenwache sowie die Flüchtlinge über Sammelpunkte an türkischen Stränden informiert haben und über Zeitpunkte der Abfahrten nach Lesbos.

Nach Berichten der griechischen Polizei soll es sogar vorgekommen sein, dass durch eine Telefon-App die Einsätze der griechischen Küstenwache erschwert oder die Boote der Küstenwache sogar fehlgeleitet wurden. Griechischen Behörden zufolge soll das deutsche Schiff Mare Liberum bei den Aktivitäten eine Schlüsselrolle gespielt haben.

Noch gibt es keine Urteile. Aber das Gewicht der Beweise und Indizien, die die Sicherheitsbehörden in den letzten Jahren insgesamt gegen sieben NGOs gesammelt und öffentlich gemacht haben, sowie die Erkenntnisse von Frontex, die sie bei Nachbefragungen von Migranten gewonnen haben, wiegen schwer.

Moralischer Übereifer der selbsternannten Seenotretter kann leicht dazu verführen, Gesetze im vermeintlichen Dienst der Menschlichkeit zu verletzen. Ein Drittel der Beschuldigten in Italien sind deutsche Staatsbürger, in Griechenland sogar drei Viertel. Deutschland scheint das Zentrum der selbsternannten Seenotretter zu sein.

Wenn Sie sich noch einen Funken Rechtstaatlichkeit bewahrt haben, dann bleibt Ihnen heute nichts anderes übrig, als unserem Antrag zuzustimmen. Ich bitte um Abstimmung in der Sache.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Nachdem die Frau Ministerin eben lüblich vorangegangen ist, haben auch hier die Parlamentarischen Geschäftsführer mitgeteilt, dass mit Ausnahme der Rede des Abgeordneten Lars Harms und der Rede der Landesregierung sämtliche Reden zu Protokoll gegeben werden. Insofern spricht nun der Kollege Harms für sämtliche andere Fraktionen.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liest man die Überschrift des AfD-Antrages, hätte man meinen können, es gehe hier darum, den Schleppern das Handwerk zu legen. Doch diejenigen, die arme verzweifelte Menschen in ein Gummiboot setzen und sie dann einer extremen Lebensgefahr aussetzen, kommen in dem Antrag gar nicht vor. Es geht nicht um die kriminellen Machenschaften internationaler Schlepperbanden, die die Not und das Elend der Menschen ausnutzen und ihnen das letzte Geld abpressen. Es geht nicht um die, die Frauen hier in Europa zur Prostitution zwingen, damit sie ihre Schlepperkosten abarbeiten. Es geht nicht um die, die hierzulande Menschen in Elendsjobs zwingen.

Wenn Menschen ausgebeutet werden, dann ist das der AfD egal. Wenn die kriminellen Machenschaften von Schlepperbanden bis nach Deutschland reichen, dann ist auch das der AfD egal, weil ja nur Araber, Schwarze oder andere arme Menschen aus anderen Erdteilen ausgebeutet werden. Menschlichkeit und christliche Nächstenliebe sucht man bei der AfD vergeblich. Mit Menschlichkeit hat die AfD nichts am Hut.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sieht man auch am Text des Antrages. Aktive christliche Nächstenliebe durch die Kirchen soll mithilfe dieses Antrages missbilligt werden. Christentum scheint bei der AfD nur zur Abgrenzung zu anderen Religionen brauchbar zu sein. Wenn es um die eigentlichen Werte der christlichen Botschaft geht, dann ist die AfD raus.

Die christlichen Kirchen und ihre Hilfsorganisationen sind keine Helfer von Schlepperbanden, sondern sie folgen ihrer christlichen Überzeugung und helfen Menschen dort, wo sie Hilfe benötigen. Genauso wünsche ich mir die christlichen Kirchen.

Im Gegensatz zur AfD sind wir alle den Kirchen zutiefst dankbar dafür, dass sie mithelfen, Leben zu retten.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für die Kommunen, die sich als sichere Häfen anbieten. Es ist immer wieder großartig anzusehen, dass es so viel ehrenamtliches und hauptamtliches Engagement in den Kommunen gibt. Es ist beruhigend zu sehen, dass hier viel getan wird, um die Menschen, die zu uns kommen, bestmöglich zu integrieren.

Wenn es darum geht, den Menschen rund um das Mittelmeer zu helfen, dann gibt es eine Vielzahl von Ansatzmöglichkeiten. Zuallererst muss durch Entwicklungshilfe die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Menschen auch in ihrer Heimat Stabilität und Perspektiven erhalten. Das heißt, wir brauchen auch mehr Geld für die Entwicklungshilfe.

In den Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, wie zum Beispiel Libyen, muss sichergestellt sein, dass die Flüchtlingslager humanitären Standards genügen. Davon sind wir - freundlich formuliert - noch weit entfernt. Auf die Machthaber in Libyen muss auch Druck ausgeübt werden. Hier erscheint es doch wichtig, dass sich die Vereinten Nationen mehr engagieren können. Darüber muss jetzt verhandelt werden, damit die Elendslage in Libyen ein Ende hat. Im Übrigen möchte ich, was die Vereinten Nationen angeht, lobend erwähnen, dass man sehr schnell in Afghanistan agierte und es richtig ist, dass Deutschland den Vereinten Nationen 100 Millionen € für die Hungerhilfe in Afghanistan bereitgestellt hat.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Barbara Ostmeier [CDU])

Dieses Geld stützt nicht die Taliban, im Gegenteil, es hilft den Menschen direkt, es hilft Menschen in Not. Deshalb ist es richtig, in der Not zu helfen. Aber dies nur am Rand.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der AfD istbarer Unsinn. Aber er gibt uns zumindest allen hier die Möglichkeit, uns ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums zu bedanken, die in den letzten Monaten harte Arbeit geleistet haben, um Frauen und Kinder aus den Flüchtlingslagern in Ägypten herauszuholen. Das ist genau unsere Aufgabe, die wir als Land leisten können. Dabei wird durch die dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirklich eine herausragende Arbeit geleistet. Dafür, dass sie

dort einen richtig tollen Job hingelegt haben, gehört ihnen unser aller Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, es ist definitiv wichtig, dass wir als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, aber auch als parlamentarische Vertreterinnen und Vertreter dieses Landes und dieser Bürgerinnen und Bürger deutlich machen, dass es einen Unterschied zwischen den demokratischen Parteien und den rechten Herrschaften da drüben gibt, die wir hoffentlich demnächst hier nicht mehr sehen müssen, wenn wir die nächste Landtagswahl am 8. Mai 2022 überstanden haben.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Denn dieser Antrag zeigt ganz deutlich und exemplarisch, wo die Grenzen liegen. Hier die Menschlichkeit und da die Menschenfeinde. Und die müssen hier raus. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Tim Brockmann [CDU] und Hartmut Hamerich [CDU])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet. Lieber Herr Harms, Sie haben ein emotionales Feuerwerk abgefeuert, leider am Thema vorbei. Ich bin es auch leid, mich von Ihnen hier als Menschenfeind hinstellen zu lassen.

(Zurufe Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und FDP)

Sie sind auf meine Rede überhaupt nicht eingegangen. Das ist alles ganz glasklar im Seerecht festgelegt. Ich glaube, Ihr emotionales Feuerwerk hat nur darüber hinweggetäuscht, dass Sie von der Materie gar keine Ahnung haben. Ich helfe Ihnen aber gern auf die Sprünge.

Weltweit sind alle Seegebiete in sogenannte SAR-Zonen eingeteilt - Search-and-Rescue-Zonen. Grundlage dafür ist die Convention of maritime Search and Rescue. Die SAR-Konvention wurde 1979 in Hamburg unterzeichnet, trat 1985 in Kraft. Das ist ein internationales Übereinkommen.

(Jörg Nobis)

Libyen als ein von Deutschland anerkannter Staat ist diesem internationalen Übereinkommen im Jahre 2016 beigetreten und hat 2018 der IMO, der International Military Organization mit Sitz in London, mitgeteilt: Wir haben jetzt an der libyschen Küste eine Seenotrettungszone eingerichtet. Diese Zone wurde von allen Vertragsparteien, von allen Staaten, also auch von Deutschland, anerkannt.

Es gibt eine Seenotrettungsstelle in Tripolis in Libyen, ein sogenanntes MRCC - Maritime Rescue Coordination Center. Das wurde durch die üblichen nautischen Publikationen weltweit allen Schiffen bekanntgemacht. Das heißt, wir als Deutsche haben anerkannt, dass es die libysche Küstenwache übernimmt, Menschen aus Seenot zu retten. Sie sind verantwortlich für die Suche und für die Koordination dieser Rettungsmaßnahmen auf See.

Ich sage hier nicht, dass Menschen nicht gerettet werden sollen. Menschen sollen aus Seenot gerettet werden, das ist absolut festgelegt und stellt niemand infrage, Herr Harms. Die Frage ist, was mit diesen Menschen passiert, die aus Seenot errettet wurden. Und das habe ich hier mehrmals gesagt. Die Rettung aus Seenot ist keine Eintrittskarte nach Europa. Da geht es nämlich los. Wenn Sie sich Filmbeiträge von der Taufe der „Sea-Watch 4“ hier in Kiel anschauen, dann sehen Sie ein Crew-Mitglied, das gegenüber der Kamera auf Deutsch den Standardatz, der immer den Migranten zugerufen wird, die im Boot sitzen, sagt: „Bleiben Sie ruhig. Wir retten Sie, und wir bringen Sie nach Europa.“ - Das ist der falsche Ansatz.

Es gibt zahlreiche sichere Häfen an der nordafrikanischen Küste, sei es in Tunesien oder in Libyen selbst. Man müsste darüber diskutieren, ob überhaupt der Hafen Tripolis unsicher ist. Der Begriff „sicherer Hafen“ existiert im Seerecht nicht. Dort heißt es „sicherer Ort“. Dieser sichere Ort kann sogar ein Schiff sein.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist es ja nicht!)

Es gilt nur, dass das Überleben sichergestellt ist, die Grundbedürfnisse befriedigt werden und medizinische Versorgung geleistet wird.

- Ja, aber an Bord des Schiffes. - Das heißt, es gibt kein Recht zur Ausschiffung. Das haben Staaten wie Italien, Spanien und Malta schon mehrfach dokumentiert. Übrigens wurde diese Seenotrettungsstelle in Tripolis mit EU-Mitteln finanziert, aus dem EU-Afrikafonds und auch mit italienischen Mitteln.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Jörg Nobis [AfD]:

Das ist der richtige Weg. Den muss Europa weitergehen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Da wir an diesem Punkt elementar unterschiedliche Ansichten in diesem Hause haben, möchte ich meine Rede halten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Wolfgang Baasch [SPD])

Herr Nobis, Sie suggerieren hier, dass jeder, der über die Seenotrettung gerettet wird, ein Aufenthaltsrecht in Europa erhält. Das ist falsch. Sie gehen in ein rechtstaatliches Verfahren. Insofern haben Sie hier wieder einen aus meiner Sicht völlig falschen Zungenschlag an den Tag gelegt.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

In den letzten Jahren haben wir an dieser Stelle schon häufiger über die EU-Flüchtlingspolitik debattiert. Oft lagen den Debatten Anträge zugrunde, die uns aufforderten, mehr zu tun, dass wir uns auf Ebene der Innenministerkonferenz für einen besseren Schutz von Flüchtlingen an der EU-Außengrenze stark machen, dass wir in Gesprächen mit dem Bundesinnenminister auf eine bessere EU-Flüchtlingspolitik drängen und dass wir uns als sicherer Hafen zur Verfügung stellen sollen. All diesen Anträgen lag ein gemeinsames Verständnis zugrunde. Das ist gute schleswig-holsteinische Tradition.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ein Konsens, der von allen demokratischen Parteien in diesem Land getragen wird. Wir helfen Menschen in Not! Das gilt auch für Menschen in Seenot. Das ist eine humanitäre Pflicht, ein Gebot der Menschlichkeit, und nicht nur das. Es ist ein Gebot

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

des Völkerrechts, in Seenot befindliche Personen, Flüchtlinge oder auch andere zu retten.

(Jörg Nobis [AfD]: Das habe ich nie bestritten!)

Wer hingegen fordert, Menschen ertrinken zu lassen, hat in meinen Augen jeglichen Anstand verloren.

(Jörg Nobis [AfD]: Das habe ich nie gesagt! Das ist eine Lüge! - Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Und nicht nur das. Auf Grundlage einer dünnen Faktenbasis werden im vorliegenden Antrag Behauptungen über Hilfsorganisationen in den Raum gestellt. Von solchen Spekulationen halte ich nichts. Ich vertraue allein auf die rechtsstaatlichen Verfahren unserer europäischen Partner. Alles andere ist Populismus.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr froh, dass wir in dieser Legislaturperiode gemeinsam mit Ihnen, den demokratischen Parteien, viele Projekte auf den Weg bringen konnten, Projekte, die der guten schleswig-holsteinischen Tradition einer humanitären Flüchtlingspolitik folgen.

Zusätzlich zu kommunalen Initiativen haben wir zum Beispiel ein eigenes Programm gestartet. Über unser Landesaufnahmeprogramm nehmen wir besonders schutzbedürftige Menschen auf.

Aktuell kann ich Ihnen dazu berichten: Seit dem 18. August 2021 sind 108 Flüchtlinge aus Ägypten eingereist. Die nächsten Flüge stehen ab der kommenden Woche an. Wir sind sehr optimistisch, die angestrebte Aufnahme von 500 Menschen noch in diesem Jahr abzuschließen.

Wie Sie wissen, bringen wir uns neben unserem eigenen Programm auch auf Bundesebene immer wieder in die Debatte ein. Zuletzt haben wir uns besonders für die Aufnahme besonders gefährdeter Personen aus Afghanistan stark gemacht. Ich bin froh, dass wir als Landesregierung dabei immer auf die breite Unterstützung der demokratischen Parteien in diesem Hause zählen können. Sie wiederum können sich auf uns, auf die Landesregierung, verlassen. Wir folgen treu dem schleswig-holsteinischen Weg einer humanitären Flüchtlingspolitik. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Frank Schaffer.

(Zuruf: Claus!)

- Claus Schaffer, Entschuldigung.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich Äußerungen der Frau Ministerin Sütterlin-Waack so nicht stehen lassen möchte. Wenn man sich hier hinstellt und sagt, Sie müssten hier einem falschen Zungenschlag entgegenreten, und dann hier gleichzeitig mit einer Behauptung ans Mikrofon tritt, wonach die Forderung impliziert wird, dass hier die Absicht bestünde, Menschen ertrinken zu lassen, dann ist das mehr als nur ein falscher Zungenschlag, dann ist das schlicht und ergreifend die Unwahrheit.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist etwas, das ich entschieden für den Kollegen Nobis zurückweisen möchte.

(Beate Raudies [SPD]: Ihr missbilligt die Seenotrettung! Was ist es denn? Das ist genau das!)

- Auch wenn Sie brüllen, ändert es nichts daran, dass diese Worte genauso gefallen sind, und zwar nur von Frau Sütterlin-Waack und nicht von meinem Kollegen Nobis. Das muss man hier einmal zur Kenntnis nehmen.

(Zurufe)

In dieser Sache geht es eigentlich um die Verknüpfung von Seenotrettung und NGOs. Wenn hier deutlich dargelegt wird, dass es Ermittlungsergebnisse sind, die wir zutage gefördert haben, dass es Absprachen zwischen illegalen Schlepperbanden und den NGOs gibt, dann haben wir dort einen Zusammenhang, den es hier zu diskutieren gilt. Dazu haben Sie hier an keiner Stelle eine Position bezogen. Das ist es, was wir kritisieren.

Wir sagen einerseits: Seenotrettung ist Aufgabe des Küstenstaates. Andererseits können wir nicht auch noch zuschauen, wie zum Teil mit deutscher Beteiligung NGOs dort dafür sorgen, dass Menschen sich darauf verlassen, sich aus ihrer Not heraus ins Meer hinaus in Seenot zu begeben und dann punktgenau aufgesammelt zu werden. Das ist der Zusammenhang. Wir haben hier einen Zusammenhang zwischen Menschen, die wirklich in Seenot sind und gerettet werden müssen - daran besteht kein

(Claus Schaffer)

Zweifel, und daran hat auch Jörg Nobis überhaupt keinen Zweifel gelassen - und anderen, die Menschen regelrecht aufs Meer locken und die Verheißung Europa präsentieren. Das kritisieren wir. Dass Sie diese Kritik nicht mittragen, ist aus meiner Sicht wirklich unfassbar. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil der Kollege Nobis hier ein Potpourri des Seerechts verkündet hat. Das ist ja alles ganz nett, aber hier geht es eigentlich um eine Grundsatzfrage, nämlich ob wir es gut finden, dass Menschen in Seenot vor Ort gerettet werden oder nicht. Mir persönlich ist es egal, ob es Küstenschutzboote sind, ob es eine NGO ist, ob es die Bundeswehr ist oder wer auch immer. Wenn jemand dort tätig ist - sogar wenn jemand dort hinfährt mit dem Willen, etwas zu organisieren und Menschen zu retten -, dann finde ich es in Ordnung.

Wenn man in einem Antrag schreibt, dass man wünscht, dass der Landtag dieses missbilligt, impliziert das natürlich, dass man diese Boote und damit auch die Rettung da nicht haben will und damit automatisch in Kauf nimmt, dass die Menschen ertrinken. Das ist einfach so, es ist die letzte Konsequenz Ihres Antrags, lieber Herr Kollege Nobis. Deswegen ist es von der Ministerin richtig zu sagen, dass man das entsprechend in Kauf nehmen würde. Das ist dann eben so. Das ist Ihre Politik: Sie nehmen den Tod von Menschen lieber in Kauf, als das Sie sagen: Es ist gut, NGOs, dass ihr da hinfahrt und den Menschen tatsächlich zur Hilfe kommt.

(Zuruf AfD: Und ihr lockt die NGOs erst aufs Wasser! - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zweite: Wenn Sie schon rechtsstaatlich argumentieren, warum akzeptieren Sie es nicht, dass die Menschen, die zu uns kommen, sich dann in einem ganz normalen rechtsstaatlichen Verfahren befinden? Da wird dann genau gesehen, ob sie einen Rechtsstatus haben, um hier bleiben zu können. Warum finden Sie das so schlimm? Ich kann es einfach nicht verstehen. Es ist doch völlig in Ordnung, dass die Menschen hier in dem Verfahren sind.

Ich persönlich finde es auch gut, wenn die Leute hierbleiben können. Wir haben nämlich sowieso ordentlich Bedarf an Menschen, die zu uns kommen. Wir haben auch ein Eigeninteresse daran. Ich finde, jeder Mensch, der in irgendeiner Art und Weise aus einer Not gerettet werden kann und vor dem Ertrinken gerettet wird, der vor sozialer Not, vor wirtschaftlicher Not gerettet werden kann, der auch vor Krieg und Not gerettet werden kann, ist ein Mensch, den ich gern rette und wo ich jeden unterstütze, der das auch tut.

Aus diesem Grund ist es wichtig, hier ans Pult getreten zu sein, denn es ist, liebe Kollegen von der AfD, der Unterschied zwischen Ihnen und allen anderen Demokraten, dass wir retten wollen und Sie definitiv durch Ihren Antrag zum Ausdruck gebracht haben, dass Sie es missbilligen, wenn Kirchen retten oder auch Kommunen sich daran beteiligen wollen. Das dürfen Sie so tun, das ist die Demokratie, damit müssen wir leben. Wir missbilligen es nicht, sondern finden es gut, dass die Menschen gerettet werden. Dabei soll es auch bleiben.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir leid, dass ich noch nach vorn gekommen bin, aber ein Aspekt, den die Innenministerin sehr diplomatisch gesagt hatte, muss hier noch einmal ganz klargemacht werden. Sie sagen, Sie verteidigen den Rechtsstaat. Sie fordern aber in einem Parlament auf, eine Straftat zu missbilligen, die überhaupt nicht nachgewiesen worden ist. Das geht so quer durch die Gewaltenteilung, das ist so dermaßen unglaublich - da müssen Sie einmal drüber nachdenken.

Lesen Sie einmal Ihren Antrag! Da steht ja nicht unbedingt das, was Sie hier gesagt haben. Laut Ihrem Antrag sollen die NGOs und die Kirchenorganisationen für die Schlepperei missbilligt werden: § 96 Aufenthaltsgesetz, das ist eine Straftat. Diese Straftat soll das Parlament hier feststellen. Ich überlasse es in meiner Welt immer noch der Justiz, Straftatbestände festzustellen, und nicht den Parlamenten.

(Dr. Kai Dolgner)

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Da Sie es ganz genau wissen, nehme ich Ihnen die Sorge um den Rechtsstaat überhaupt nicht ab. Ich hoffe zumindest, dass Sie wissen, dass Parlamente weder Straftaten feststellen noch anfangen, sie irgendwie zu missbilligen.

Noch einmal zur weiteren Information: Es ist übrigens ein Märchen, dass das Vorhandensein von Seenotrettung für irgendjemanden, der südlich der Sahelzone aufbricht, entscheidend sei, um sein Leben zu riskieren. Das Leben riskiert er nämlich schon auf dem Weg dorthin, in den libyschen Lagern. Das sind keine dummen Menschen, das sind verzweifelte Menschen. Da glauben Sie doch nicht ernsthaft, wenn die sich in ein überfülltes Schlauchboot setzen, dass sie nicht ganz genau wissen, dass sie ihr Leben riskieren. Die wissen ganz genau, wie viele Tote es gibt. Die haben übrigens auch teilweise Zugang zum Internet und Smartphones. Das sind Menschen, die in ihrer Situation so verzweifelt sind, dass sie alles riskieren. Es gibt wissenschaftliche Untersuchungen - wenn wir schon einmal darüber reden -, die ziemlich deutlich zeigen, ob Seenotrettung durch die NGOs gerade stattfindet oder nicht, ändert an den Flüchtlingsströmen gar nichts. Es ändert nur etwas daran, wie viele Menschen sterben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Das ist ein Gebot des Humanismus.

Dass Sie sich so viel Sorgen um die Mittelmeeranrainerstaaten machen und meinen, das schleswig-holsteinische Parlament sollte da etwas nachhelfen, zeigt Ihnen, worum es Ihnen tatsächlich geht. Egal, was Sie hier beteuern: Es ist kein Zufall, dass wir es hier heute debattieren. Ich hoffe, dass wir es hiermit beenden können. Natürlich werden wir solche Anträge weiterhin ablehnen.

Was Sie tatsächlich wollen, ist komplett offensichtlich: Sie wollen die Menschen bedienen - auch wenn Sie es hier nicht sagen -, die auf Demos „absaufen, absaufen, absaufen“ rufen. Genau darum geht es im Endeffekt bei solchen Anträgen: an diesem rechten Rand zu fischen. Sonst können Sie sich von solchen Demonstrationen gern einmal distanzieren. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Abgeordnete Jörg Nobis möchte nach § 55 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine persönliche Erklärung abgeben.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich möchte eine Erklärung abgeben, weil ich hier ziemlich offen von der Ministerin angegangen wurde. Mir wurde sehr direkt vorgeworfen, dass ich dazu aufriefe, Menschen ersaufen zu lassen.

Das habe ich zu keinem Zeitpunkt getan und würde es auch nicht tun. Sie wissen - vielleicht nicht alle -, dass ich ein ausgefahrenes Kapitänspatent habe. Ich bin über sechs Jahre lang zur See gefahren.

Ich würde das nie tun. Ich habe nie etwas anderes behauptet, als dass Menschen aus Seenot gerettet werden müssen. Die Frage ist, wie mit den Geretteten umgegangen wird. Das habe ich in meiner Rede ganz klar gesagt. Ich habe niemals dazu aufgerufen, Menschen ertrinken zu lassen. Das weise ich auf das Schärfste zurück.

Um noch kurz auf Herrn Dolgner einzugehen - ich muss mich von nichts distanzieren, wozu ich keine Nähe habe. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Unruhe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Es ist beantragt worden, über den Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, Drucksache 19/3295, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der Abgeordneten der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

CO₂-Besteuerung jetzt beenden - Bürger entlasten!

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/3292

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Winter könnte richtig hart werden. Um 170 % ist der Preis von Erdgas in der EU seit Januar 2021 gestiegen. Auch bei Benzin und Diesel haben die Preise längst die Schmerzgrenze überschritten. Allein im vergangenen Monat hat sich der Preis für Strom an der Stromhandelsbörse mehr als verdoppelt. Sichere und vor allem bezahlbare Energieversorgung, das war gestern in Deutschland.

Meine Damen und Herren, es tut weh an der Tankstelle, bei jeder Stromrechnung, bei der Heizöllieferung oder ganz allgemein bei den Heizkosten. Die Bürger in Deutschland zahlen seit Jahren die Zeche für eine völlig verkorkte und aus dem Ruder gelaufene Energiewende, die nur Geld kostet, aber nichts bringt. Mit der zum Jahreswechsel eingeführten CO₂-Bepreisung wurden Heizöl, Erdgas, Diesel, Benzin und Strom zu Luxusgütern.

Wir haben in der Tat einen Klimanotstand in Deutschland, aber nicht einen Klimanotstand, wie Sie es verstehen; pünktlich mit Beginn der Heizsaison haben wir einen Wohnklimanotstand in Deutschland. Viele Rentner und Haushalte mit niedrigem Einkommen müssen in diesem Winter auf ein behagliches Wohlfühlklima in ihrer Wohnung verzichten, weil sie sich das Heizen einfach nicht mehr leisten können.

Laut einer Studie sind es insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen, die unter den steigenden Energiekosten besonders leiden. Die einkommenstärksten 30 % der Bevölkerung erhalten mehr als ein Drittel der CO₂-Preis-Mehrkosten auf Kraftstoffe wieder zurück, die einkommensschwachen Haushalte so gut wie nichts.

Meine Damen und Herren, das sind die tatsächlichen Auswirkungen Ihrer unsozialen Energiepolitik. Dabei wollte die Bundesregierung die Stromkosten in diesem Jahr ursprünglich als „Gegengewicht zur neuen CO₂-Bepreisung“ sogar senken. So steht es immer noch großspurig auf der Website der Bundesregierung. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Mehr als 125 Stromanbieter erhöhten auch in diesem Jahr ihre Preise um durchschnittlich 2,5 % - bis jetzt.

Dieser grüne Klimaschutzwahn wird immer mehr zu einer unsozialen Umverteilungsmaschine, durch die die Armen noch ärmer werden. Während sich das gut verdienende grüne Weltverbesserungsmilieu weiter naiven Weltrettungsphantasien hingibt und sich teure Lastenräder staatlich subventionieren

lässt, kann der normale Bürger bald die Fahrt zur Arbeit nicht mehr bezahlen.

Wenn Sie Sonntag vorhaben, Ihr Kreuz bei den Grünen zu machen, so sollten Sie vorher noch einmal einen Blick in Ihr Portemonnaie riskieren oder sich sicher sein, dass Mama und Papa das alles schon bezahlen werden.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Energiekosten sind derzeit der maßgebliche Treiber der deutlich angezogenen Inflation. Ein Gutteil der Preissteigerungen ist auf die zum Jahreswechsel eingeführte CO₂-Bepreisung zurückzuführen, die dem Staat in diesem Jahr Milliarden in die Bundeskasse spülen und pünktlich zum Jahreswechsel erneut steigen wird. Die jährlichen Preissteigerungen für CO₂ sind nämlich bereits im Gesetz festgelegt. Es wird im Januar also noch teurer.

Damit muss Schluss sein. Die CO₂-Bepreisung gehört schlichtweg abgeschafft, weil sie keinerlei Effekt auf das Weltklima hat, weil sie keine Lenkungswirkung hat und weil die Auswirkungen dermaßen unsozial sind, dass die SPD eigentlich vor Scham im Boden versinken oder das S in ihrem Parteinamen streichen müsste.

Erst wenn das letzte Kohlekraftwerk stillgelegt ist, der letzte Verbrennungsmotor vom Band gelaufen ist und der letzte Ingenieur das Land verlassen hat, werdet ihr merken, dass man mit Gendersternchen nicht heizen kann. - Ich bitte um Abstimmung in der Sache.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen: Die CDU-Fraktion in Schleswig-Holstein steht zu zwei Kernaussagen, die uns noch lange umtreiben werden. Erste Kernaussage: Der Klimawandel ist durch die Menschen mitbeeinflusst. Deswegen muss auch der Mensch Lösungen finden, dem Klimawandel, der für die Menschheit bedrohlich ist, entgegenzuwirken.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Heiner Rickers)

Zweite Kernaussage: Dafür brauchen wir Instrumente, die gegen den Klimawandel ansteuern. Dazu gehört auch so etwas wie eine Lenkungswirkung. Herr Nobis, es ist bedauerlich, dass Sie mit Ihrer Ausbildung in der Technik so weit rückwärtsgerichtet denken. Wir müssen das fördern, was innovativ ist und dem Klimawandel entgegenwirkt. Da ist unter anderem eine Maßnahme, CO₂ einzusparen und die Lenkungswirkung so umzusetzen, auch mit einer Klimabesteuerung Mobilität zu gestalten, nicht nur für die Großen, die Heizöl, Diesel, Kraftstoffe oder Strom verkaufen, sondern auch, damit der Bürger mit Alternativen besser heizen oder Autofahren kann.

Man kann nachweisen, dass über 800 Jahre in der Atmosphäre CO₂ so weit angestiegen ist, dass der CO₂-Einfluss - wissenschaftlich fundiert - in der Atmosphäre auch negative Klimaveränderungen hat. Einen Grenzwert kann man sich gut merken: 300 ppm, also 0,03 % in der Atmosphäre, in der Luft, die wir atmen, sind CO₂. Wenn der Wert von 300 ppm überstiegen wird - wir liegen aktuell bei 400 ppm -, wird es bedrohlich. Wenn es zum Kippunkt oder zur Katastrophe kommt, sollten wir darüber nachdenken, ob wir dem nicht auch mit einer CO₂-Besteuerung vernünftig entgegenwirken können. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass so viele Menschen im Moment für das Klima streiken. Junge Menschen, Großmütter, Großväter. Das ist ein gutes Zeichen. Klimastreiks pushen den Mut zur Veränderung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir stellen uns der Jahrhundertaufgabe Klimaneutralität - im Gegensatz zur AfD. Um dem Klimaabkommen von Paris gerecht zu werden und die globale Erderwärmung auf möglichst 1,5 °C zu begrenzen, müssen wir in Deutschland spätestens 2045 klimaneutral sein. Dieses Ziel haben wir festgeschrieben. Es ist rechtlich verbindlich und stellt riesige Anforderungen an den Staat, die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger.

Wir haben den Anspruch, dass der damit einhergehende Wandel für alle gut funktioniert. Klimaschutz darf bestehende Ungerechtigkeiten nicht vertiefen und keine neuen schaffen. Das Prinzip sozialdemokratischer Politik ist es, einen verlässlichen Weg aufzuzeigen und konkrete Maßnahmen umzusetzen. Wir haben wenig Zeit zum Umsteuern. Wir haben 250 Jahre unsere Energie aus Kohle, Öl und Gas verbrannt.

Wir haben die Energie geschaffen, die Industrie, Maschinen, Autos und Wohnungen. Die Kehrseite sind große Mengen an klimaschädlichen Treibhausgasen und eine fortschreitende Erderwärmung. Wir müssen innerhalb von 25 Jahren umsteuern. Das ist eine Mammutaufgabe, aber wir werden das schaffen. Wir werden die Maßnahmen konkret nach und nach angehen und abarbeiten.

Hinzu kommt: Bis zum Ende des nächsten Jahres steigen wir aus der Atomenergie aus. Es ist eine historische Leistung einer Industrienation, aus Kohle und Atomkraft auszusteigen. Je schneller wir Windkraftanlagen bauen, Solaranlagen errichten und andere erneuerbare Energien nutzen, je schneller wir die nötigen Stromleitungen bauen, umso eher werden wir aus Kohle, Öl und Gas aussteigen können. Natürlich ist es wichtig, den biologischen Klimaschutz nicht zu vernachlässigen, Frau Redmann.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht nur für das Klima und die Natur, sondern auch für die Gesundheit von Menschen - für alle - ist es eine große Chance, mit diesem Wandel neue Arbeitsplätze zu schaffen, die tarifgebunden sind und gut bezahlt werden. Insofern werden wir uns darauf einstellen müssen, dass der Staat und Unternehmen Milliardensummen in die Infrastruktur und Innovationen sowie Privatleute in energiesparende Wohngebäude investieren.

Teil des 2019 in Berlin beschlossenen Klimaschutzplans ist ein nationaler Preis für das Treibhausgas CO₂. Seit dem 1. Januar 2021 werden für jede Tonne CO₂ 25 € berechnet. Der Preis wird in den nächsten Jahren steigen. Der Zweck dieses Preises ist es, Anreize zu setzen. Statt klimaschädliche Brennstoffe zu verwenden, sollen klimafreundliche Alternativen verstärkt genutzt werden. Was ist daran falsch?

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Thomas Hölck)

Was gut für das Klima ist, soll günstiger werden, was schlecht ist, wird teurer. Das ist die Grundlage für die Transformation und das Umsteuern.

Wir werden jetzt die grundlegenden Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein CO₂-Preis in den nächsten Jahren gut wirken kann und für alle funktioniert. Dazu gehört natürlich, dass Alternativen vorhanden sind. Es gilt aber auch, dafür zu sorgen, dass der soziale Ausgleich funktioniert. Umsteuern muss für alle bezahlbar sein und für alle bezahlbar bleiben.

Die SPD will die EEG-Umlage in der bisherigen Form 2025 abschaffen. Das kommt allen Bürgerinnen und Bürgern zugute, weil jede und jeder Strom verbraucht und die Umlage bisher von allen bezahlt wird. Diese Umlage ist bisher ein Aufschlag auf die Stromrechnung und beträgt für ganz Deutschland inzwischen über 24 Milliarden € - 6,5 ct/kWh. Wenn wir dort zu einer anderen Finanzierung kommen, nämlich aus Einnahmen der CO₂-Bepreisung, kann eine dreiköpfige Familie im Jahr 32 € sparen.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Kommen Sie bitte langsam zum Ende?

Thomas Hölck [SPD]:

Ich habe noch 37 Sekunden Zeit, dann bin ich am Ende. - Die Umlage abzuschaffen, ist unser Weg. Den Kampf gegen den Klimawandel sozialverträglich auszugestalten, werden wir leisten. Es ist der CO₂-Preis mit seiner Lenkungswirkung, der sinnvoll für die Maßnahmen im Klimaschutz ist.

Was uns unterscheidet, Herr Nobis, ist: Wir können Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit, und Sie können nichts. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Erst einmal, Herr Nobis, finde ich es ganz interessant, dass Sie sagen: Es gibt im Moment grünen Strom und einen grünen CO₂-Preis. - Noch regieren wir nicht mit. Ich hoffe, das wird

sich am Sonntag nach dem Votum der Wählerinnen und Wähler ändern.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber zurzeit sprechen wir beim EEG immer noch von der Großen Koalition. Ich finde es richtig, das sich dort auf einen CO₂-Preis geeinigt wurde.

Ich fasse noch einmal die Faktenlage ganz simpel zusammen.

Erstens. Es gibt genau einen Planeten, der den Menschen als natürliche Lebensgrundlage dient. Das ist die Erde.

Zweitens. In der Geschichte unseres Heimatplaneten ist es immer einmal wärmer und einmal kälter geworden. Das ist zunächst einmal ein natürlicher Vorgang.

Drittens. Wenn wir auf die bisherigen Klimaextreme zurückblicken, stellen wir fest: Viele Lebewesen haben diese nicht überlebt und sind ausgestorben, Stichwort „Dinosaurier“. Der Erde ist das egal. Sie existiert weiterhin.

Viertens. Im Gegensatz zu den Dinosauriern, für die es zu kalt wurde, wird es für uns zu warm, und zwar viel zu schnell, weil die Menschheit quasi einen langsamen Suizid begeht, indem sie den natürlichen Klimawandel noch so richtig schön beschleunigt. Während unsere Vorfahren es nicht besser wussten, fangen wir mit einer Vogel-Strauß-Politik an und machen nichts.

Um den Klimawandel zu verlangsamen, müssen wir CO₂ vermeiden. Anders geht es nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Da Klimaschutzmaßnahmen nicht allein auf Freiwilligkeit beruhen, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wir verbieten alles, was zu viel CO₂ verursacht, oder die entsprechenden Aktivitäten werden teurer und somit unattraktiver. Es stimmt, dass das ungerecht gegenüber Menschen sein kann, die weniger Geld haben. Die soziale Ungleichheit ist aber ein generelles Problem, das es zu lösen gilt. Das Sozialste, das wir machen können, ist alles in unserer Macht Stehende gegen den Klimawandel zu tun. Denn Klimawandel ist nicht sozial gerecht. Seine Folgen treffen bereits jetzt die Ärmsten der Armen. Das wird sich in Zukunft sicher noch verschärfen.

Um Entlastungen für Menschen mit geringen Einkommen zu schaffen, wollen wir Grüne ein Ener-

(Eka von Kalben)

giegeld beziehungsweise Bürgerinnen- und Bürgergeld einführen. Dabei handelt es sich um die Rückerstattung aus den Einnahmen aus dem CO₂-Preis. Durch diese Umverteilung soll der sozialen Ungerechtigkeit entgegengewirkt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem fordern wir, gerade im ländlichen Raum den ÖPNV massiv auszubauen, damit ein Umstieg auf ein CO₂-ärmeres Leben leichter wird.

Meine Damen und Herren, es gibt keine Alternative zum Klimaschutz. Den vorliegenden Antrag werden wir selbstverständlich ablehnen.- Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrte liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der AfD ist das CO₂ nicht wert, das für ihn ausgestoßen wurde.

(Heiterkeit - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Deswegen mache ich es ganz kurz. Wie dringlich Klimaschutz ist, steht für uns Freie Demokraten außer Frage. Nicht zuletzt der jüngste IPCC-Bericht hat gezeigt, dass wir schlicht keine Zeit für Klimapolitik nach dem Prinzip Hoffnung haben, meine Herren von der AfD.

Kleinteilige Verbote und Vorschriften bringen den Klimaschutz nicht wirklich voran. Aus unserer Sicht bedarf es eben eines Emissionshandels mit einem strikten CO₂-Limit und einem einheitlichen CO₂-Preis.

(Beifall Stephan Holowaty [FDP] und Jan Marcus Rossa [FDP])

Das würde sinkende Emissionen garantieren, Innovationen fördern und die Kosten minimieren. Sind wir hier alle schon ein bisschen im Werbeblock gewesen, so würde ich gern als Fußnote hinzufügen, dass das Prinzip mit dem festen CO₂-Deckel wirklich das effizienteste und wirksamste Klimaschutzprogramm aller Parteien in dieser Bundestagswahl ist.

(Beifall FDP)

Natürlich haben wir auch das Kostenthema im Blick. Wir sagen Ja zur CO₂-Bepreisung, aber eben

auch zu einer Klimadividende; so heißt das bei uns, liebe Frau von Kalben.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf den Namen kann man sich einigen!)

- Genau, darauf kann man sich einigen; das denke ich auch. - Oder auch: Die Energiebesteuerung muss drastisch gesenkt werden - Stichwörter: EEG-Umlage und Stromsteuer. Die sollte man deutlich absenken. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit und bin unter 2 Minuten geblieben. Danke.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dennys Bornhöft [FDP]: Einer, der Wort hält!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat nun deren Vorsitzender, Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich mache es auch ganz schnell. Es ist wichtig, dass wir dem Klimawandel entgegenarbeiten. Wir müssen das schnell machen. Da sind wir uns alle einig - das ist auch gut -, bis auf eine ganz kleine Truppe, aber auf die kommt es nicht an. Wir brauchen Forschungsförderung, das allerdings dauert.

Als Zweites brauchen wir aber auch Verbote. Das ist ganz wichtig, und da sind wir uns sehr einig mit den Grünen, dass ab und zu ein Verbot sinnvoll sein kann.

Allerdings reicht auch das alleine nicht aus. Deswegen müssen natürlich die Verbräuche entsprechend mit Abgaben belegt werden, die sich möglicherweise schädlich auf das Klima auswirken. Das ist die CO₂-Abgabe. Je höher die Abgabe ist - das zeigt sich insbesondere in Schweden, die eine sehr hohe Abgabe haben -, desto höher sind auch die Anreize, tatsächlich etwas anders zu machen. Es ist also auch eine Art der Forschungsförderung, nämlich indem man den Anreiz bietet, tatsächlich in eine andere Richtung zu forschen.

Selbstverständlich sollte man kurzfristig sowohl an die Stromsteuer als auch an die EEG-Umlage ran, um auch gerade uns hier in Schleswig-Holstein zu entlasten. Aber am Ende brauchen wir auch einen sozialen Ausgleich. Das ist eigentlich das Entscheidende. Es geht nicht mehr darum, ob wir den Klimawandel bekämpfen, es geht darum, wie wir es machen, dass es den kleinen Menschen vor Ort

(Lars Harms)

nicht schadet. Das geht einerseits über die Steuern und andererseits natürlich auch über Geschichten wie Hartz IV oder Wohngeld, wo man den Menschen finanziell entgegenkommen muss. Da muss sicher sein, dass das so ist.

Das war schon mein Beitrag. In dem Sinne: Vielen Dank und ein schönes Wochenende!

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt CDU und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gerade in dieser Woche hat die Europäische Zentralbank in einer bemerkenswerten Veröffentlichung deutlich gemacht, dass die Nichtbewältigung der Klimakrise weit höhere Kosten mit sich bringt als das umfassende Einsteigen in deren Bewältigung jetzt.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das macht sehr deutlich, dass selbst dort absolut angekommen ist, dass wir eine riesige ökonomische und damit verbunden auch soziale Belastung in dem Fortschreiten der Klimakrise befürchten müssen. Da gilt es anzusetzen: Was wir tun müssen, um das zu verhindern? - Dazu liegen die Vorschläge auf dem Tisch. Wenn wir uns ehrlich machen würden in der Frage, welchen Betrag man eigentlich für jede Tonne CO₂ ansetzen müsste, wenn es darum ginge, diese Schäden auszugleichen, die da im Raum stehen, würde man heute über einen Preis von mindestens 300 € pro Tonne reden. Das ist übrigens auch der Preis, der sich relativ bald am Markt durchsetzen wird, weil die Kosten für den Umbau hin zur Klimaneutralität für die meisten Unternehmen und für die Industrie ja da sind. Das heißt also, wir werden sowieso in diese Richtung kommen.

Jetzt geht es um die Frage: Auf welchem Wege kommen wir dahin? Auf dem Weg, dass wir den Leuten sagen: „Keine Sorge, es wird nicht mehr kosten, Emissionen zu verursachen, alles kann so weitergehen wie bisher!“, und dann mit einem Mal wird den Leuten sozusagen ein solcher Preis von 300 € pro Tonne im wahrsten Sinne des Wortes vor

den Latz geknallt? Oder indem wir sagen, dass wir eine gerechte Transformation der Kostenstruktur dahin gehend brauchen, dass CO₂ einen Preis bekommt und dass dieser Preis Stück für Stück ansteigt und dazu beiträgt, dass wir auf emissionsfreie Technologien und Lebensformen umsteigen?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Grund für den Kostenanstieg übrigens jetzt aktuell ist nicht hauptsächlich der beschlossene Einstieg in die CO₂-Bepreisung. So viel Ehrlichkeit gehört dann auch dazu. Wenn wir die Preissteigerung, die wir jetzt gerade sehen, analysieren, dann stellen wir fest, dass das nur ein minimaler Bestandteil ist. Die radikalen Preissteigerungen, die ohne Zweifel da sind, folgen aus politischen und geopolitischen Situationen, die derzeit eintreten, durch die insbesondere der Gaspreis massiv in die Höhe schnell. Dem müssen wir uns widmen und uns fragen, wie wir eigentlich aus der Abhängigkeit von dieser Versorgung, die derzeit im Raum steht, herauskommen wollen. Wie kommen wir möglichst schnell auch zu einer souveränen Versorgung mit Energien der Zukunft? Da spielt der Ausbau der erneuerbaren Energien eine ganz zentrale Rolle.

(Claus Schaffer [AfD]: Modernste Kernkraftwerke wären eine Alternative!)

Und die kommen daher, dass der Zertifikatehandel, der schon jetzt dem Markt überlassen wird, zum Beispiel für die Industrie und auch für die Energieversorgung, ebenfalls in die Höhe schnell, weil völlig klar ist, in welche Richtung es geht und mittlerweile auch Investoren weltweit darauf setzen, dass natürlich der CO₂-Preis in diesem Zertifikatehandel massiv ansteigen wird und dass da natürlich am Ende eine Preissteigerung für solche Zertifikate zu erwarten ist.

Um sich ehrlich zu machen, müssen wir diesen Einstieg jetzt vornehmen. Wir müssen ihn weiter vorantreiben, und wir müssen dabei stets mitdenken, welche Gerechtigkeitsaspekte es mit sich bringt, welche Ausgleichsmöglichkeiten wir haben. Da sind heute viele genannt worden. Ich nenne noch das Energiegeld, das auch mit im Spiel ist. Es gibt viele Ansätze dafür, die übrigens auch dazu beitragen können, dass gerade Geringverdiener und Familien deutlich stärker entlastet werden können als heute.

All das führt am Ende dazu, dass wir von der Ungleichbelastung wegkommen, die heute im Markt herrscht, nämlich dass emissionsfreie Energieträger heute durch den Staat - durch unsere Bepreisung -

(Minister Jan Philipp Albrecht)

stärker belastet werden als emissionsstärkere Energieträger wie die fossilen Energieträger. Das kann nicht länger der Fall sein. Das müssen wir ändern, das wissen wir alle. Das ist auch unsozial, insbesondere mit Blick auf die Zukunft unserer Kinder und Enkel. - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, vereinzelt CDU und Beifall Birgit Herdejürgen [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, Drucksache 19/3292, in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen! - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/2833

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 19/3286

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3312

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter Peer Knöfler oder seiner Vertretung das Wort.

(Zurufe)

- Auch nicht da.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt eine gute Vorlage!)

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin, es gibt eine gute Vorlage, die wurde von den Regierungsfractionen mit dem Änderungsantrag noch um eine Kleinigkeit ergänzt. Der Bildungsausschuss hat Zustimmung empfohlen.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt ist nicht vorgesehen.

Ich lasse somit zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3312, in der Sache abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über den Gesetzentwurf Drucksache 19/2833 in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Wer dem so geänderten Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Schuljahr des Ehrenamtes 2021/2022 für Schülerinnen und Schüler

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3216

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist auch zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vorgesehen. Die Reden geben Sie bitte zu Protokoll.

Ich schlage vor, über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3216, in der Sache abzustimmen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag von sämtlichen Abgeordneten bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW angenommen.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 19/3307

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine GesamtAbstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/3307. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar nicht der Fall.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 19/3307 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Meine Damen und Herren, vor Ende der Tagung teile ich Ihnen mit, dass der Innen- und Rechtsausschuss direkt im Anschluss an die Plenartagung zu einer Sitzung im Raum 122 zusammenkommt.

Die nächste Tagung beginnt am 27. Oktober 2021. Ich bitte Sie, sich auf eine dreitägige Tagung einzustellen. Ich wünsche allen ein entspanntes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:19 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Schuljahr des Ehrenamtes 2021/2022 für Schülerinnen und Schüler

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3216

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Wochen habe ich mich mit Jugendlichen der DLRG in ihrer Wachstation am Klempauer Hofsee getroffen, um mit ihnen über den Verlauf der diesjährigen Badesaison zu sprechen.

Einige wesentliche Dinge haben mich bei diesem Besuch sehr beeindruckt:

Die DLRG gehört mit ihren über 1.500 Mitgliedern nicht nur zu den mitgliederstärksten Vereinen in Lübeck, sondern mit über 500 jungen Menschen unter 18 Jahren auch zu den Vereinen, denen es besonders gut gelungen ist, junge Menschen für diese ehrenamtliche Arbeit zu gewinnen.

Diese Wachstation liegt in der Eigenregie der Jugendlichen. Sie sorgen durch ihren ehrenamtlichen Einsatz während der Sommerferien freiwillig für die Badesicherheit und übernehmen eine verantwortungsvolle Aufgabe.

Diese Wachstation hat als älteste Jugendwachstation im Land eine lange Tradition. Es überrascht daher nicht, dass inzwischen viele Jugendliche dabei sind, die dem Vorbild ihrer Eltern gefolgt sind und so den Weg ins Ehrenamt gefunden haben.

Die Jugendlichen schätzen nicht nur die hier gelebte Gemeinschaft, sondern auch die persönliche Weiterentwicklung und den Erwerb neuer Kompetenzen, der mit der ehrenamtlichen Arbeit auf der Wachstation einhergeht.

Wir alle wissen es: Unser Gemeinwesen wäre ohne ein starkes ehrenamtliches Engagement kaum vorstellbar. Vieles würde ohne Ehrenamtler nicht funktionieren.

Hilfe setzt Hilfsbereitschaft voraus. Dies zeigt sich deutlich in den Strukturen der vielen Hilfsorganisationen, sei es in der Feuerwehr, im THW, bei den Sanitätsdiensten ob beim Deutschen Roten Kreuz, bei den Johannitern oder den Maltesern.

Es zeigt sich aber auch, dass wir immer wieder um die Bereitschaft für ein Ehrenamt werben müssen.

Genau hier setzt unser Antrag an. Nach einem Jahr der politischen Bildung und einem Jahr der Nachhaltigkeit an den Schulen im Land wollen wir in diesem „Schuljahr des Ehrenamtes“ junge Menschen zum freiwilligen Einsatz für andere motivieren.

Im Verlauf der Pandemie hat sich gezeigt, dass die Bereitschaft für ein Ehrenamt gerade bei jungen Menschen nicht besser geworden ist. Wir wollen gegensteuern und haben deshalb 100.000 € in den Landeshaushalt eingestellt, um an Schulen mit Aktionen, Maßnahmen und Projekten das große Thema Ehrenamt besser in den Köpfen von Schülerinnen und Schülern zu verankern. Wir wollen einen Engagement-Preis für herausragende Projekte ausloben.

Die Flutkatastrophe im Ahrtal hat uns deutlich aufgezeigt, wie schnell ein Katastrophenfall eintreten kann und wie wichtig schnelle Hilfe dann ist. Das, was unsere Hilfsorganisationen aus ganz Schleswig-Holstein dort durch ihre Einsätze geleistet haben, verdient große Wertschätzung und Anerkennung. Das Helferfest in Neumünster hat dies eindrucksvoll gezeigt.

Die aktuelle Herausforderung besteht darin, die personellen Strukturen unserer Hilfsorganisationen zukunftsfest auszustatten und für entsprechenden Nachwuchs zu sorgen. Denn was nützt eine bestens ausgestattete Feuerwehr, wenn bei Alarm keiner mehr zur Stelle ist?

Schule ist ein geeigneter Ort, um ehrenamtliche Organisationen für Jugendliche sichtbar und erfahrbar zu machen. Niedrigschwellige Angebote oder besondere Aktionstage können dafür sorgen, dass junge Menschen in der Schule mit Möglichkeiten im Ehrenamt in Berührung kommen.

Schule kann besonderes ehrenamtliches Engagement im Zeugnis hervorheben oder Freistellungen vom Unterricht für den ehrenamtlichen Einsatz ermöglichen.

Ich schätze das Ehrenamt sehr und bin immer wieder begeistert, wenn ich zum Beispiel Pfadfinder im Einsatz erlebe oder Landjugend bei ihrer 72 Stunden Aktion oder wenn sie heute eine neue Erntekrone ins Landeshaus bringen.

Das Schuljahr des Ehrenamts ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

Kai Vogel [SPD]:

Herr Präsident! Zu den besonderen Hobbys der Landesregierung gehört es, dass immer wieder eine neue Kampagne gestartet wird, ohne die vorhergehende überhaupt wahrnehmbar angefangen oder abgeschlossen zu haben. Da hatten wir 2019 das „Jahr der politischen Bildung“. Das einzig Wahrnehmbare waren hier die DialogP-Veranstaltungen, die aber immer noch weiterlaufen. Somit hat das Jahr der politischen Bildung von 2019 nach 2,5 Jahren irgendwie noch keinen Abschluss gefunden. 2020 dann das „Jahr der Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Das hat aber irgendwie nie so richtig begonnen, oder es hat einfach niemand bemerkt. Die Schulen, mit denen ich gesprochen hatte, konnten es jedenfalls nicht.

Unser heißester Tipp für 2021 war das „Jahr der Entrepreneurship Education“. Nun ist es stattdessen das Ehrenamt geworden, und es ist an Ihnen, nun etwas daraus zu machen. Schöne Reden der Ministerin und der Koalition sind das eine, doch ob es Ihnen gelingt, ein ausgerufenes Jahr mit einem wohlklingenden Titel mit Leben zu füllen, lässt uns in Spannung verharren.

Es ist völlig unstrittig, dass der Einstieg in die ehrenamtliche Tätigkeit nicht früh genug beginnen kann. Für weite Teile des Ehrenamtes gilt, dass sie erst mühsam wieder aufgebaut werden müssen, weil sie während der Coronapandemie praktisch zum Erliegen gekommen sind.

Beim Schreiben dieser Rede habe ich eine Kaffeetasse der Landesschülervertretung vor mir mit einem Zitat des chinesischen Philosophen Laozi:

„Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut.“

Das ist ein gutes Motto für die Notwendigkeit des Ehrenamtes. Aus dem politischen Tun wissen wir allerdings, dass es einen langen Atem braucht, um insbesondere Jugendliche zum Ehrenamtlichen Wirken zu animieren. Insofern sind wir sehr gespannt, ob ihr Ansatz auch eher verborgen agiert und damit unbemerkt bleibt.

In den Haushalt für 2021 haben Sie 100.000 € für dieses „Schuljahr des Ehrenamtes“ eingestellt mit Verlängerung im nächsten Jahr. Da lag die Erwartung nahe, dass die Koalition beziehungsweise die Landesregierung wisse, was sie mit diesen 100.000 € eigentlich anstellen will.

Jetzt kommt die Koalition und beantragt, was mit diesem Geld eigentlich geschehen soll. Entweder hat das Bildungsministerium bisher seine Hausaufgaben nicht gemacht oder die Koalitionsfraktionen gießen einmal wieder das, was die Regierung ohnehin vorhat, in einem Antrag.

Man darf auch fragen, ob jährlich 100.000 € für eine Vielzahl von Projekten, die der Natur der Sache nach nicht zentral vorgegeben, sondern an den einzelnen Schulen entwickelt werden müssen, auch nur annähernd auskömmlich sind. 100.000 € beinhalten bei einer Teilnahme aller Schulen übrigens nur rund 120 € pro Schule, da wird die Schlagkraft Ihres Vorhabens doch schon sehr übersichtlich.

Aber gut: besser spät als nie, und besser wenig als gar nichts! Der Maßnahmenkatalog in Ihrem Antrag ist richtig. Es ist sicher eine gute Idee, wenn Schulen in Schleswig-Holstein mit Partnerschulen in den Überschwemmungsgebieten von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zusammenarbeiten.

Es ist auch richtig, dass die Schülerinnen und Schüler, die sich im Ehrenamt engagieren, dafür auch ein positives Feedback erhalten, einschließlich der Auslobung eines Preises und der öffentlichen Präsentation von besonders vorbildlichen Aktivitäten.

Das sollte dann aber auch da stattfinden, wo sich Ehrenamt und Schule unmittelbar begegnen, nämlich bei der Schülervvertretung. Die Ausstattung der Landesschülervvertretung ist schwach und die der Landeselternvertretungen ein schlechter Witz. Da sollte die Landesregierung erst einmal üben, was Ehrenamt heißt.

Die SPD-Fraktion wird dem Antrag der Koalition zustimmen, aber wir werden uns auch über die Legislaturperiode hinaus ansehen, ob dieses Kampagnenjahr tatsächlich etwas bewirkt hat.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und NRW ist wieder mal ein aktueller Anlass, der zeigt, wie abhängig wir als Staat und Gesellschaft von ehrenamtlichem Engagement sind. Auch die Hilfe für Geflüchtete 2015 ist ein solches Beispiel, wo ganz akut sehr schnell sehr viel zivilgesellschaftlicher Einsatz von Nöten war - mit überwältigender Resonanz.

Auch unabhängig von diesen extremen und zeitlich begrenzten Herausforderungen sind wir auf Menschen angewiesen, die einen Teil ihrer Zeit und Energie nutzen, um anderen zu helfen - ob bei der

(Eka von Kalben)

DLRG, in der Freiwilligen Feuerwehr, im Kinderhospiz oder im Wattenmeer. Das Ehrenamt ist aus unterschiedlichen Gründen enorm wichtig.

Zum einen schafft es dort Kompensation, wo es Lücken im System gibt. Zum anderen stärkt es das soziale Miteinander in der Gesellschaft. Es verbindet nicht nur die Helfenden mit denen, denen geholfen wird. Es verbindet auch die Helfenden untereinander. Ehrenamtliches Engagement baut Brücken zwischen Menschen, die oftmals ganz unterschiedliche soziale, kulturelle oder religiöse Hintergründe haben oder zum Beispiel ganz unterschiedlichen Generationen angehören. Das schafft Dialog, gegenseitiges Verständnis und ein Gefühl des Miteinanders.

Gleichzeitig bringt ehrenamtliches Engagement auch individuell gesehen eine ganze Menge Vorteile. Wer sich auf diese Weise in die Gesellschaft einbringt, übernimmt Verantwortung, eine sinnstiftende Tätigkeit, sammelt Erfahrungen, lernt Neues und meistert Herausforderungen. Das stärkt Selbstvertrauen, Selbstwertgefühl und fördert persönliches Wachstum. Das kann in jedem Alter nur von Vorteil sein, aber gerade für die gesunde Entwicklung in Kindheit und Jugend sind solche positiven Erfahrungen enorm wichtig.

Zudem kann das Ehrenamt insbesondere jungen Menschen dabei helfen, herauszufinden, wo die eigenen Interessen und Stärken liegen. Das kann ganz besonders wertvoll sein, wenn es darum geht, den passenden Beruf für sich zu finden. Wer schon in der Schulzeit gute Erfahrungen im Ehrenamt macht, entscheidet sich vielleicht auch eher dafür, nach der Schulzeit einen Freiwilligendienst zu machen oder im späteren Leben ehrenamtlich aktiv zu sein. Zu den Freiwilligendiensten haben wir hier ja bereits einiges auf den Weg gebracht.

Natürlich gibt bereits sehr viele Jugendliche, die sich während der Schulzeit in unterschiedlichster Weise ehrenamtlich engagieren. Viele Schülerinnen und Schüler haben Menschen in ihrem Umfeld, die diesbezüglich als Vorbild und Motivation dienen. Aber es gibt viele Kinder und Jugendliche, die das nicht haben. Denen müssen wir die Hand reichen. Dafür ist das Schuljahr des Ehrenamts, für welches wir 100.000 € im diesjährigen Haushalt veranschlagt haben, eine tolle Sache.

Dadurch, dass sich vermehrt gemeinnützige und ehrenamtliche Organisationen in Schulen vorstellen werden, durch das Pilotprojekt „Ehrenamt macht stark“, durch den Engagement-Preis und den Aktionstag am 5. Dezember 2021 werden hoffentlich

insbesondere auch diejenigen Schülerinnen und Schüler erreicht, die sich bisher nicht für ein Ehrenamt interessiert haben, weil sie kein entsprechendes Vorbild haben, weil sie es sich selbst nicht zutrauen oder bisher nicht das Gefühl vermittelt bekommen haben, gut in etwas zu sein und gebraucht zu werden. Wir müssen ihnen deutlich machen, dass wir ihnen etwas zutrauen, dass jede und jeder von ihnen Stärken und Fähigkeiten hat, die unsere Gesellschaft bereichern können. Wir müssen ihnen zeigen, dass sie gebraucht werden und dass ehrenamtliches Engagement hip oder cool ist - oder was auch immer das aktuelle Jugendwort dafür ist.

Mir ist es sehr wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler, die sich engagieren wollen, auch wirklich unterstützt werden. Wir müssen in den Schulen den Geist bringen, dass das Ehrenamt Teil einer umfassenden Bildung ist. Da muss es auch okay sein, wenn man einmal eine Schulstunde verpasst. In Kanada ist soziales Engagement Teil des Schulabschlusses. Das sollte uns Vorbild sein. Dadurch erreichen wir auch mehr Vielfalt im Ehrenamt.

Zu was diese Generation fähig ist, zeigen die Fridays for Future Bewegung, die Jugendfeuerwehren und viele andere Tag für Tag. Allen, die sich bereits engagieren, gilt mein aufrichtiger Dank. Allen anderen sage ich: nur Mut! - Vielen Dank.

Anita Klahn [FDP]:

Herr Präsident! In Deutschland engagieren sich über 30 Millionen Menschen im Ehrenamt - ein gewaltiger Einsatz, ohne den unsere Gesellschaft nicht funktionieren würde. Feuerwehr, Notfallrettung, THW, Sport, Musik, Integrationsangebote und Nachbarschaftshilfe sind nur einige der bekanntesten Ehrenämter, aber auch im schulischen Kontext geht es nicht ohne Ehrenamt. Lesepatent, Nachhilfe von Schülern für Schüler, die Partizipation der Eltern und Schüler brauchen das Ehrenamt. Angebote im offenen Ganztage werden durch die ehrenamtliche Arbeit der Vereine nicht nur bereichert, sondern auch gesichert.

Eines ist klar: Trotz aller staatlichen Unterstützung, Projektförderung und Zuschüsse sind es am Ende die Bürgerinnen und Bürger, die über das Ehrenamt die Lücken ausfüllen, ohne die unsere Gesellschaft nicht nur bedeutend ärmer wäre, sondern in dieser Form auch gar nicht funktionieren würde. Bevor ich also mit meiner Rede fortfahre, möchte ich mich daher zuerst im Namen meiner Fraktion bei allen bedanken, die sich ehrenamtlich engagieren und dabei viel auf sich nehmen, um den dringender denn

(Anita Klahn)

je benötigten Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken.

Die Coronapandemie hat in nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens tiefe Spuren hinterlassen. Das Herunterfahren des öffentlichen Lebens hat dazu geführt, dass viele über Jahre und Jahrzehnte gewachsenen Strukturen unter Druck geraten - oder bereits unwiederbringlich verloren sind. Das gilt insbesondere für die Bereiche, die vom freiwilligen Engagement einer Gesellschaft leben, in der sich uneigennützig für Projekte eingesetzt wird. Ausgangssperren, Kontaktverbote und Mindestabstände haben insbesondere hier ihre verheerende Wirkung gezeigt. Aber nicht nur Lockdown, Masken und Abstände haben dafür gesorgt, dass der freiwillige Einsatz in den letzten anderthalb Jahren zurückgegangen ist.

Vielen Menschen hat die Krise und die damit verbundenen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Sorgen eine Menge abverlangt. Unterrichtsausfall, fehlende Betreuung und Kurzarbeit kosteten Aufmerksamkeit, Disziplin und eine gehörige Extraportion Kraft. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn hinter diesem gewaltigen Berg an Zusatzbelastungen für die Bürger ehrenamtliche Tätigkeiten zurückstehen mussten. Umso wichtiger ist es also, dass wir das Ehrenamt im Blick behalten und an dieser Stelle sozusagen einen kleinen Neustart auf den Weg bringen.

Dazu gehört auch, dass wir in der Schule den Wert des Ehrenamtes neu vermitteln, wieder in den Fokus rücken und aufzeigen, welche vielfältigen Möglichkeiten es gibt, etwas für andere zu tun und zu erleben und wie sich der Einsatz für andere positiv auf das eigene Leben auswirkt.

Ich bin überzeugt davon, dass viele gesellschaftliche Entwicklungen zu Selbstbezogenheit und Individualisierung führen. Gerade deshalb müssen wir den Wert des Ehrenamtes bewerben und herausstellen, bei dem es ja genau darum geht, das persönliche Interesse in den Hintergrund zu stellen. Ich glaube, dass wir gut beraten sind, unseren Kindern das an dieser Stelle mit auf den Weg zu geben.

Gleichzeitig müssen wir aber auch aufpassen, wie wir das Ganze in den Schulen umsetzen. Wir sind gerade erst dabei, die Auswirkungen von Unterrichtsausfall und fehlendem Präsenzunterricht vollständig zu erfassen. Der Aufholprozess wird wiederum viel Energie von allen Beteiligten fordern. Insofern sollten wir jedes Zusatzprogramm und jede neue Belastung von Lehrern und Schülern genau im Blick haben, denn das Ehrenamt und die Ver-

mittlung seiner Aufgaben und Werte hat es verdient, in einem angemessenen Rahmen bedacht zu werden.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Herr Präsident! „Was kann man schon gegen das Ehrenamt haben?“, fragten wir uns intern, als wir diesen Antrag erstmals diskutieren. Auch für Schülerinnen und Schüler gibt es wunderbare Ehrenämter, die unsere Gesellschaft zu einer besseren machen. Ich denke an Schülervertretungen, Vorlesen im Seniorenheim, Jugendfeuerwehr, Unterstützung in Tierheimen, freiwillige Nachbarschaftshilfe, auf vielfältige Art Gutes für die Umwelt tun, Essensausgabe bei den Tafeln, DLRG oder Tandem-Programme, Jugendarbeit in Parteien oder Sportvereinen. Viele tolle und wichtige Aufgaben, die ich ungern gegeneinander aufwiegen würde. Und doch können wir diesem Antrag so nicht zustimmen.

Um einmal ganz konkret in den Antrag zu schauen: Wenn schon Schulpatenschaften zwischen Schleswig-Holstein und den Flutgebieten in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen geprüft werden sollen, dann mögen diese bitte länger angelegt sein, als nur auf das kommende „Schuljahr des Ehrenamtes“. Besagtes Schuljahr hat ja auch schon angefangen, da bietet es sich auch in Anbetracht der Lage in den betroffenen Regionen an, langfristig zu planen.

Im vorletzten Punkt ist die Rede davon, ehrenamtliche Projekte von Schülerinnen und Schülern für Schülerinnen und Schüler durch die Freistellung vom Unterricht oder die Aufnahme in das Zeugnis besonders zu berücksichtigen. Hier gehen wir so nicht mit. Die Ämter in der Schülervertretung sind begrenzt, selbst Klassensprecher gibt es höchstens im 2er-Team. Dieser Antrag sollte es, wenn schon die Vermerke im Zeugnis angesprochen werden, ermöglichen, deutlich mehr Ehrenämter ins Zeugnis aufzunehmen.

Mit den Preisen ist das auch so eine Sache. Der ausgelobte Engagement-Preis für sogenannte herausragende Projekte scheint aus der neoliberalen Feder der Regierungskoalition zu stammen. Ich weiß, dass das Ehrenamt als freiwillige und unentgeltlich geleistete Arbeit oftmals auch von Lob und sozialer Anerkennung lebt. Aber wir haben Schwierigkeiten mit diesem Tenor des Antrags, der so in Wertigkeiten und Verwertbarkeit von Ehrenamt denkt.

Was außerdem in der Aufzählung fehlt, um das der Vollständigkeit halber einmal anzumerken, ist die Wahl zu den Kinder- und Jugendbeiräten und -par-

(Jette Waldinger-Thiering)

lamenten in Schleswig-Holstein. Dabei müsste viel mehr dafür geworben werden. Dass es tatsächlich so ist, dass sich bestimmte Ehrenämter auch über den Dienst an der Gesellschaft hinaus rentieren, ist ohne Frage bereits jetzt so. Schulen sollten aber aus Sicht des SSW nicht noch weiter zwischen Ehrenämtern unterscheiden müssen, als sie es ohnehin schon tun.

Mit einer besonderen Hervorhebung derer, die ein Ehrenamt ausüben, geht natürlich automatisch auch implizit ein gewisses Manko für diejenigen einher, die im nächsten Schuljahr keine Zeit dafür haben werden. Das ist ihnen auf gar keine Art und Weise anzulasten. Viele Kinder und Jugendliche werden dieses Jahr damit beschäftigt sein, auszugleichen, was ihnen in den letzten eineinhalb Jahren pandemiebedingt verloren gegangen ist.

Es gibt Momente, in denen es an ein Privileg grenzt, ein Ehrenamt bekleiden zu können, und ich würde sagen, dieses Schuljahr qualifiziert sich dafür. Wer jetzt keine Lernrückstände aufholt, keine Angehörigen pflegt, keinen kleinen Geschwistern helfen muss, sich keinen Schülernebenjob suchen musste, der oder die findet vielleicht noch Zeit für ein Ehrenamt. Viele andere aber eben nicht. Und so kann man, um einmal auf meine Eingangsfrage zurück zu kommen, unerwarteterweise doch auch „was gegen das Ehrenamt haben“.

Wir bitten daher trotz Begeisterung der Regierungskoalition noch um Ausschussüberweisung zur Optimierung dieses Vorhabens.

Dokumentation der Aufarbeitung des Themas Leid und Unrecht

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3277

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Menschen, die in stationären Einrichtungen leben, haben ein Anrecht auf Unterstützung, Förderung und Schutz. Die Realität ist leider viel zu oft eine andere gewesen. Darüber haben wir schon mehrfach gesprochen. Viel zu viele Kinder und Jugendliche mussten erfahren, dass sie ausgeliefert sind. Sie wurden misshandelt. Sie erhielten Medikamente - zu Testzwecken, nicht zu ihrem eigenen Wohl. Das ist ungeheuerlich. Das ist Unrecht mit Vorsatz. Das ist das Gegenteil von dem, was diese Einrichtungen hätten tun sollen!

Zwang, Unrecht und Leid darf es in keiner Einrichtung geben.

Wir alle sind uns einig, dass wir politische Verantwortung übernehmen, dass diese Untaten aufgearbeitet werden müssen, dass wir erlittenes Unrecht entschädigen wollen.

Weil uns das so wichtig ist, haben wir in Schleswig-Holstein viele Schritte unternommen. Landtag und Sozialausschuss haben sich intensiv und in mehreren Sitzungen mit dem Thema „Leid und Unrecht in Einrichtungen“ auseinandergesetzt. Landtag, Sozialausschuss und Sozialministerium haben gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt und den betroffenen Menschen einen öffentlichen Raum gegeben.

Eine wissenschaftliche Untersuchung wurde an der Universität zu Lübeck in Auftrag gegeben. Ihre Ergebnisse liegen vor und sind erschreckend. Es gibt einen unabhängigen Beauftragten. Der seit April 2017 bestehende Regionale Fachbeirat tagt regelmäßig. Die Anlauf- und Beratungsstelle beim Landesamt für soziale Dienste wurde eingerichtet und unterstützt betroffene Personen. Ein „Praxispreis für Innovation und fortschrittliches Engagement“ wurde initiiert und erstmalig in 2020 verliehen. Er wird zukünftig alle zwei Jahre vergeben.

Zu guter Letzt und ganz wichtig: Wir bringen einen Opferhilfefonds Schleswig-Holstein auf den Weg, aus dem Landesgelder beantragt werden können. Damit all die genannten Schritte und ihre Ergebnisse nachvollzogen werden können, sollen sie dokumentiert werden - analog und digital. Das ist eine gute Möglichkeit, das Thema der Öffentlichkeit nahezubringen. Und es ist hilfreich für die betroffenen Menschen.

Diejenigen, die bisher keine Leistung erhalten, aber gleichermaßen Unrecht haben erleiden mussten, dürfen nicht leer ausgehen. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Das ist mir persönlich ganz wichtig. Das setzen wir mit dem Opferhilfefonds Schleswig-Holstein um. Ich freue mich, dass wir uns in der Jamaika-Koalition darüber verständigen konnten, dass Schleswig-Holstein 6,2 Millionen € für Entschädigungsleistungen zur Verfügung stellt. Es ist ein Signal und ein Bekenntnis zur Verantwortung. Es ist das, was möglich ist. Ich bedanke mich bei allen, die geholfen haben, dass wir dies erreichen konnten.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Herr Präsident! Jugendhilfeeinrichtungen, Einrichtungen der Behindertenhilfe, Kinder- und Jugend-

(Dennys Bornhöft)

psychiatrien - an all diesen Orten haben Kinder und Jugendliche von 1945 bis weit in die 70er-Jahre hinein Leid und Unrecht erfahren. Sie wurden Opfer von Medikamentenversuchen, sie wurden misshandelt. Sie wurden für diese Grausamkeiten durch die Bundesrepublik geschickt. Wer die Grausamkeiten von damals überlebt hat, trug häufig körperliche, fast immer aber seelische Beeinträchtigungen davon. Es ist ein Verbrechen, was an den verwundbarsten und schwächsten Mitgliedern unserer Gesellschaft verübt wurde - an Kindern und Jugendlichen, die anderen regelrecht ausgeliefert waren. Lange hat der Rest der Gesellschaft über dieses Unrecht geschwiegen. Man hat die Augen davor verschlossen. Betroffene wurden abgewiesen, man hat ihnen nicht zugehört. Viel zu lange.

Erst vor rund neun Jahren hat die Aufarbeitung begonnen: 2012 wurden die Fonds zur Entschädigung ehemaliger Heimkinder der Kinder- und Jugendhilfe eingerichtet. Betroffene aus den Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrien bekamen erst 2017 mit der Errichtung der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ einen Zugang zu einem Hilfesystem - und das mit vielen Startschwierigkeiten und Hürden.

Ich habe es bereits in meiner letzten Rede gesagt: Das Symposium „Vergangenheit im Kopf Zukunft in der Hand“ ist bis heute die Veranstaltung, die mich in meiner gesamten Zeit im Landtag am meisten bewegt hat. Das Land hat sich auch darum bemüht, das Leid und Unrecht, das Betroffene bei der Unterbringung in genannten Einrichtungen erlebt haben, wissenschaftlich, als Beispiel für die gesamte Bundesrepublik, aufzuarbeiten. Denn was hier passierte, geschah auch an anderen Orten in Deutschland. Für uns alle hier steht fest: Wer in der Vergangenheit in den Einrichtungen der Behindertenhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrien Leid und Unrecht erfahren hat, hat einen Anspruch auf eine Hilfeleistung, auf Beratung, auf Unterstützung.

Das Thema Leid und Unrecht beschäftigte den Sozialausschuss, es wurden Veranstaltungen mit Herrn Jesumann, einem unabhängigen Ansprechpartner, organisiert, und es wurde ein regionaler Fachbeirat eingesetzt. Seit 2020 wird der Praxispreis für Innovation und fortschrittliches Engagement an die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe verliehen. Denn es geht nicht alleine darum, das Leid der Betroffenen anzuerkennen, sondern auch dafür zu sorgen, dass sich solche Grausamkeiten in Deutschland nicht wiederholen. Niemals darf der erste Satz des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, wieder

infrage gestellt werden - erst Recht nicht in Institutionen, die staatlich sind oder unter staatlicher Aufsicht stehen.

Ich habe in meiner letzten Rede gesagt, dass ich hoffe, dass andere Bundesländer und der Bund unserem Beispiel folgen werden. Das hoffe ich heute noch. Auch den kommenden Landtag wird das Leid und Unrecht der Betroffenen weiter beschäftigen. Deswegen wollen wir für all diejenigen, die in Zukunft dazu beitragen möchten, den Betroffenen zu helfen, eine bestmögliche Grundlage für ihre Arbeit mit auf den Weg geben.

Deshalb beantragen wir heute eine ausführliche Dokumentation aller Anstrengungen, die bisher in Schleswig-Holstein unternommen wurden. Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Sozialausschuss, insbesondere dem Vorsitzenden Werner Kalinka als auch bei Sozialminister Heiner Garg für den entschlossenen, sensiblen und empathischen Umgang mit dem Thema Leid und Unrecht.

Christian Dirschauer [SSW]:

Herr Präsident! Der SSW hat immer betont, dass das Leid der Opfer von Gewalt und Medikamentenmissbrauch unermesslich ist. Für mich persönlich kann ich sagen, dass schon allein die Berichte der Augenzeugen und Betroffenen schwer zu ertragen sind. Wir wissen, dass viele Menschen in Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Kinder- und Jugendpsychiatrie oder der damaligen Jugendfürsorge Psychoterror und massiver Gewalt ausgesetzt waren und zutiefst gedemütigt wurden. Es kann kaum verwundern, dass sie diese Erfahrungen bis heute belasten. Das ist absolut nachvollziehbar. Was diese schrecklichen Erlebnisse aber wirklich mit einem Menschen machen, wissen nur die Betroffenen selbst.

Nur um es noch einmal klar einzuordnen: Wir reden hier mitunter über schwere Einzelschicksale aber nicht über Einzelfälle. Deutschlandweit waren im Zeitraum von 1949 bis 1975 über 240.000 Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder der Psychiatrie untergebracht. Geschätzte 100.000 Menschen sind hier Opfer von Gewalt und Missbrauch geworden. Es ist gut und richtig, diesen Menschen pauschale finanzielle Hilfen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation zu gewähren. Doch auch wenn man trefflich über die Höhe dieser Leistungen streiten kann, ist für uns eins klar: Auch noch so viel Geld kann das Erlebte nicht wiedergutmachen. Es ist und bleibt unsere Pflicht, die Betroffenen anzuhören und öffentlich

(Christian Dirschauer)

anzuerkennen und wissenschaftlich aufzuarbeiten, was ihnen angetan wurde. Auch die Erfahrung, dass einem geglaubt wird, wenn man von diesen oftmals traumatischen Erlebnissen erzählt, ist für viele hilfreich.

Tatsache ist, dass Kirche und Staat eine klare Verantwortung für das verursachte Leid und Unrecht haben. Deshalb ist das, was wir im gemeinsamen Antrag als Ziel formulieren, nur folgerichtig. Wir wollen die Kontinuität bei der Aufarbeitung dieses wichtigen Themas sicherstellen. Nicht nur das, was im Rahmen von Veranstaltungen und Gesprächen mit Betroffenen und Zeitzeugen bekannt wurde, sondern auch die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen müssen zusammengetragen und gebündelt werden. Wir wollen, dass der Prozess der Aufarbeitung weitergeht. Dafür wollen wir dem nächsten Landtag eine geeignete Grundlage an die Hand geben.

Neben der notwendigen weiteren parlamentarischen Aufarbeitung müssen wir selbstverständlich auch unsere Angebote an die Betroffenen aufrechterhalten. Noch einmal: Uns ist und bleibt wichtig, dass wir möglichst alle Opfer erreichen, also auch diejenigen, die Fristen versäumt haben oder denen erst in jüngster Vergangenheit bewusstgeworden ist, was ihnen widerfahren ist. Die Beratung dieser Menschen wird weitergehen - und das muss auch so sein. Deshalb möchte ich auch noch einmal an die Opfer appellieren, die bislang keinen Antrag gestellt haben, weil sie denken, dass ihnen vergleichsweise wenig Leid angetan wurde, beispielsweise weil sie als Kind nur manchmal geschlagen wurden. Auch sie konnten und können aufgrund des Erlebten mitunter bis heute schwer Fuß fassen. Und auch sie haben ein Recht auf Anerkennung und auf Hilfe.

Dem SSW ist in diesem Zusammenhang aber auch die Situation der Zeuginnen und Zeugen dieser Taten wichtig. Es ist bekannt, dass nicht nur Menschen, die in den betroffenen Einrichtungen beschäftigt waren, sondern auch Besucher bestehende Probleme offen angesprochen haben. Manch einer hat versucht, das Leid zumindest zu veröffentlichen und damit zur Beendigung beizutragen. Ich weiß, dass sich viele dieser Menschen heute schwere Vorwürfe machen, weil ihnen das offenkundig nicht gelungen ist. Einzelne konnten gegen diese systemische Gewalt nichts ausrichten. Diese Erkenntnis mag das Gewissen erleichtern, sie ist aber auch eine Mahnung an uns, die wir heute Einrichtungen demokratisch zu verantworten haben. Die Opfer haben einen hohen Preis dafür gezahlt, damit wir heu-

te andere Strukturen, andere Verantwortlichkeiten und andere Kontrollen haben. Das dürfen wir niemals vergessen.

Für die Zukunft lässt sich also festhalten, dass wir eine Aufarbeitung auf mehreren Ebenen brauchen. Zum einen gesellschaftlich, weil wir so die systemisch-organisatorischen Ursachen für die jahrzehntelangen andauernden Missstände aufdecken und für die Zukunft wirkungsvoll verhindern können. Zum anderen individuell, weil längst nicht alle Betroffenen das Erlebte verarbeiten konnten und weiterhin eine angemessene therapeutische Begleitung brauchen. Auch hierfür müssen wir gemeinsam Sorge tragen.

Schlepperei im Mittelmeer beenden!

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/3295

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich vorwegzunehmen: Den vorliegenden Antrag der AfD lehnen wir aus voller Überzeugung ab, und das gleich aus mehreren Gründen:

„Schlepperei im Mittelmeer beenden!“ - Wer möchte das nicht?

Aber unter dem so harmlos daherkommenden Titel wird vom Landtag eine Missbilligungserklärung erwartet, die sich auf nur vage untermauerte, massive Anschuldigungen gegenüber NGOs und kirchlichen Organisationen stützt und das Engagement der Kommunen, die sich zu sicheren Häfen erklärt haben, unterbinden soll.

Die Abgeordneten der AfD machen NGOs, Kirchen und Kommunen für das Leid auf den Migrationsrouten mit verantwortlich. Mit solchen Äußerungen verunglimpfen Sie alle, die sich um Hilfe bemühen, und vor allem auch alle, die sich ehrenamtlich engagieren. Dabei ist die Rettung von in Seenot geratenen Menschen nicht nur eine Frage der Menschlichkeit, es ist eine völkerrechtliche Pflicht. Auf See hat jede und jeder das Recht und die Pflicht dazu.

Es kann durchaus sein, dass die kriminellen Schlepperorganisationen ihr lukratives Geschäftsmodell auf die Seenotrettung der verschiedenen Akteure ausrichten. Es mag auch vorkommen, dass es zu missbräuchlichem Zusammenwirken kommt. Das muss auch mit Nachdruck geahndet und unterbun-

(Barbara Ostmeier)

den werden, und ich bin mir sicher, das wird es auch.

Aber den Fokus für das Leid der Flüchtlinge jetzt auf NGOs, Kirchen und hilfsbereiten Kommunen zu richten, das ist wirklich ein starkes Stück. Darauf muss man erst einmal kommen. Mehr noch: Die diesem Antrag zu Grunde liegende pauschale Stigmatisierung der Retter lehnen wir heute, wie auch bisher, ausdrücklich ab.

Schlimmer ist es aber fast noch, dass der Antrag der AfD darüber hinaus gar nichts zu Lösung beiträgt. Um dem Verlust von Menschenleben im Mittelmeer und diese kriminelle Schlepperei zu unterbinden, bedarf es eines entschlossenen Handelns auf allen Ebenen. Zuvorderst bedarf es europäischer und internationaler Lösungen. Dabei ist vor allem die Solidarität aller europäischen Staaten erforderlich.

Die Europäische Union hat seit 2015 bedeutsame Maßnahmen ergriffen, die durchaus Wirkung zeigen: Vor allem über drei Operationen der Grenzschutzagentur Frontex im Mittelmeer, durch die Unterstützung von Marine und Bundespolizei, aber auch durch Rettungsaktionen von Handelsschiffen konnten seit 2015 über 550.000 Leben gerettet werden.

Auch das Europäische Zentrum zur Bekämpfung der Migrantenschleusung dient dazu, Mitgliedstaaten in ihrem Vorgehen gegen Migrantenschleusung zu unterstützen. Es ist ein weiterer bedeutsamer Baustein, den EU-Aktionsplan gegen Migrantenschleusung umzusetzen. Das sind beispielhaft Maßnahmen, die ihre Wirkung zeigen, die aber auch in Zukunft die Unterstützung aller Europäerinnen und Europäer bedürfen.

Damit sich die Menschen erst gar nicht auf die schwierige Fahrt über das Mittelmeer begeben, ist die Bekämpfung der Fluchtursachen eine zentrale Herausforderung. Die Bundesregierung richtet zu Recht den Schwerpunkt auf Hilfeleistungen vor Ort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade die Bewältigung der Fluchtursachen wird einen der größten Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte werden, und deswegen ist es so wichtig, dass wir auch als Land unseren Beitrag dazu leisten, Asyl und Schutz zu gewähren.

So begrüße ich das Engagement unserer Landesregierung, die sich zu humanitärer Verantwortung bekennt. Immer wieder wird unsere Innenministerin gegenüber dem Bund aktiv, um für Verbesserungen in der Bundes- und in der europäischen Flüchtlings-

politik zu kämpfen. Gerade die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan zeigen Handlungsbedarfe auf.

Ebenso wichtig ist es, dass Schleswig-Holstein seinen Teil dazu beiträgt, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen und die Aufnahme bereiten Kommunen einzubinden. Meinen ausdrücklichen Dank dafür. Vielen Dank aber auch meinen Kolleginnen und Kollegen von Jamaika, SPD und SSW dafür, dass wir in den durchaus kontroversen Debatten immer wieder zu einem breiten Konsens zusammenfinden. Wir brauchen dieses breite Engagement, und von der Kommune bis in die Europäische Ebene sind wir alle gefordert. Denn es wird noch ein langer Weg, bis die Maßnahmen greifen und den Schleppern das Handwerk gelegt wird.

Özlem Ünsal [SPD]:

Herr Präsident! Wieder einmal liegt uns ein Antrag vor, der nichts anderes zum Ziel hat, als zu polarisieren und zu spalten. Und wieder einmal hat er nichts zu bieten, um die Herausforderungen unserer Zeit ernsthaft zu lösen. Er missachtet dazu auch noch das geltende Recht, denn er richtet sich gegen Menschen, die sich nicht aus Spaß in Lebensgefahr bringen, sondern weil sie akut bedroht sind - von Krieg und Verfolgung, von Armut und den Folgen des Klimawandels und vielem mehr. Die Situation der Betroffenen ist so katastrophal, dass sie ihre Heimat, Familie und Freunde verlassen und - in der Hoffnung auf ein besseres Leben - erhebliche Risiken in Kauf nehmen.

Im September 2015 entstand ein Foto, das sich vermutlich nicht nur in meinen Kopf und mein Herz eingebrannt hat: das Bild des zweijährigen Alan Kurdi aus Syrien, auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken! Dies ist beschämend, unwürdig und ein Verstoß gegen die universellen Menschenrechte! Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen. Dieses Recht umfasst auch den Zugang zu einem Verfahren, in dem der Anspruch auf Schutz individuell geprüft wird. Dies gilt nicht nur für Menschen, die das Territorium der EU erreicht haben, sondern auch für diejenigen, die von einem Schiff der Marine, der Küstenwache oder der Polizei eines Mitgliedstaats der EU gerettet werden.

Aber nicht nur Schiffe unter staatlicher Hoheitsgewalt retten Menschen im Mittelmeer, auch viele Nichtregierungsorganisationen und Kirchen sind mit ihren Schiffen im Mittelmeer im Einsatz, um einen aktiven Beitrag zum Schutz von Leben zu leisten. Dabei sind sie oftmals massiven Anfeindungen

(Özlem Ünsal)

ausgesetzt. Sie arbeiten unter extrem gefährlichen Bedingungen.

In Anbetracht dieser kolossalen Missstände fällt Ihnen nichts anderes ein, als diese Institutionen als kriminelle Schlepper zu verunglimpfen!

Die NGOs und Kirchen, die Sie in Ihrem Antrag adressieren, leisten unglaublich wertvolle Arbeit. Sie verdienen unsere Solidarität und unseren Dank, nicht das Anprangern, wie Sie es mit ihrem Antrag einmal mehr tun!

Ebenso danke ich unseren Kommunen für ihre Entscheidung, sich zu sicheren Häfen zu erklären. Diese Entscheidung ist ein Ausdruck von Solidarität und entspricht dem Gebot der Menschlichkeit.

Und um nochmal das geltende Recht in Erinnerung zu rufen: Die Pflicht zur Seenotrettung ist Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts und ausdrücklich im internationalen Seerecht festgeschrieben. Seenot bedeutet, es besteht die begründete Annahme, dass ein Schiff oder darauf befindliche Personen durch eine ernste und unmittelbare Gefahr bedroht sind und ohne Hilfe von außen nicht in Sicherheit gelangen können, unabhängig davon, wie diese Gefahr entstanden, wer dafür verantwortlich ist und welchen Status die Schiffbrüchigen haben.

Wenn Personen in Seenot geraten, gebieten die seemännische Tradition und auch das internationale Recht, dass der Schutz von Leben oberste Priorität hat, indem für eine rechtzeitige Rettung und sichere Ausschiffung gesorgt wird. Dies ist seit Jahrhunderten ein Grundkonsens der menschlichen Zivilisation, der bisher nur von Seeräubern infrage gestellt wurde. Selbst im Krieg gilt es als Kriegsverbrechen, die Mannschaft eines angegriffenen Schiffes ihrem Schicksal zu überlassen, wenn die Möglichkeit besteht, diese zu retten.

Für die Frage, ob eine Pflicht zur Seenotrettung besteht, ist ebenfalls irrelevant, ob Schlepper oder Schutzsuchende möglicherweise mit der Seenotrettung kalkulieren. Entscheidend ist allein, ob eine Situation der Seenot vorliegt.

Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen bestimmt zudem, dass jeder Vertragsstaat den Kapitän eines seine Flagge führenden Schiffes verpflichten muss, Personen in Seenot so schnell wie möglich zu Hilfe zu eilen. Dass Sie diese Regeln des internationalen Rechts in Ihrem Antrag mutwillig ignorieren und zu einem Bruch auffordern, überrascht nicht.

Zumindest von Ihnen, Herr Nobis, hätten wir ein gewisses Maß an Pflichtbewusstsein und Anstand

erwartet. So geben Sie zu Ihrer Person an, selbst über ein Kapitänspatent zu verfügen. Ich gehe daher davon aus, dass Sie diese seemännischen Pflichten sehr gut kennen.

Trotzdem treten Sie mit ihren Kollegen die Tradition, in deren Nachfolge Sie selbst stehen sollten, in Ihrem Antrag mit Füßen. Er ist ein Aufruf, der mit den Pflichten und dem Ethos eines ehrbaren Kapitäns unvereinbar und Ihres Berufsstandes wirklich unwürdig ist. Ich lege Ihnen nahe, mit ihrem Kapitänspatent genauso zu verfahren, wie Sie es in Ihrem Antrag mit dem geltenden internationalen Recht getan haben. Schmeißen Sie es über Bord!

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Selbstverständlich lehnen wir den Antrag der AfD ab. Ihr Antrag ist so perfide wie niederträchtig. Wenn sich nichtstaatliche Organisationen aus dem Mittelmeer verabschieden, gibt es quasi keine Seenotrettung. Weil wir es als Europäische Union nicht hinbekommen, an den Außengrenzen humanitäre Zustände walten zu lassen. Mit anderen Worten: Dann sterben noch mehr Menschen. Und das ist es, was sie eigentlich wollen. Sie reden gegen die Schlepperei und das fatale Signal, das damit gesetzt werde, weil eine Sogwirkung entstünde. Sie wollen eine eiskalte Abschreckungspolitik, die auf den Tod im Mittelmeer setzt, weil Ihnen die Leute egal sind.

Das ist so menschenverachtend, dass es kaum auszuhalten ist. Es ist aber auch schlicht und einfach nicht erwiesen. Die vorliegenden Zahlen der IOM und anderer Organisationen, die die Migrationszahlen untersuchen, können keinen Zusammenhang zwischen der Anwesenheit der Rettungsschiffe und den Überfahrtversuchen erkennen. Was diese Rettungsmissionen aber erreichen: Sie reduzieren die Zahl der Toten. Das ist unbedingt notwendig. Was wir brauchen, sind legale und sichere Wege für Asylsuchende. Wir brauchen Wege für eine Migration nach Europa.

Solange wir die Fluchtursachen nicht bekämpfen, solange wir nicht ernsthaft Ausbeutung beenden und Dekolonialisierungspolitik aktiv angehen, solange können wir nicht ernsthaft sagen: Eure Probleme gehen uns nichts an.

Wir brauchen eine Seenotrettung im Mittelmeer, die diesen Namen verdient. Über tausend Menschen sind dieses Jahr im Mittelmeer bereits gestorben. Ich verstehe ehrlich gesagt nicht, warum wir so eine Aufgabe der Zivilgesellschaft überlassen. Wir überlassen doch auch nicht die Unfallbetreuung auf Au-

(Aminata Touré)

tobahnen der Zivilgesellschaft und wünschen den Menschen viel Glück, vielleicht kommt ja eine Ersthelferin vorbeigefahren. Rettungsdienste helfen auch denjenigen, die getrunken haben, zu schnell gefahren sind oder ihr Handy beim Fahren bedient haben. Ihre Logik von Pull-Faktoren ist einfach menschenverachtend.

Die EU ist verpflichtet, einen stabilen Seenotrettungsdienst aufzubauen, und wenn das erst einmal nur mit ein paar Staaten geht, dann sollen die vorangehen. Der Schutz des Lebens geht vor. Das ist nicht nur Tradition auf der See, das gebietet nicht nur das internationale Recht, sondern alles andere ist einfach nur unmenschlich.

Solange eine echte Seenotrettung nicht da ist, solange bin ich unendlich dankbar, dass es Menschen gibt, die ihre Freizeit, ihr ganzes Engagement und oft auch viel Geld in die Rettung von Ertrinkenden stecken. Ich danke diesen Menschen. Ich bin solidarisch mit diesen Menschen. Und ich bin damit nicht allein. Zahlreiche Kommunen in Schleswig-Holstein haben sich zum sicheren Hafen erklärt, haben erklärt, dass sie für Menschlichkeit stehen und bereit sind, Geflüchtete aufzunehmen.

Wir haben uns in dieser Koalition immer zu unserer Aufnahmebereitschaft bekannt, zuletzt mit dem Aufnahmeprogramm für Afghanistan. Das war ein starkes politisches Signal, dass dieses Land und auch diese Koalition für eine humanitäre Flüchtlingspolitik eintreten. Aber bei dem Signal darf es nicht bleiben.

Ich erwarte von der nächsten Bundesregierung, dass konkret daran gearbeitet wird, wie aufnahmebereite Kommunen, Bundesländer und auch europäische Staaten mehr Handlungsfreiheit bekommen, Geflüchtete aufzunehmen. Ich erwarte eine faire, europäische Flüchtlingspolitik, die nicht auf Abschreckung und korrupte, autoritäre Staaten als ihre Handlanger setzt. Ich erwarte, dass eine staatliche Seenotrettung geschaffen wird und Seenotrettende nicht länger kriminalisiert werden.

Stephan Holowaty [FDP]:

Herr Präsident! Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich in seiner 70. Sitzung zu seiner humanitären Verpflichtung in Bezug auf die Seenotrettung bekannt. Und er bekennt sich auch heute noch zu seiner humanitären Verpflichtung, an einer Problemlösung des Dramas, das sich im Mittelmeer seit Jahren abspielt, aktiv mitzuwirken. Wir gewähren in Schleswig-Holstein in Not geratenen Menschen immer wieder humanitäre Hilfe. Wir haben

uns verpflichtet, ein eigenes Landesaufnahmeprogramm aufzusetzen und im Rahmen des europäischen Hilfsprogramms einen zusätzlichen Beitrag zu leisten.

Aber: Die Tragödien, die sich beinahe täglich im Mittelmeer abspielen, die Toten, die nicht gerettet werden konnten, die kriminellen Machenschaften von Schleuser- und Schlepperbanden, werden wir nicht beenden können, wenn wir uns darauf beschränken, nur den in Seenot geratenen Menschen Schutz zu gewähren. Das würde die Bereitschaft der Menschen, für eine Flucht nach Europa lebensgefährliche Risiken einzugehen, nur steigern, und das wäre eine fatale Entwicklung.

Doch wir können uns deswegen nicht von der AfD - gerade von der AfD! - diktieren lassen, wie humanitäre Flüchtlingspolitik zu laufen hat. Dieser Antrag ist scheinheilig. Es geht Ihnen nicht um Menschenleben. Der Antrag zeigt keine Alternative auf und ist in keinerlei Hinsicht konstruktiv. Er spricht schlicht dafür, dass die Menschen doch dort bleiben sollten, wo sie gerade sind.

Was wir wirklich aktiv tun müssen, ist die Bekämpfung von Fluchtursachen. Wir brauchen endlich funktionierende europäische Mechanismen, und was wir dafür vor allem brauchen: einen europäischen Konsens. Es ist unerträglich, dass sich in einem so empfindlichen Punkt, in dem es wortwörtlich um Leben und Tod geht, einige Staaten noch immer sperren, ihrer europäischen und humanitären Verpflichtung nachzukommen und eine gemeinsame Lösung zu finden, die für alle tragbar ist. Dass die Staaten in Europa seit 2015 dazu nicht in der Lage sind, ist eine zusätzliche Tragödie.

Unser Einfluss aus der zweiten Reihe vermag bei diesem Thema nicht der stärkste sein. Aber wir können unsere Landesregierung bitten, ihren Einfluss, den sie in Berlin hat, geltend zu machen, wenn es darum geht, internationale Lösungen für diese humanitären Katastrophen zu entwickeln und umzusetzen. Deswegen müssen wir ran an Dublin III, wir müssen die Verordnung reformieren, wir brauchen ein Verfahren, das alle europäischen Nationen gleichermaßen in die Verantwortung nimmt. Und wir brauchen ein klares Einwanderungsgesetz, zum Beispiel nach kanadischem Vorbild, das auch denen Chancen gibt, die nicht einen speziellen Flucht- oder Asylgrund haben.

Kommen wir nun zur Initiative der Kommunen, aus Seenot geretteten Menschen einen sicheren Hafen in Schleswig-Holstein zu gewähren. Wir begrüßen dieses Engagement ausdrücklich und werden es

(Stephan Holowaty)

weiter aktiv unterstützen. Es ist gut zu wissen, dass unsere Kommunen in Schleswig-Holstein trotz aller ausländerfeindlichen Polemik am rechten Rand ein Zeichen für Humanität und Hilfsbereitschaft setzen. Es ist gut und wichtig zu wissen, dass auch die Kommunen ihren Teil zu unser aller menschlichen Verantwortung beitragen wollen.

Ich spreche den Kommunen, die sich dem Bündnis „Städte Sichere Häfen“ angeschlossen haben, im Namen meiner Fraktion ausdrücklich meinen Dank aus. Zu wissen, wo Flüchtlinge besonders willkommen sind, ist eine außerordentlich große Hilfe, wenn es darum geht, auf Notfallsituationen schnell, unbürokratisch und unkompliziert zu reagieren. Die Stärke des Bündnisses liegt darin, dass aus den Kommunen und der Gesellschaft heraus konkrete Hilfe geleistet wird. Das ist die wesentliche Voraussetzung für eine gelingende Flüchtlingspolitik. Unsere Aufgabe als Land sehe ich darin, die freie Entscheidung der Kommunen zu unterstützen.

Den AfD-Antrag lehnen wir daher ab.